Landtag Brandenburg 3. Wahlperiode

Plenarprotokoll 50. Sitzung 23. Januar 2002

50. Sitzung

Potsdam, Mittwoch, 23. Januar 2002

Inhalt

		Seite			Seite
Mitteilungen des Präsidenten		3298		Frage 1014 (Zustimmung zum Zuwanderungsgesetz) Minister des Innern Schönbohm	3305
1.	Fragestunde				
	_			Frage 1015 (Externer Beirat für den brandenburgischen Justizvollzug)	
	Drucksache 3/3771	3298		Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten	
	Frage 1008 (Elektrifizierung der Strecke Anger-			Prof. Dr. Schelter	3307
	münde - Schwedt)			Frage 1016 (Sicherung der Bergbausanierung für	
	Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Meyer	3298		den Zeitraum 2003 - 2007)	
	verkein wegei	3296		Minister für Landwirtschaft, Umweltschutz und	2205
	Frage 1009 (Abwicklung des Universitätsklini-			Raumordnung Birthler	3307
	kums der Freien Universität Berlin)			Frage 1017 (Fahrerlaubnis ab 17)	
	Ministerin für Wissenschaft, Forschung und	2200		Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und	
	Kultur Prof. Dr. Wanka	3299		Verkehr Meyer	3308
	Frage 1010 (Bundesweite Ausdehnung des Main-			Frage 1018 (Aktionsplan zur Bekämpfung von Ge-	
	zer Modells)			walt gegen Frauen)	
	Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und			Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und	
	Frauen Ziel	3301		Frauen Ziel	3308
	Frage 1011 (Drogenprävention durch die Lehrkör-			Frage 1019 (Bevölkerungsrückgang in Brandenburg)	
	per an Brandenburger Schulen)			Minister für Landwirtschaft, Umweltschutz und	
	Minister für Bildung, Jugend und Sport Reiche	3302		Raumordnung Birthler	3308
	Emarca 1012 (Emarkariana dan DICA Studia)			Frage 1020 (Holzzentrum Wittenberge)	
	Frage 1012 (Ergebnisse der PISA-Studie) Minister für Bildung, Jugend und Sport Reiche	3303		Minister für Wirtschaft Dr. Fürniß	3309
	Minister for Bridging, Jugend and Sport Refere		2.	Aktuelle Stunde	
	Frage 1013 (Wiederaufbau Kaiserbahnhof in Pots-		2.	Aktuene Stunde	
	dam)			Thema:	
	Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und	2204		Entwicklung der Lebensperspektiven junger	
	Verkehr Meyer	3304		Menschen in Brandenburg	

		Seite			Seite
	Antrag		7.	Genehmigung von Gemeindezusammenschlüs-	
	der Fraktion der DVU	3310		sen	
	Frau Hesselbarth (DVU)	3310		Antrag	
	Klein (SPD)	3311		der Fraktion der PDS	
	Hammer (PDS)	3312			
	Homeyer (CDU)	3313		Drucksache 3/3781	3324
	Frau Dr. Schröder (PDS)	3314		Diameter of the first state of t	
				Samach (DDC)	2224
	Frau Hesselbarth (DVU)	3315		Sarrach (PDS)	3324
				Bochow (SPD)	3326
3.	Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem			Claus (DVU)	3327
	Land Berlin und dem Land Brandenburg über			Petke (CDU)	3328
	die gegenseitige Nutzung von Plätzen in Ein-			Minister des Innern Schönbohm	3329
	richtungen der Kindertagesbetreuung			Persönliche Erklärung des Abgeordneten	
				Dr. Hackel (CDU) zu seinem Stimmverhalten	2221
	Gesetzentwurf			DI. Hacker (CDO) zu seinem Stimmverhalten	3331
	der Landesregierung				
	2 2		8.	Bericht über die Anordnung von Landesstatis-	
	Drucksache 3/3721	2215		tiken gemäß § 7 Abs. 5 des Brandenburgischen	
	Drucksache 3/3/21	3315		Statistikgesetzes (BbgStatG)	
4.	Gesetz zur Ausführung des Bundesdisziplinar-			Bericht	
	gesetzes im Land Brandenburg (BbgAGBDG)			des Ministers des Innern	
	Gesetzentwurf			Drucksache 3/3756	3331
	der Landesregierung				
			9.	Jugend im ländlichen Raum	
	Drucksache 3/3755				
				Große Anfrage 29	
	1. Lesung	3315		der Fraktion der PDS	
5.	"Schüler - fit für die Wirtschaft"			Drucksache 3/3055	
٥.					
	gemäß Beschluss des Landtages Brandenburg vom			Antwort	
	28.02.2001 - DS 3/2414-B)				
				der Landesregierung	
	Bericht			D 1 1 2/2704	
	der Landesregierung			Drucksache 3/3501	
				T 111 0	
	Drucksache 3/3587	3315		Entschließungsantrag	
				der Fraktion der PDS	
	Minister für Bildung, Jugend und Sport Reiche	3316			
				Drucksache 3/3803	3332
	Frau Große (PDS)	3317			
	Müller (SPD)	3318		Hammer (PDS)	3332
	Frau Fechner (DVU)	3319		Frau Redepenning (SPD)	3333
	Bartsch (CDU)	3319			3334
				Frau Fechner (DVU)	
_	Ah aita iit a ata tt Ülb auset d a			Senftleben (CDU)	3335
6.	Arbeitsplätze statt Überstunden			Minister für Bildung, Jugend und Sport Reiche	3336
				Müller (SPD)	3338
	Antrag			Frau Große (PDS)	3339
	der Fraktion der PDS			,	
			10.	Die Entwicklung des sorbischen (wendischen)	
	Drucksache 3/3753	3320		Bildungswesens und der Vermittlung von Kul-	
				tur und Geschichte der Sorben (Wenden) in	
	Frau Dr. Schröder (PDS)	3320		Brandenburger Schulen	
	Kuhnert (SPD)	3322			
	Schuldt (DVU)	3322		Große Anfrage 30	
	Homeyer (CDU)	3323		der Fraktion der PDS	
	Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und	-			
	Frauen Ziel	3324		Drucksache 3/3104	
		J			

		Seite		Seite
	Antwort		Claus (DVU)	3351
	der Landesregierung		Schrey (CDU)	3352 3352
	Drucksache 3/3515			
	Entschließungsantrag der Fraktion der PDS		13. Stand der rationellen Energieverwendung (Energiemanagement) in den Liegenschaften der kreisfreien Städte, der Ämter und Gemeinden (gemäß Beschluss des Landtages Brandenburg zu	
	Drucksache 3/3802	3340	energiepolitischen Forderungen, Punkt 2 c - DS 3/1011-B)	
	Dr. Trunschke (PDS)	3340	,	
	Dr. Woidke (SPD)		Bericht	
	Firneburg (DVU)	3343	der Landesregierung	
	Frau Hartfelder (CDU)	3344		
	Minister für Bildung, Jugend und Sport Reiche Frau Große (PDS)	3345 3346	Drucksache 3/3588	3353
			Minister für Wirtschaft Dr. Fürniß	3353
11.	Bundesratsinitiative zur Änderung des Strafge-		Thiel (PDS)	3354
	setzbuches in der Fassung der Bekanntma-		Gemmel (SPD)	
	chung vom 13. November 1998 (BGBl. I		Claus (DVU)	
	S. 3322), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Regelung des Rechts der Untersuchungsaus-		Habermann (CDU)	3357
	schüsse des Deutschen Bundestages (Untersuchungsausschussgesetz vom 19.06.2001) (BGBl. I S. 1142)		Anlagen	
	(= =====)		Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu Tagesord-	
	Antrag		nungspunkt 7 - Genehmigung von Gemeindezusammen-	
	der Fraktion der DVU		schlüssen - Antrag der Fraktion der PDS - Drucksache	
			3/3781	3359
	Drucksache 3/3783	3348	Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu Tagesord-	
	Schuldt (DVU)	3348	nungspunkt 9 - Jugend im ländlichen Raum - Große An-	
	Homeyer (CDU)		frage 29 der Fraktion der PDS - Drucksache 3/3055 - Ent-	
	Ludwig (PDS)		schließungsantrag der Fraktion der PDS - Drucksache	3359
12.	Konversionsinitiativen			
			Schriftliche Antworten der Landesregierung auf mündli-	
	Antrag		che Anfragen in der Fragestunde im Landtag am 23. Ja-	
	der Fraktion der PDS		nuar 2002	3360
	Drucksache 3/3784	3349		
	Domres (PDS)	3349	Alle mit einem * gekennzeichneten Redebeiträge sind von	n Red-
	Müller (SPD)	3351	ner nicht überprüft (lt. § 95 der Geschäftsordnung).	

Beginn der Sitzung: 10.01 Uhr

Präsident Dr. Knoblich:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herzlich willkommen zur 50. Sitzung des Landtages Brandenburg in seiner 3. Wahlperiode.

Mein Gruß gilt besonders unseren Gästen, ehemaligen Mitarbeitern des MSWV, die heute die Gelegenheit wahrnehmen, an unserer Plenarsitzung teilzunehmen. Herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Mit der Einladung ist Ihnen ein Entwurf der Tagesordnung zugegangen. Gibt es von Ihrer Seite diesbezüglich Anmerkungen? - Wenn dies nicht der Fall ist, dann darf ich einige machen.

Aufgrund einer terminlichen Situation, die von uns nicht wesentlich beeinflusst werden kann, ist vorgeschlagen worden, den Tagesordnungspunkt 6 mit den Punkten 12 und 13 zu tauschen. Der Tagesordnungspunkt 6, Stand der rationellen Energieverwendung (Engergiemanagement) in den Liegenschaften der kreisfreien Städte, der Ämter und Gemeinden, wird somit im Anschluss an Tagesordnungspunkt 11, Konversionsinitiativen, abgearbeitet. Dafür werden die Tagesordnungspunkte 12, Arbeitsplätze statt Überstunden, und 13, Genehmigung von Gemeindezusammenschlüssen, auf den jetzigen Tagesordnungspunkt 6 verlegt.

Gibt es darüber hinaus Änderungswünsche? - Wenn das nicht der Fall ist, dann bitte ich Sie um Ihr zustimmendes Handzeichen, damit wir so verfahren können. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dies ist nicht der Fall. Somit sind wir in der Lage, die heutige Sitzung entsprechend durchzuführen.

Erlauben Sie mir bitte vor Eintritt in die Tagesordnung zwei Bemerkungen.

Erstens: Ich möchte Sie darüber informieren, dass sich der Kommandeur des KFOR-Bataillons aus Brandenburg, Herr Oberst Graf, brieflich an uns gewandt hat. In seinem Schreiben spricht er den Abgeordneten die besten Wünsche für das Jahr 2002 aus und bedankt sich dafür, dass der Landtag ebenso wie die Landesregierung regen Anteil an dem Einsatz der KFOR-Truppe nimmt. Insbesondere wird auch dafür gedankt, dass der Landtag bei der Verabschiedung der Soldaten vertreten war. Ich gebe Ihnen dies zur Kenntnis.

Zweitens: Wie am selben Tag im letzten Jahr so feiert auch heute eine Abgeordnete ihren Geburtstag. Leider ist sie aufgrund eines tragischen Unfalls nicht hier im Plenarsaal, sondern in der Klinik. Ich denke, dass ich auch in Ihrem Namen über den Äther an die Kollegin Abgeordnete Stobrawa die herzlichsten Glückwünsche richten und ihr die besten Genesungswünsche auf den Weg geben darf. Es ist darum gebeten worden, von direkten Kontakten abzusehen, weil ihr Zustand dies im Augenblick noch nicht angeraten erscheinen lässt. Herzliche Genesungswünsche und alles Gute auch im neuen Lebensjahr!

(Allgemeiner Beifall)

Wir sind damit beim **Tagesordnungspunkt 1**:

Fragestunde

Drucksache 3/3771

Das Wort geht an den Abgeordneten Vogelsänger, der jetzt Gelegenheit hat, die **Frage 1008** (Elektrifizierung der Strecke Angermünde - Schwedt) zu formulieren. Bitte sehr.

Vogelsänger (SPD):

Das Investitionsprogramm des Landes Brandenburg für den SPNV sieht die Elektrifizierung der Strecke Angermünde - Schwedt vor. Trotz stetigen Bemühens des zuständigen Ministeriums sowie zahlreicher parlamentarischer Initiatoren aus allen Fraktionen kann der Stand der Umsetzung der Investitionen in die Schieneninfrastruktur nicht zufrieden stellen. Für die Uckermarkstadt Schwedt ist die im Plan vorgesehene Elektrifizierung der Strecke Angermünde - Schwedt von besonderer Bedeutung.

Ich frage deshalb die Landesregierung: Wie ist der Stand der Planung zur Umsetzung des Projektes?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister Meyer, Sie haben das Wort.

Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Meyer:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Vogelsänger, der Industriestandort Schwedt hat als regionales Entwicklungszentrum für das Land Brandenburg eine herausragende Bedeutung. Für die weitere wirtschaftliche Entwicklung ist die Erschließung durch die vorhandenen Verkehrsträger Schiene, Straße und Binnenschifffahrt eine zwingende Voraussetzung.

Aufgrund der unzureichenden Qualität der Schienenverkehrsanbindung wurde die Eisenbahnstrecke Angermünde - Schwedt die erste SPNV-Ausbaustrecke im Land Brandenburg. Mit der Realisierung wurde im Rahmen des Dreijahrplanes Schiene 1995 bis 1997 gemäß dem Bundesschienenverkehrsausbaugesetz begonnen. Zur Realisierung des künftigen Betriebsprogramms "Einstundentakt zwischen Schwedt und Angermünde und weiter nach Berlin" wurde die Strecke für eine Geschwindigkeit von 80 Kilometern pro Stunde ertüchtigt.

Insbesondere zur Sicherung eines attraktiven durchgängigen Zugverkehrs von und nach Berlin ist die Elektrifizierung der Strecke erforderlich. Bisher musste wegen fehlender Elektrifizierung auf dem Abschnitt Angermünde - Schwedt im Bahnhof Angermünde ein zusätzlicher Umspannaufenthalt für den Triebfahrzeugwechsel im SPNV eingelegt werden. Die Maßnahme musste jedoch wegen fehlender Mittel bei der Deutschen Bahn AG zeitlich zurückgestellt werden.

Da wir jedoch wissen, wie wichtig Schwedt für die Region ist, wurde durch förderseitige Unterstützung durch das Land Brandenburg das Elektrifizierungsvorhaben finanziell gesichert. Nach dem gegenwärtigen Stand hat die Deutsche Bahn AG die Vorentwurfsplanung fertig gestellt. Im I. Quartal 2002 soll der Auftrag für die Erstellung der Entwurfsplanung vergeben wer-

den. Sie wissen, dass für die Realisierung ein Planfeststellungsverfahren erforderlich ist. Dieses muss sich dann schnellstmöglich anschließen. Die Verantwortung hierfür liegt bei der Deutschen Bahn AG, Abteilung Netz.

Ich habe gehört, dass der Parlamentarische Staatssekretär Hilsberg bei seinem Besuch in den vergangenen Tagen in Schwedt verkündet hat, dass die Elektrifizierung bis zum Jahre 2004 realisiert werden soll. Ich will ihm das glauben. - Danke schön.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Wir sind bei der **Frage 1009** (Abwicklung des Universitätsklinikums der Freien Universität Berlin), gestellt vom Abgeordneten Dr. Niekisch. Bitte sehr.

Dr. Niekisch (CDU):

Zwischen den Ländern Berlin und Brandenburg gibt es seit den 90er Jahren eine wirksame Zusammenarbeit auf den Gebieten Wissenschaft und Forschung. Dies gilt unter anderem - ich betone dies - für die wissenschaftliche bzw. forschungsrelevante Verzahnung des Klinikums "Benjamin Franklin" der Freien Universität Berlin mit dem Deutschen Institut für Ernährungsforschung im Land Brandenburg, das sich in Rehbrücke befindet und jedem bekannt ist.

Ich frage daher die Landesregierung: Welche Auswirkungen hat die Abwicklung - man kann auch sagen: das Plattmachen - des Universitätsklinikums der Freien Universität Berlin auf die Zukunft der wissenschaftlichen und forschungspolitischen Zusammenarbeit zwischen den Ländern Berlin und Brandenburg, die bekanntlich ihre Fusion beabsichtigen?

Präsident Dr. Knoblich:

Frau Ministerin Wanka, Sie haben das Wort.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur Prof. Dr. Wanka:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Niekisch, die beiden Länder Berlin und Brandenburg betrachten den Bereich Berlin/Brandenburg - diesbezüglich gibt es viele Bekundungen - als eine gemeinsame Wissenschaftsregion. Das ist auch vom Wissenschaftsrat immer wieder unterstrichen worden. Wenn nun Berlin irgendwelche wissenschaftspolitischen Entscheidungen trifft, so haben sie immer Auswirkungen auf Brandenburg. Konkret zum Universitätsklinikum nenne ich zwei besonders hervorhebenswerte Auswirkungen:

Erstens: Medizin ist notwendig für den gesamten Bereich der Biotechnologie und der Bioinformatik, die wir in Brandenburg gerade fokussieren. In diesen Feldern brechen jetzt die Kontakte weg. Ganz gravierend ist es für das Deutsche Institut für Ernährungsforschung, das DIEF, in Rehbrücke. Dieses ist mit der Freien Universität, mit der Fakultät Medizin, eng verbunden. Die gesamte Patientenforschung findet dort statt. Wir haben schon eine gemeinsame Berufung für eine C 4-Professur vorgenommen. Die Forschung ist also zum Teil existenziell mit der Berliner Universität, mit dieser Fakultät, verbunden. Das heißt,

es gibt eine Änderung des Forschungsprofils sowie Schwierigkeiten dabei, die nationale und internationale Reputation, die das DIEF hat, aufrechtzuerhalten. Das wirkt sich so aus, dass schon finanzierte und bestätigte Forschungsvorhaben, zum Beispiel der Bioprofilewettbewerb, der vom DIEF koordiniert wird und für den 35 Millionen bereitgestellt wurden, nicht umfassend realisiert werden.

Es wird ein Netzwerk zerstört. Nun könnte man laienhaft denken, dass eine andere Fakultät dies übernehmen könnte, dass man an die Fakultät Medizin der Charité gehen könnte. So einfach funktioniert es aber nicht. Wenn an der FU wirklich abgebaut wird, muss ein neuer Kooperationspartner gesucht werden. Es dauert aber Jahre, bevor man etwas Ähnliches wie das, was man in zehn Jahren aufgebaut hat, wieder erreicht. Institute wie das DIEF werden planmäßig vom Wissenschaftsrat evaluiert, das DIEF in den Jahren 2005/06. Wenn dann die wissenschaftliche Exzellenz nicht vorhanden ist, kann unter Umständen entschieden werden, dass der Bund aus der Finanzierung aussteigt. Diese Gefahr besteht also.

Als zweiten Punkt nenne ich die Studienplatzzahl. Wie viele Studienplätze bieten Berlin und Brandenburg an? 1994 boten Berlin 100 000 und Brandenburg 34 000 Plätze an. Damals sagte der Wissenschaftsrat, das liege ungefähr im Bundesdurchschnitt und sei akzeptabel. Mittlerweile hat Brandenburg die Zahl der Studienplätze reduziert; jetzt sind wir gerade in der gegenteiligen Position, die Zahl der Studienplätze wieder zu erhöhen; Berlin will auf 85 000 Studienplätze reduzieren. Wenn jetzt noch weiter reduziert wird, führt das dazu - vielleicht ist das sogar schon der Fall -, dass wir unterdurchschnittlich mit Studienplätzen versorgt sind, und das in der Hauptstadtregion, was natürlich einen eklatanten Wettbewerbsnachteil bedeutet.

Zusammenfassend kann ich sagen: Ich habe ein großes Problem, wenn die Prämisse, die bis jetzt für unsere Hochschulentwicklung galt und die ich auch den Hochschulen gegenüber immer betont habe, nicht mehr gilt, nämlich die Prämisse, dass man eine Hochschullandschaft in Brandenburg nur denken, planen und finanzieren kann, wenn man die Berliner Hochschullandschaft in die Überlegungen einbezieht, wenn man hier keine Überkapazitäten in irgendeinem Fach aufbaut, weil etwas Entsprechendes in Berlin schon vorhanden ist, wenn man komplementäre Dinge anbietet. Wenn diese Prämisse jetzt nicht mehr gilt, weil Berlin ohne Absprachen große Einschnitte in seinem Spektrum vornimmt, dann erfüllt mich das mit Sorge. Ich habe auch keine Lust, mich in diesem Punkt von Fusionsgedanken oder von der Vorstellung einer gemeinsamen Region zu verabschieden. - Danke.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Es gibt noch Klärungsbedarf. Wir beginnen mit dem Fragesteller. Bitte sehr, Herr Niekisch.

Dr. Niekisch (CDU):

Frau Ministerin, nach Ihren Ausführungen klafft eine große Lücke zwischen der Anforderung der PDS Brandenburg hier im Landtag, das Engagement im Hinblick auf Wissenschaft und Forschung zu steigern - in diesem Punkt habe ich sie öfter an meiner Seite -, und dem Bestreben, in Berlin drastisch zu reduzieren und abzuwickeln, und das zulasten der gesamten Region. Wie können wir das auffangen? Wie können Sie diesen Widerspruch erklären?

(Dr. Sternagel [SPD]: Die Kommunisten machen alles platt! Das ist doch ganz einfach! - Vereinzelt Heiterkeit bei der SPD)

Ministerin Prof. Dr. Wanka:

Herr Niekisch, auffangen kann ich es nicht. Wir können in Brandenburg den begonnenen Weg, im Hochschulbereich einen Schwerpunkt zu setzen und aufzubauen, nur fortsetzen, indem wir versuchen, mit Berlin weiterhin vernünftige Absprachen zu treffen.

Präsident Dr. Knoblich:

Frau Osten.

Frau Osten (PDS):

Frau Ministerin, haben Sie bereits Kontakt mit der Berliner Regierung aufgenommen? Ich möchte das wissen, weil es meiner Kenntnis nach dazu keine Beschlüsse gibt, sondern innerhalb des Klinikums Gespräche zwischen Vertretern des Senats mit den dort Beschäftigten stattfinden. Da es keine Beschlüsse gibt, reden wir hier über Dinge, die noch nicht feststehen, sondern noch in der Schwebe sind.

Ministerin Prof. Dr. Wanka:

Es wäre schön, Frau Osten, wenn es noch in der Schwebe wäre. Es kann sein, dass der Druck jetzt so groß ist, dass man es wieder als schwebend betrachtet. In der Koalitionsvereinbarung steht aber eindeutig, dass im Jahr 2005 geschlossen wird.

(Beifall bei der CDU - Frau Osten [PDS]: In Ihrer Koalitionsvereinbarung steht sehr viel drin!)

- Ich gehe nicht davon aus, dass die Berliner Koalitionsvereinbarung nur Makulatur ist.

Wie und zu welchen Bedingungen man schließt, muss durch einen Gesetzentwurf, der im Herbst dieses Jahres vorgelegt werden müsste, präzisiert werden. Das betrifft dann aber Details. Die Senatsverwaltung war nicht in der Lage, Fragen zu beantworten, die sich für mich ergaben, zum Beispiel die Frage, ob die Zahl der Studienplätze auf unter 85 000 reduziert wird. Das ist dort noch unklar.

(Frau Osten [PDS]: Aber Sie reden darüber, als ob es klar wäre! Das ist mein Problem!)

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Ludwig, bitte.

Ludwig (PDS):

Frau Ministerin, ich habe zwei Nachfragen. Die erste: Welche Auswirkungen hatte es auf die medizinische und die Wissen-

schaftslandschaft in der Region Berlin/Brandenburg, dass die große Koalition aus CDU und SPD in Berlin das Universitätsklinikum "Rudolf Virchow" geschlossen bzw. mit der Charité verschmolzen hatte?

Zweite Frage: Welche Auswirkungen auf die medizinische und Wissenschaftslandschaft in Berlin und Brandenburg hatte es, dass die große Koalition aus CDU und SPD in Berlin die Bettenkapazität des Akademischen Lehrkrankenhauses Berlin-Buch um zwei Drittel zusammengestrichen hat, es also, um mit Herrn Niekisch zu sprechen, platt gemacht hat?

Präsident Dr. Knoblich:

Verehrte Kollegen, ich mache noch einmal darauf aufmerksam, dass in unserer Geschäftsordnung klar geregelt ist, dass sich die Fragen auf aktuelle landespolitische Aspekte richten sollen. Die jetzt gestellten Fragen haben für mich schwerlich Bezug zu aktueller Landespolitik.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Ministerin Prof. Dr. Wanka:

Ich bin gern bereit, darauf zu antworten, Herr Präsident. Ich kann das aber auch separat machen. Sie müssen entscheiden.

Präsident Dr. Knoblich:

Bitte sehr.

Ministerin Prof. Dr. Wanka:

1993 hat der Wissenschaftsrat evaluiert, welche Kapazitäten in der Medizinausbildung in Berlin bestehen. Er hat vorgeschlagen, die medizinische Ausbildung zu konzentrieren. Das Klinikum "Rudolf Virchow" ist nicht platt gemacht worden, sondern wurde der Charité angegliedert. Wir haben jetzt also zwei große Universitätsklinika. Nach der Einschätzung des Wissenschaftsrates von 1997 ist damit immer noch eine überproportionale Versorgung mit Studienplätzen im Bereich Medizin - wenn man nur Berlin, nicht aber die Region betrachtet - gesichert. Der Wissenschaftsrat hat eindeutig empfohlen, dies so zu belassen und nicht weiter abzubauen. Bei der ursprünglichen Entscheidung war Berlin-Buch nicht mit einbezogen worden.

Präsident Dr. Knoblich:

Wir sind damit bei der **Frage 1010** (Bundesweite Ausdehnung des Mainzer Modells) der Abgeordneten Frau Dr. Schröder. Bitte sehr.

Frau Dr. Schröder (PDS):

Die Bundesregierung hat angekündigt, das so genannte Mainzer Modell, bei dem Niedriglohnarbeit durch staatliche Zuschüsse zu den Sozialabgaben subventioniert wird, bundesweit ausdehnen zu wollen. Bekanntermaßen sind dazu im Land Brandenburg Modellprojekte durchgeführt worden. Bis heute sind nach aktueller Auskunft der Arbeitsämter im Arbeitsamtsbezirk Eberswalde lediglich 77 Anträge gestellt und 59 bewilligt worden. Ähnlich ernüchternd fällt die Statistik im Arbeitsamtsbezirk Neuruppin aus. Hier wurden bis heute lediglich 79 An-

träge gestellt und 67 bewilligt. Somit gibt es aktuell in Brandenburg ganze 126 staatlich subventionierte Niedriglohnjobs im Rahmen des Mainzer Modells.

Es hat sich also gezeigt, dass Kombilohnmodelle insbesondere für Ostdeutschland völlig ungeeignete Instrumente zur Lösung der hier bestehenden Beschäftigungsprobleme sind. Es existiert bereits ein ausgedehnter Niedriglohnsektor und auch für Unternehmen gibt es wesentlich attraktivere Förderinstrumentarien. Zudem trägt jede Subventionierung von Billigjobs zum weiteren Absenken des allgemeinen Lohnniveaus bei. Dies wäre insbesondere für Brandenburg eine verheerende Entwicklung, die die so dringend erforderliche Stärkung der Binnennachfrage konterkarierte. Bereits heute arbeiten Tausende Brandenburgerinnen und Brandenburger für Niedriglöhne, von denen sie mehr schlecht als recht leben müssen.

Ich frage daher die Landesregierung: Wie lautet angesichts der Erfahrungen mit dem Mainzer Modell in den beiden Brandenburger Modellregionen ihre Empfehlung gegenüber der Bundesregierung?

Präsident Dr. Knoblich:

Ich appelliere - das soll Sie ein wenig unterstützen - an die Abgeordneten: Denken Sie daran, dass jeder von Ihnen das Recht hat, Fragen an die Regierung zu stellen. In einer Stunde können im Allgemeinen etwa zwölf Fragen gestellt werden. Wenn die Vorbemerkungen jedoch so lang sind, dann werden wir deutlich darunter bleiben.

(Beifall bei CDU und SPD)

Bitte sehr, Herr Minister Ziel.

Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Ziel:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich teile Ihre Auffassung nicht, Frau Kollegin Dr. Schröder, die Bilanz des Mainzer Modells sei in Brandenburg durchweg negativ. Gewiss, dieses Modell ist auch kein Königsweg in der Arbeitsmarktpolitik, wenn es einen solchen überhaupt gibt. Schon gar nicht kann dieses Modell allein in den neuen Bundesländern durchschlagenden Erfolg haben. Doch fragen Sie einmal die mehr als 120 geförderten Brandenburger Arbeitslosen, wie sie darüber denken. Angesichts des strukturellen Arbeitsplatzdefizits sind auch einige Tausend Arbeitsmöglichkeiten in ganz Deutschland nicht zu verachten, die so auf den Weg gebracht werden können.

Wir hatten die Erwartungen an das Mainzer Modell aus gutem Grund nicht zu hoch geschraubt und das Modell auch zeitlich begrenzt. Schließlich ist es nicht sinnvoll, einen solchen Kombilohn auf Dauer öffentlich zu subventionieren. Täten wir das, setzte das eine endlose Kostenspirale in Gang. Das würde wohl auch Herr Eichel nicht mitmachen, denn es geht hier um Geld des Bundes.

Wir reden immer nur vom Mainzer Modell. Aber Arbeitsmarktpolitik ist viel mehr.

(Beifall des Abgeordneten von Arnim [CDU])

Kombilöhne sind doch nur ein Instrument im Rahmen all der Maßnahmen, die seit 1998 zur Verbesserung der Rahmenbedingungen auf den Weg gebracht wurden. Denken Sie auch an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, an Strukturanpassungsmaßnahmen sowie an die gezielte Förderung von Frauen, von Langzeitarbeitslosen und von Sozialhilfeempfängern, zum Beispiel an das Programm "Arbeit statt Sozialhilfe". Das sind doch ganz direkte, handfeste Hilfen. Angesichts des hohen Arbeitsplatzdefizits bleibt all das gerade für den Osten auch künftig unverzichtbar. Deswegen setzen wir diese Maßnahmen gemeinsam mit der Bundesanstalt für Arbeit fort.

Das Vorhaben der Bundesregierung, die Arbeitslosigkeit mit diesen Instrumenten zu senken, war doch nicht aus der Luft gegriffen. Andere Situationen erfordern auch andere Maßnahmen, die so nicht geplant waren, auch Maßnahmen wie das Mainzer Modell.

Ein Weiteres: Ein die aktuellen Entwicklungen berücksichtigendes Instrument ist das Job-AQTIV-Gesetz, das die Arbeitsvermittlung und die Möglichkeiten einer Beschäftigung schaffenden Infrastrukturförderung verbessert. Wir dürfen hier aber nicht zu ungeduldig sein und Ergebnisse bereits einfordern, bevor das Projekt überhaupt richtig in Gang gekommen ist.

Da Sie mich so direkt gefragt haben, Frau Kollegin Dr. Schröder, antworte ich wie folgt: Ich würde der Bundesregierung empfehlen, diese Dinge mit besonderem Blick auf die Entwicklung im Osten fortzusetzen. Wir sind da längst über erste Signale hinaus. So begrüße ich sehr die Ankündigung des Bundeskanzlers, das zunächst bis 2003 befristete Zukunftsinvestitionsprogramm nun aus den UMTS-Erlösen bis 2007 fortzuführen.

Meine Damen und Herren, ich bin davon überzeugt, dass wir mit unseren verschiedenen Ansätzen Erfolg haben werden. Wenn es gelingt, das alles sinnvoll miteinander zu verknüpfen, können wir den Arbeitsmarkt entlasten. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Es gibt noch Klärungsbedarf. Frau Dr. Schröder, bitte.

Frau Dr. Schröder (PDS):

Herr Minister Ziel, angesichts der Rekordarbeitslosigkeit in Land und Bund müssen wir ungeduldig sein. Deswegen frage ich: Können wir die Debatte um die in Ostdeutschland gescheiterten Kombilöhne nicht endlich in den Papierkorb werfen, uns endlich aktiver Arbeitsmarktpolitik widmen und Geld in die Hand nehmen? Müsste Ihre Empfehlung an die Bundesregierung nicht lauten, endlich mehr aktive Arbeitsmarktpolitik zu betreiben und zum Beispiel das von Ihnen geforderte kommunale Infrastrukturprogramm in Milliardenhöhe und nicht nur in Höhe von lächerlichen 20 Millionen Euro aufzulegen?

Minister Ziel:

Frau Dr. Schröder, ich habe ausgeführt, dass die verschiedenen Maßnahmen gemeinsam zum Erfolg führen können. Das kommunale Beschäftigungs- und Infrastrukturprogramm - ich habe es "Kommunale Beschäftigungs- und Infrastrukturinitiative"

genannt - enthält Vorschläge, die weiterhin diskutiert werden. Inzwischen sind wir damit auf einer höheren Ebene gelandet und die Ministerpräsidenten setzen sich damit auseinander. Dabei geht es um die Vergabe zusätzlicher Aufträge zu Ausbau und Pflege kommunaler Infrastruktur. Es geht darum, dass die Kommunen die Maßnahmen selber steuern sollen. Wir haben diesbezüglich viel Vertrauen in die Kommunen; dass sie es verdienen, haben sie in der Vergangenheit bewiesen. Es geht um die Vergabe von globalen Zielen mit Beschäftigungswirkung und es geht um mehrjährige Laufzeiten; ich hatte fünf Jahre vorgeschlagen. Das alles kann aber nicht kurzfristig wirken. Das muss längerfristig wirken. Daran arbeiten wir.

Präsident Dr. Knoblich:

Frau Dr. Enkelmann.

Frau Dr. Enkelmann (PDS):

Der Koordinator für das Mainzer Modell im Eberswalder Arbeitsamt hat unter anderem formuliert:

"Die Leute sind durchaus motiviert ..."

Präsident Dr. Knoblich:

Frau Dr. Enkelmann, stellen Sie bitte Ihre Frage.

Frau Dr. Enkelmann (PDS):

Das mache ich doch.

Präsident Dr. Knoblich:

Nein, ein Vorspann ist bei einer Zusatzfrage nicht zulässig.

Frau Dr. Enkelmann (PDS):

Ich muss das Zitat doch voranstellen, damit der Herr Minister überhaupt begreift, wonach ich frage.

(Heiterkeit bei der PDS - Unruhe bei SPD und CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Frau Dr. Enkelmann, die Geschäftsordnung sagt klar und deutlich, dass sich Zusatzfragen auf das zu beziehen haben, was in der Originalfrage enthalten ist. Insofern brauchen Sie nicht zu erklären, was in der Originalfrage steht.

(Dr. Hackel [CDU]: Doch, das muss erklärt werden, weil es sonst niemand kapiert!)

Frau Dr. Enkelmann (PDS):

Es muss erklärt werden; Sie haben völlig Recht, Herr Dr. Hackel.

Der Koordinator des Mainzer Modells hat Folgendes erklärt:

"Die Leute sind durchaus motiviert, nur Stellen gibt es eben keine."

Ist das nicht auch ein Grund für Sie, dieses Modell infrage zu stellen?

Minister Ziel:

Ich stelle das Modell nicht infrage, weil ich alle Möglichkeiten ausschöpfen will, die es gibt. Eine der Möglichkeiten ist das Mainzer Modell. Tatsache ist allerdings, dass wir das Mainzer Modell nicht dort einsetzen können, wo Arbeitsplätze fehlen. Das habe ich auch selbst schon gesagt.

Präsident Dr. Knoblich:

Wir kommen damit zur **Frage 1011** (Drogenprävention durch die Lehrkörper an Brandenburger Schulen) der Abgeordneten Fechner. Ich gebe ihr Gelegenheit, sie zu formulieren.

Frau Fechner (DVU):

Im August 2001 teilte das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport mit, dass das Ministerium eine Initiative gestartet habe, die Lehrkräfte an Brandenburger Schulen umfassend über Drogen zu informieren und handlungssicherer im Umgang mit Drogenmissbrauch zu machen. Unter anderem sollten Lehrkräfte zu schulischen Suchtpräventionsfachkräften fortgebildet werden, um vor Ort als direkte kompetente Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen.

Ich frage die Landesregierung: Wie viele Lehrerinnen und Lehrer an Brandenburger Schulen sind inzwischen zu Suchtpräventionsfachkräften ausgebildet worden und tätig?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister Reiche, Sie haben das Wort.

Minister für Bildung, Jugend und Sport Reiche:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Fechner, es gibt derzeit in allen Landkreisen und kreisfreien Städten so genannte Moderatoren, die sich mit der Frage der Suchtprävention intensiv befassen und in den Schulen die Kolleginnen und Kollegen fortbilden. Dies alles ist in diesem kleinen Heft hier "Schule gegen Drogen" ausführlich dargestellt. Zurzeit ist das Pädagogische Landesinstitut dabei, gemeinsam mit der Landesstelle für Suchtprävention ein Curriculum zu entwickeln, mit dem dann die Drogenpräventionskräfte ausgebildet werden sollen. Wir erwarten, dass dieses Curriculum im Juni fertig sein wird, sodass dann auf dessen Grundlage die Fachkräfte ausgebildet werden können. In einer ersten Gruppe werden die Brandenburgische Präventionsstelle gegen Suchtgefahren und das Pädagogische Landesinstitut zumindest für jeden Kreis und jede kreisfreie Stadt eine solche Fachkraft ausbilden. Spätestens im Schuljahr 2003/04 werden diese Fachkräfte in den Schulen eingesetzt werden können.

Präsident Dr. Knoblich:

Es gibt noch Klärungsbedarf. Bitte.

Frau Fechner (DVU):

Ich habe zwei Nachfragen: Welche konkreten Aufgaben haben dann diese Suchtpräventionsfachkräfte? Beinhaltet das Tätigkeitsfeld auch das Erteilen von Drogenaufklärungsunterricht an den Schulen?

Minister Reiche:

Frau Fechner, es wird nicht über Drogen aufgeklärt. Das Ziel dieser Prävention ist nicht, Jugendliche zu befähigen, besser mit Drogen umzugehen, sondern es ist der intensive Versuch, Jugendliche über die Gefahren von Drogen aufzuklären.

Wir werden heute Mittag mit Frau Bulmahn und Herrn Sturzbecher gemeinsam eine Studie über das Freizeitverhalten, über die Entwicklung der Jugendlichen in den letzten zwei Jahren vorstellen. Dort wird in dieser Beziehung eine positive Entwicklung in den letzten Jahren deutlich gemacht werden können. Das sind die Aufgaben dieser Drogenpräventionskräfte.

Präsident Dr. Knoblich:

Frau Redepenning hat jetzt Gelegenheit, ihre Frage, die **Frage 1012** (Ergebnisse der PISA-Studie), zu formulieren. Bitte sehr.

Frau Redepenning (SPD):

Die öffentliche Diskussion über die Ergebnisse der internationalen PISA-Studie und die festgestellten erheblichen Defizite im Lese- und Textverständnis sowie in der mathematischen und naturwissenschaftlichen Grundbildung unserer Schülerinnen und Schüler im internationalen Vergleich hält unvermindert an.

Nach den Empfehlungen der KMK vom 05.12.2001 für Veränderungen der Bildungsstrukturen hat nunmehr das Forum Bildung zum Abschluss seiner Arbeit grundlegende Empfehlungen zur Verbesserung der Qualität unseres Bildungssystems vorgelegt.

Ich frage deshalb die Landesregierung, wie sie die vom Forum Bildung unterbreiteten Empfehlungen zur Verbesserung der Qualität des deutschen Bildungssystems bewertet.

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister Reiche, Sie haben erneut das Wort.

Minister für Bildung, Jugend und Sport Reiche:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Frau Redepenning, Ende November hat das Forum Bildung nach einem rund zweijährigen Prozess seine Arbeit abgeschlossen. Es hat Empfehlungen gegeben, die in dieser kleinen Broschüre, die ich auch den Fraktionen zur Verfügung gestellt habe, auf etwa 40 Seiten zusammengefasst sind.

Wir haben, kurz bevor wir die Veröffentlichung aus der im Jahr 2000 durchgeführten PISA-Studie am 4. Dezember 2001 zur Verfügung hatten, die Ergebnisse des von der Kultusministerkonferenz gemeinsam mit der Bundesbildungsministerin veranstalteten Forums Bildung resümiert, weil wir die Ergebnisse der zweijährigen Bemühungen um die Suche nach Schwachstellen und nach neuen Konzepten etwa parallel zu der PISA-Studie vorstellen wollten.

Es hat in Berlin einen Abschlusskongress gegeben, der auch von vielen Vertretern der Parlamente besucht worden ist. Wie auch der Auftakt in Berlin ist diese Veranstaltung mit Johannes Rau gemeinsam durchgeführt worden. Er hat dort die Grundsatzrede

gehalten und hat deutlich gemacht, dass das Thema Bildung in den letzten Jahren sowohl beim Bund als auch bei den Ländern nicht so weit oben auf der tagespolitischen Agenda stand, wie es eigentlich notwendig gewesen wäre.

Es hat bei beiden Veranstaltungen auch eine umfangreiche Messe von Best-practice-Beispielen gegeben. Diese Beispiele findet man mit einer genauen Projektbeschreibung auch im Internet. Es waren eine ganze Reihe Brandenburger Beispiele dabei, etwa die "Schule des Lebens" in Rüdersdorf, die insbesondere mit Lernverweigerern - landläufig sagt man auch Schulschwänzer - gut umgeht.

Die Kultusministerkonferenz hatte mich als Vertreter ihrer Seite in diesem Forum benannt. Politik und Wissenschaft, Eltern- und Schülervertreter, Verbände und Gewerkschaften sowie Kirchen haben dort gemeinsam gearbeitet und haben insgesamt zwölf Forderungen aufgestellt, von denen uns die fünf ersten die wichtigsten sind. Die PISA-Studie hat mit den sieben Handlungsfeldern, die die Kultusministerkonferenz gefunden hat und auf denen wir in besonderer Weise tätig werden müssen, die Ergebnisse des Forums Bildung im Grunde genommen bestätigt. Ich will sie nennen.

Verstärkung der frühkindlichen Förderung, also mehr in die Ausbildung in den Kindertagesstätten investieren - Bildungsauftrag von Kita -, in den Grundschulen Ganztagsangebote unterbreiten, sich mehr um die Qualifizierung der Lehrerinnen und Lehrer bemühen, damit sie besser erkennen, wo Kinder benachteiligt sind, wo Kinder mit verschiedensten Behinderungen oder Begabungen in besonderer Weise zu fordern und zu fördern sind.

Wir haben ebenfalls gemeinsam festgestellt, dass die gesellschaftliche Achtung der Arbeit von Lehrerinnen und Lehrern in der Zukunft gestärkt werden muss; denn nur dort, wo es auch Anerkennung gibt, kann in Zukunft Qualität entwickelt werden.

Das Land Brandenburg - das ist mir sowohl bei der Arbeit im Forum Bildung als auch bei der Auswertung der PISA-Studie deutlich geworden; wir werden das morgen in der Aktuellen Stunde noch ausführlicher zu diskutieren haben - macht schon seit 1990 einiges von dem, was das Forum Bildung uns aufgegeben hat, bzw. ist mit der Bildungsoffensive an einigen Stellen auf einem guten Weg. Aber wir sehen aus den Ergebnissen der Arbeit des Forums Bildung auch, wo wir noch tätig werden müssen, wo wir in der Zukunft Barrieren und Widerstände überwinden müssen.

Die Reformbereitschaft ist bei allen vorhanden. Das gute Ergebnis der Arbeit des Forums Bildung ist, dass wir uns zwischen den A-Ländern und B-Ländern, aber auch zwischen Bund und Ländern, nicht zerstreiten, sondern gemeinsam eine große Bewegung für Bildung in Deutschland auf den Weg bringen wollen. Ich freue mich, wenn auch das Parlament in Brandenburg uns dabei mit aller Kraft und mit allem Nachdruck unterstützt. - Vielen Dank.

(Frau Redepenning (SPD): Darf ich noch?)

Präsident Dr. Knoblich:

Ich vermute, dass das die Anmeldung einer Frage ist.

(Frau Redepenning [SPD]: Ja!)

- Bitte sehr.

Frau Redepenning (SPD):

Ich habe eine Nachfrage. Es wurde die Anerkennung des Berufsstandes der Lehrer angesprochen. In der aktuellen Diskussion wird gerade wieder über den "Lehrertag" geredet. Mich würde jetzt interessieren, ob das Bildungsministerium ernsthaft daran interessiert ist, diesen in meinen Augen vermotteten Tag wieder einzuführen?

(Heiterkeit und vereinzelt Beifall bei der CDU)

Minister Reiche:

Frau Kollegin Redepenning, ob der Tag des Lehrers vermottet ist oder nicht, wird man sehen müssen.

(Zuruf von der CDU: Doch, vermottet ist er!)

- Wir haben auch mit Ihrer Billigung manches, was da eingemottet worden ist, wieder ausgemottet, weil auch Sie eingesehen haben, dass 1990 zu vieles eingemottet worden ist.

(Vereinzelt Beifall bei der PDS)

Es hat gestern in einem Gespräch in der PDS-Fraktion eine berechtigte Frage gegeben, nämlich ob ich mir denken könnte, dass man im Sinne der Erhöhung der Achtung des Berufsstands der Lehrer auch diesen Tag wieder einführt. Ich habe da ganz offen gesagt, dass ich mir das vorstellen kann, dass ich dafür offen wäre. Man muss die gesellschaftliche Diskussion abwarten.

Ich bin ganz sicher, Frau Redepenning, dass es viele gibt, die darüber anders denken als Sie. Beim ORB-Fernsehen hat man gestern auch einige Schüler gesehen,

(Klein [SPD]: Die haben gesagt, es soll schulfrei für Schüler sein!)

die deutlich gesagt haben - Herr Kollege Lehrer aus ehemaligen Zeiten -, sie könnten sich durchaus vorstellen, dass es eine solche Ehrung für Lehrerinnen und Lehrer in Zukunft wieder gibt. Ob man dann auch, wie Frau Enkelmann gefordert hat, die Bergarbeiter, die Pharmakologen usw. wieder mit bedenken muss.

(Klein [SPD]: Die Werktätigen im Handel!)

würde ich in Zweifel stellen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an den Abgeordneten Dr. Niekisch, der seine Frage, die **Frage 1013** (Wiederaufbau Kaiserbahnhof in Potsdam), formuliert. Ich bitte ihn, den Vorspann zu komprimieren.

Dr. Niekisch (CDU):

Das wollte ich schon sagen, Herr Präsident. Ich werde es kurz extemporieren. - "Eingemottet", Herr Minister Reiche, ist übrigens wertneutral; man kann die Dinge wieder auspacken.

Es geht um den Kaiserbahnhof in Potsdam-West am Neuen Palais, eine der letzten kaiserlichen Einsteigestationen, die es in Deutschland noch gibt, seit den 70er Jahren baupolizeilich gesperrt, von Reichsbahn und DDR-Regierung verfallen gelassen.

Auch nach der Wende hatten wir kein Glück mit der Restaurierung. Eine Universitätsbibliothek sollte dort hinein, auch eine Führungsakademie war schon einmal im Gespräch. Aber ab dem Jahr 1999 hat die Landesregierung, eine CDU/SPD-Regierung, mit drei Ministerien an einem Strang gezogen. Ein Potsdamer mittelständisches Unternehmen, die Firma Schlausch & Nicolaides, hatte eine wunderbare Konzeption mit über 100 000 Euro Vorlaufkosten für ein integriertes Gastronomiezentrum - ähnlich der Historischen Mühle.

(Zuruf von der SPD)

Plötzlich - die Fördermittelbescheide lagen schon vor - haben vor Weihnachten der Ministerpräsident und der Bahnchef verabredet, doch eine Führungsakademie der Bahn dort einzurichten

(Unruhe)

Deswegen frage ich die Landesregierung: Wird der vom Ministerpräsidenten offensichtlich klar vorgezogene Plan für eine Akademie für Führungskräfte der Deutschen Bahn AG in der gleichen Zeit, mit der gleichen Sorgfalt für das Denkmal, der gleichen Transparenz, Bürgernähe und Wirtschaftlichkeit zum Wiederaufbau und zur Sanierung des Kaiserbahnhofs in Potsdam führen wie der eigentlich für dieses Jahr vorgesehene Plan?

(Zuruf des Abgeordneten Klein [SPD])

Präsident Dr. Knoblich:

Vielleicht sollte ich doch wieder darum bitten, am Text zu bleiben.

(Heiterkeit)

Herr Minister Meyer, Sie haben das Wort.

Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Meyer:

Meine Antwort wird kürzer. - Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Dr. Niekisch, im Rahmen der Abstimmung über das Finanzierungskonzept des Potsdamer Gastronomiebetriebes wurde Ministerpräsident Stolpe vom Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bahn AG darüber informiert, dass die Deutsche Bahn AG aufgrund neuerer Überlegungen beabsichtigt, den Kaiserbahnhof als Managementakademie selbst zu nutzen.

Eine Bewertung dieser unternehmerischen Entscheidung und eine Beantwortung der einzelnen Fragen ist erst dann möglich, wenn die Deutsche Bahn AG detaillierte Pläne vorlegt. Dies hat sie für die nächsten Wochen angekündigt. - Danke.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Es gibt noch Klärungsbedarf. Herr Niekisch, bitte.

Dr. Niekisch (CDU):

Herr Minister, wäre es angesichts der Tatsache, dass drei Ministerien und Abgeordnete viel Zeit, Schweiß und Kraft eingesetzt haben, nicht angezeigt gewesen, dass wir eine Information bekommen, dass vor allem mittelständische Unternehmen hier in Potsdam nicht einfach durch Zeitungsmeldungen überrascht werden? Da das Gebäude bereits zu einer Ruine verfallen ist, ist im Übrigen die Frage, ob wir noch die Chance haben, das zu realisieren, bevor der Zahn der Zeit wirklich alles zernagt hat.

Minister Meyer:

Herr Dr. Niekisch, bei Plänen, die ich nicht kenne, kann ich keinen zeitlichen Rahmen nennen. Sie sind neben Ihrer Tätigkeit im Landtag auch im städtischen Rat vertreten. Der Kaiserbahnhof ist sicherlich ein wertvolles Kulturerbe, ein Objekt der Stadt Potsdam. Ich bitte Sie, hierbei zu berücksichtigen, dass es in der Vergangenheit mehrere Konzepte gab. Wie Sie aber auch wissen, sind die Besitzverhältnisse sehr klar, und wir müssen uns nach den Plänen derer richten, die zurzeit noch im Besitz dieser Immobilie sind.

Präsident Dr. Knoblich:

Wir sind damit bei der **Frage 1014** (Zustimmung zum Zuwanderungsgesetz), die von der Abgeordneten Wolff gestellt wird. Bitte sehr.

Frau Wolff (PDS):

Das Land Brandenburg wird im Bundesrat unter Umständen eine ausschlaggebende Rolle bei der Abstimmung über den Entwurf der Bundesregierung für ein Zuwanderungsgesetz spielen. Dabei zeichnet sich ab, dass Brandenburg durch diese Schlüsselrolle die Bundesregierung unter Druck setzt und die inhaltlichen Positionen des Zuwanderungsgesetzes noch mehr in Richtung der Forderungen der CDU-regierten Bundesländer drängt.

Ich frage die Landesregierung: Unter welchen Bedingungen ist sie bereit, dem Zuwanderungsgesetz zuzustimmen?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Innenminister, Sie haben das Wort.

Minister des Innern Schönbohm:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Wolff, Brandenburg spielt nicht unter Umständen, sondern immer eine wichtige Rolle im Bundesrat. Das möchte ich nur vorab sagen, falls Sie das nicht gewusst haben.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Deshalb mögen uns alle und das ist gut so.

(Heiterkeit bei CDU und SPD)

Ich freue mich, dass Sie eine Frage stellen, die Sie kürzlich schon einmal gestellt haben. Der Ministerpräsident hat Ihre damalige Frage in seiner Rede am 20. Dezember im Bundesrat

eigentlich beantwortet. In jener Sitzung hat er erklärt, unter welchen Bedingungen Brandenburg dem Gesetzentwurf zustimmen wird. Er hat dort gesagt, dass sich an dem zur Diskussion stehenden Gesetzentwurf deutliche Änderungen ergeben müssen. Die Änderungswünsche des Landes Brandenburg hat er in vier Punkten zusammengefasst.

Erstens: Die Zielvorstellungen des Gesetzes müssen klarer zum Ausdruck kommen. Hierzu ist ein eigener Paragraph erforderlich, der verdeutlicht, dass das neue Aufenthaltsrecht der Begrenzung und Steuerung der Zuwanderung dienen soll. Diese Festschreibung als Auslegungsregel ist nach unserer Auffassung zwingend erforderlich, weil zum Beispiel die beabsichtigten Möglichkeiten der Arbeitsmigration und die erweiterten Bleibemöglichkeiten für ausreisepflichtige Ausländer anderenfalls neue Anreize für einen ungesteuerten Zuzug gäben.

Zweitens: Das Auswahlverfahren zur Arbeitsmarktzulassung muss in erheblich stärkerem Maße am Bedarf in Deutschland insgesamt orientiert werden. Das heißt unter anderem: Weg von einer nur am regionalen Arbeitsmarkt orientierten Prüfung. Angesichts der sich ständig verschlechternden wirtschaftlichen Lage und der in Deutschland dramatisch steigenden Arbeitslosenzahlen fragen sich viele - nicht nur Oskar Lafontaine, der das bekanntlich öffentlich erklärt hat -, ob wir eine Regelung in der vorgesehenen Form überhaupt brauchen. Für Brandenburg jedenfalls gilt, dass bei einer Arbeitslosenquote von etwa 17 % im Lande unseren Bürgerinnen und Bürgern nicht vermittelt werden kann, dass noch zusätzlich ausländische Arbeitnehmer für Brandenburg ins Land geholt werden sollen.

(Zurufe von der PDS)

- Sie können sich ja melden. Dann können wir hören, was Sie sagen. Anderenfalls hören wir das hier nicht.

Wir wollen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit weiterhin mit allen Mitteln bekämpfen. Wir sollten Agitatoren und Hetzern nicht noch Wasser auf ihre Mühlen leiten.

Drittens: Opfer nichtstaatlicher oder geschlechtsspezifischer Verfolgung. Wir sagen, dass dies kein Grund für ein verfestigtes Bleiberecht sein kann. Die Streichung der Regelung zur nichtstaatlichen Verfolgung bedeutet keine Schutzlücke; denn kein derartig Verfolgter würde abgeschoben werden. Es bleibt bei dem Schutzumfang, wie ihn die Genfer Flüchtlingskonvention vorsieht, geht aber nicht darüber hinaus.

Viertens: Wir sind dafür, dass das Nachzugsalter für Kinder herabgesetzt wird. Das vorgesehene Alter von 14 Jahren steht in Widerspruch zu den in der Gesetzesbegründung genannten Zielen, nämlich Integration nach Möglichkeit im Familienverband zu gewährleisten, der gesteigerten Integrationsfähigkeit im frühen Lebensalter Rechnung zu tragen und den notwendigen Bildungs- und Spracherwerb durch das schulische Angebot zu ermöglichen. Wie Sie wissen, haben die meisten ausländischen Kinder im Alter von 14 Jahren ihre Schulpflicht bereits im Heimatland erfüllt. Beim Einstieg in das deutsche Schulwesen stehen sie in diesem Alter oftmals vor unüberwindbaren Schwierigkeiten. Damit müssen wir uns auseinander setzen.

Darüber hinaus gibt es zu Einzelfragen, die sich hinter den jetzt genannten groben Überschriften verbergen, noch Klärungsbe-

darf. Hierzu hat unter anderem der saarländische Ministerpräsident Müller Ausführungen gemacht.

Zwischen den Ländern - ob CDU-, CSU-, SPD- oder Grünregiert - ist unstrittig, dass das Thema Integration weiter geführt werden muss, als dies in dem Gesetzentwurf vorgesehen ist. Dabei geht es zum einen um die Tiefe der Integration und zum anderen um den Umfang der Kosten bzw. um die Kostenteilung zwischen Bund und Ländern. Dies alles muss in den zu dem Gesetzentwurf noch anstehenden Beratungen im Bundestag und dann im Bundesrat geklärt werden.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Es gibt noch Klärungsbedarf.

Freese (SPD):

Herr Minister, unter Bezugnahme auf die "Spiegel"-Berichterstattung vom Montag erlaube ich mir zwei Nachfragen.

Erstens: Ist das, was Sie hier dargestellt haben, 100%ige Vorstellung der CDU?

Zweitens: Wird über die Frage, ob das Land Brandenburg dem Gesetzentwurf zustimmt, am Kabinettstisch in Brandenburg oder, wie Sie es hier angekündigt haben, in der Parteizentrale von Berlin oder von Potsdam entschieden?

Minister Schönbohm:

Herr Kollege, wenn Sie mit diesem Thema Wahlkampf machen wollen, dann rate ich Ihnen davon ab. Ich möchte Sie daran erinnern, dass es einen Koalitionsvertrag gibt. Darin ist alles geregelt. Vielleicht sollten Sie den Koalitionsvertrg einmal lesen, bevor Sie sich der Lektüre des "Spiegel" widmen; denn der Koalitionsvertrag ist das Grunddokument.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Freese [SPD])

- Wenn Sie schon so fragen, dann möchte ich Ihnen auch entsprechend antworten. - Im Koalitionsvertrag ist festgelegt, dass wir das Interesse des Landes Brandenburg an die erste Stelle setzen. Des Weiteren ist darin festgelegt, dass dann, wenn wir uns nicht darüber verständigen können, wie das Interesse des Landes Brandenburg ...

(Zuruf des Abgeordneten Freese [SPD] - Weitere Zurufe - Unruhe)

- Soll ich tatsächlich etwas zu Herrn Schröder sagen? Wollen Sie eine solche Diskussion? Ich bin gewillt, das hier aus der Hüfte zu machen, aber das gehört wohl nicht hierher, weil das nicht die Frage war. Deshalb fahre ich in der Beantwortung der Fragen fort.

Das wird also in der Landesregierung von Brandenburg entschieden. Wenn wir uns nicht einigen können, dann enthalten wir uns der Stimme. So ist der Koalitionsvertrag und danach richten wir uns. Ich habe definiert, unter welchen Bedingungen wir zustimmen wollen, und nicht definiert, unter welchen Bedingungen wir nicht zustimmen wollen. Das müssen Sie einfach einmal unterscheiden.

(Zurufe von der PDS)

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Christoffers.

Christoffers (PDS): *

Herr Minister, ich habe eine Nachfrage, wobei ich zunächst einmal meine Hoffnung darüber zum Ausdruck bringen will, dass die von Ihnen dezidiert dargelegten Änderungen nicht die endgültige Haltung des Landes Brandenburg widerspiegeln, weil ich der Meinung bin, dass diese Änderungen für die Situation und für den politischen Gestaltungsbedarf nicht sachgerecht wären. Sie haben erneut deutlich gemacht, dass Sie Gründe für eine geschlechtsspezifische und nichtstaatliche Verfolgung nicht in dem Umfang in den Gesetzentwurf aufnehmen wollen. Der Bosnien- bzw. Jugoslawien-Konflikt hat die Notwendigkeit dazu aber deutlich gemacht.

Nun zu meiner Frage: Warum meinen Sie, dass in dem Gesetzentwurf kein entsprechender Regelungsbedarf besteht, obwohl die Entwicklung in Europa doch gezeigt hat, dass das notwendig ist?

Minister Schönbohm:

Herr Kollege Christoffers, ich habe gesagt, dass die in dem Gesetzentwurf jetzt vorgesehene Regelung aus den genannten Gründen zu einer Verfestigung des Aufenthaltsstatus führte. Des Weiteren habe ich gesagt, dass es in den betreffenden Fällen einen Abschiebeschutz gibt. Außerdem habe ich darauf hingewiesen, dass die Genfer Flüchtlingskonvention, die die Bundesrepublik Deutschland in den 50er Jahren ratifiziert hat, die Grundlage aller Entscheidungen ist. Darüber hat es zwischen dem Bundesinnenminister und den Ländern Gespräche gegeben. Vielleicht wissen Sie noch, dass die jetzt vorgesehene Regelung in dem vom Bundesinnenminister Schily vorgelegten ersten Entwurf nicht enthalten war, dass diese Regelung erst nach koalitionsinternen Verhandlungen auf der Ebene der Bundesregierung eingeführt worden ist. Wir wollen nun - wenn ich das einmal so sagen darf - in diesem Zusammenhang Schily pur gemeinsam erreichen.

Präsident Dr. Knoblich:

Wir sind damit bei der **Frage 1015** (Externer Beirat für den brandenburgischen Justizvollzug). Die Frage wird von der Abgeordneten Richstein gestellt. Bitte sehr.

Frau Richstein (CDU):

Seit Juni 2000 existiert in Brandenburg ein externer Beirat, der die Aufgabe hat, das Justizministerium in grundsätzlichen Fragen des Strafvollzugs zu beraten. Er unterstützt das Ministerium insbesondere bei der Vorbereitung allgemeiner Richtlinien für die Vollzugsgestaltung sowie bei der Ausbildung der Vollzugsbediensteten durch die Erarbeitung entsprechender Empfehlungen. Einer der Schwerpunkte der Arbeit des Beirats war bis-

lang die Praxis der Gewährung von Hafturlaub und Lockerungen im Strafvollzug. Dabei wurde der bisherige Leitfaden für Entscheidungen über Hafturlaub und Vollzugslockerungen komplett überarbeitet.

Ich frage die Landesregierung: Welche Themenschwerpunkte sind im zukünftigen Arbeitsprogramm des externen Beirates vorgesehen?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister Schelter, Sie haben das Wort.

Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten Prof. Dr. Schelter:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Abgeordnete Richstein, in den kommenden Monaten wird sich der Beirat mit zwei weiteren Problemkreisen befassen. Dies ist zunächst die sozialtherapeutische Behandlung von Gefangenen. Nach § 9 des Strafvollzugsgesetzes ist ab dem 1. Januar 2003 die sozialtherapeutische Behandlung aller Sexualstraftäter zwingend gefordert, die zu einer Freiheitsstrafe von mehr als zwei Jahren verurteilt worden sind und bei denen die sozialtherapeutische Behandlung angezeigt ist. Mit Blick auf diese Regelung wird die Anzahl der sozialtherapeutischen Haftplätze im brandenburgischen Justizvollzug noch in diesem Jahr von jetzt 19 auf insgesamt 80 Plätze ausgeweitet. Parallel dazu muss das sozialtherapeutische Behandlungsprogramm den unterschiedlichen therapeutischen Bedürfnissen dieser Tätergruppe angepasst werden. Der externe Beirat wird diese Arbeit unterstützen und dabei beratend tätig werden.

Der zweite Problemkreis wird die Behandlung von Strafgefangenen sein, also das Gesamtpaket von Maßnahmen, das im Justizvollzug zur Förderung der Resozialisierung bereitgehalten wird. Eine Bestandsaufnahme, die ich Ende 1999/Anfang 2000 im Justizvollzug habe durchführen lassen, hatte ergeben, dass in diesem Bereich noch Nachholbedarf besteht. Der externe Beirat wird auch hier beratend mitwirken.

Ich darf abschließend sagen, dass sich der externe Beirat schon nach kurzer Zeit seines Bestehens als ein wichtiges Expertengremium erwiesen hat, das mit seiner Arbeit einen wesentlichen Anteil an der Verbesserung der Qualität des Justizvollzugs in Brandenburg hat. Ich freue mich darüber, Frau Abgeordnete Richstein, dass Sie als Vorsitzende des Rechtsausschusses diesem Gremium die Möglichkeit geben wollen, in Ihrem Ausschuss zu berichten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort erhält der Abgeordnete Wolfgang Thiel, der die **Frage 1016** (Sicherung der Bergbausanierung für den Zeitraum 2003 bis 2007) stellen wird.

Thiel (PDS):

Im Verhandlungspoker um die künftige Finanzierung der Bergbausanierung in Ostdeutschland ist noch immer kein Ende absehbar. Tausende Arbeitsplätze hängen an dem ausstehenden Verwaltungsabkommen. Gleichzeitig ist die Planungssicherheit für die Bergbausanierung gefährdet. Anfang März müsste zum Beispiel im Steuerungs- und Budgetausschuss über Projekte entschieden werden, die in das Jahr 2003 und damit in den Zeitraum des neuen Verwaltungsabkommens hineinfallen.

Ich frage deshalb die Landesregierung: Welche Maßnahmen hat sie eingeleitet, um die Verhandlungen zum Verwaltungsabkommen III ergebnisorientiert zu beschleunigen?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister Birthler, Sie haben das Wort.

Minister für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung Birthler:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Brandenburg hat sich in den Verhandlungen mit dem Bund durch konstruktive Vorschläge und Koordination der Ländermeinungen um schnelle und akzeptable Lösungen bemüht. Die schnelle Festlegung der Größenordnung für eine bedarfsgerechte Mittelbereitstellung für die Grundsanierung - 1,4 Milliarden Euro nach einem Angebot des Bundes von 1,18 Milliarden Euro - ist Ergebnis dieser Bemühungen.

Bei den strittigen Bereichen - darauf zielt ein Teil Ihrer Frage betreffs der Lücke von 250 Millionen Euro; das betrifft Maßnahmen im Bereich Altbergbau, Gefahrenabwehr, Grundwasseranstieg und Tagebauvorfelder - muss Brandenburg auf einer Mitfinanzierung des Bundes bestehen.

In der letzten Sitzung der Arbeitsgruppe zwischen Bund und Ländern zum Verwaltungsabkommen III im November 2001 wurde vereinbart, die Gespräche auf Staatssekretärsebene fortzusetzen. Im Vorfeld dieser Gespräch steht Brandenburg in ständigem und engem Kontakt mit den anderen ostdeutschen Braunkohleländern, um den Bund auf Grundlage einer abgestimmten einvernehmlichen Position zur angemessenen Ausfüllung seiner Verpflichtungen zu bewegen. - Vielen Dank.

Präsident Dr. Knoblich:

Es gibt noch Klärungsbedarf. Bitte, Herr Woidke.

Dr. Woidke (SPD):

Herr Minister, es gab Irritationen - das ist in unserer Zeitung nachzulesen - über geplante Privatisierungen und Erpressungsversuche des Bundes gegenüber dem Land Brandenburg, indem mit anderen ostdeutschen Bundesländern ...

Präsident Dr. Knoblich:

Bitte die Frage, Herr Abgeordneter!

Dr. Woidke (SPD):

Stimmen Sie mir zu, dass es wichtig ist, dass das Verwaltungsabkommen III so, wie bisher geplant, im Land Brandenburg durchgeführt wird und dass wir dazu die Unterstützung auch der anderen ostdeutschen Bundesländer brauchen?

Minister Birthler:

Ich stimme Ihnen zu, Herr Abgeordneter. Es kann im dritten Verwaltungsabkommen nur ein Gesamtpaket verhandelt werden, zu dem auch gehören könnte, dass der Bund zum Ende der Laufzeit des Verwaltungsabkommens aus seiner Verantwortung entlassen wird. Dazu ist es aber notwendig, die Lücken, die ich genannt habe, zu füllen.

Präsident Dr. Knoblich:

Ich erteile das Wort dem Abgeordneten Schrey, der die **Frage 1017** (Fahrerlaubnis ab 17) stellen wird.

Schrey (CDU):

Presseberichten war zu entnehmen, dass sechs Bundesländer planen, das Alter zur Erlangung des Führerscheins von 18 auf 17 Jahre abzusenken.

Ich frage die Landesregierung: Welche Position hat sie zu dieser Absicht? Wird damit geliebäugelt, dies auch im Land Brandenburg zu machen?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister Meyer, Sie haben erneut das Wort.

Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Meyer:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Abgeordneter Schrey, Pressemeldungen sind das eine. Ich möchte aber zuerst die Gelegenheit zu nutzen, ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass entgegen anders lautenden Presseberichten mein Haus an dem bisherigen Arbeitsgespräch einiger Ländervertreter nicht beteiligt war.

Grundlage der Beratung bildeten im europäischen Ausland durchgeführte Untersuchungen, die nach Einrichtung einer Phase des begleiteten Fahrens eine Absenkung des Fahranfängerrisikos nachwiesen. Trotz dieser im Ausland nachgewiesenen, und zwar bei unterschiedlichen Bedingungen nachgewiesenen, Sicherheitswirkung bleibt zu prüfen und nachzuweisen, ob die ausländischen Erfahrungen auf deutsche Verhältnisse überhaupt übertragbar sind. Das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen wird in diesem Zusammenhang die Bundesanstalt für Straßenwesen kurzfristig beauftragen, unter Einbeziehung externer Experten aus Wissenschaft und Praxis ein tragfähiges Konzept zu entwickeln.

Bis zur abschließenden Prüfung dieser Fragen sehe ich für eine Fahrerlaubnis ab 17 Jahren keinen Ansatz. Aber es gibt durchaus Möglichkeiten, die Verkehrssicherheit für die leider zurzeit noch überproportional am Unfallgeschehen beteiligte Gruppe der jungen Fahrer zu erhöhen. Einen Ansatz bildet für mich zum Beispiel die Beteiligung des Landes Brandenburg an einer zweiten Phase der Fahrausbildung. Einen weiteren Schwerpunkt sehe ich sowohl in der Absenkung der Promillegrenze für Fahranfänger auf 0,0 wie auch in einer kontinuierlichen Verbesserung der Fahrschulausbildung. Da ist noch genug zu tun. - Schönen Dank.

Präsident Dr. Knoblich:

Wir sind damit bei der Frage 1018 (Aktionsplan zur Bekämp-

fung von Gewalt gegen Frauen), die die Abgeordnete Bednarsky stellen wird.

Frau Bednarsky (PDS):

Im Aktionsplan der Landesregierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen vom November 2001 heißt es, dass der Aktionsplan von einem Gremium begleitet werden soll.

Ich frage die Landesregierung: Wann wird dieses Gremium mit welchen Mitgliedern besetzt?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister Ziel, Sie haben erneut das Wort.

Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Ziel:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Bednarsky, ich kann die Frage ganz kurz beantworten.

Das Begleitgremium wird im Februar/März auf den Weg gebracht werden. Es werden nicht nur Mitglieder aus der Ebene der Landesregierung, sondern auch von Organisationen außerhalb der Landesregierung beteiligt sein.

Ich freue mich sehr, dass das Thema "Aktionsplan der Landesregierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen" eine so große Resonanz in der Bevölkerung gefunden hat. - Danke schön

Präsident Dr. Knoblich:

Wir sind damit bei der **Frage 1019** (Bevölkerungsrückgang in Brandenburg), gestellt von der Abgeordneten Hesselbarth. Bitte sehr

Frau Hesselbarth (DVU):

Im Land Brandenburg und hier insbesondere im äußeren Entwicklungsraum findet ein stetiger Bevölkerungsrückgang statt. Die damit einhergehenden demographischen, wirtschaftlichen, sozialen und strukturpolitischen Auswirkungen wie Überalterung, weiterer wirtschaftlicher Rückgang, zunehmende Arbeitslosigkeit oder Wohnungsleerstand werden nach den Befürchtungen der Experten bereits in wenigen Jahren nicht mehr rückgängig zu machen sein.

Ich frage deshalb die Landesregierung: Welche Maßnahmen will sie ergreifen, um dem zu beobachtenden Bevölkerungsschwund in Brandenburg und insbesondere im äußeren Entwicklungsraum zu begegnen und diesen Trend umzukehren?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister Birthler, Sie haben erneut das Wort.

Minister für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung Birthler:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Entgegen der in der Anfrage geäußerten Behauptung ist das Land Brandenburg das einzige neue Bundesland, welches nach einem Tiefpunkt 1994 einen kontinuierlichen Anstieg der Bevölkerung zu verzeichnen hat, auch wenn wir gestern aus dem Statistischen Jahrbuch erfahren haben, dass es im Jahre 2000 nur 755 Menschen waren, also 0,3 Promille. Der Brandenburger Teil des engeren Verflechungsraumes konnte die Zahl seiner Einwohner im Zeitraum von 1990 bis 2000 von circa 785 000 auf 930 000 steigern und hat damit den im äußeren Entwicklungsraum zu verzeichnenden Bevölkerungsrückgang mehr als kompensiert.

Staatliche Maßnahmen zur direkten Steuerung der Bevölkerungsentwicklung sind nicht möglich. Die Tätigkeit der Landesregierung ist jedoch darauf gerichtet, durch vielfältige Infrastrukturmaßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen wie die Förderung der Wirtschaftsansiedlung oder der Dorferneuerung den äußeren Entwicklungsraum zu stabilisieren und so dem Schrumpfungsprozess entgegenzuwirken. - Vielen Dank.

Präsident Dr. Knoblich:

Wir sind damit bei der **Frage 1020** (Holzzentrum Wittenberge), die vom Abgeordneten Neumann gestellt wird.

Neumann (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Prignitzer Presse wurde Ende des letzten Jahres darüber berichtet, dass ein Gespräch des Wirtschaftsministers und des Wittenberger Bürgermeisters mit der Klenk Holz AG in Potsdam stattgefunden hat. Den Meldungen zufolge ging es in diesem Gespräch darum, nach dem Ausscheiden der Kunz Holding AG die Chancen zur Verwirklichung des Holzzentrums in Wittenberge zu erörtern. Außerdem wurde über die notwendigen Maßnahmen zur Schaffung der erforderlichen Standortvoraussetzungen gesprochen.

Ich frage die Landesregierung: Wie beurteilt sie im Ergebnis der Gespräche die Chancen zur Verwirklichung des Holzzentrums in Wittenberge?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister Fürniß, Sie haben das Wort.

Minister für Wirtschaft Dr. Fürniß:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Neumann, es ist richtig, Ende des Jahres habe ich das Gespräch mit der Klenk Holz AG geführt, um nach dem Ausscheiden der Kunz Holding gemeinsam mit dem Bürgermeister der Stadt Wittenberge die Auffassung des Unternehmens Klenk zum Projekt Wittenberge zu erfahren, um die neue Situation zu erörtern. Die Klenk AG hat ihr Interesse an der Errichtung eines Sägewerkes in Wittenberge noch einmal unterstrichen, das heißt, sie steigt nicht aus, sondern sie bleibt mit ihrem Engagement in Wittenberge, auch unter den eingetretenen veränderten Bedingungen.

Damit können wir zumindest zeigen, dass die Chance der industriellen Revitalisierung von Wittenberge nach wie vor gegeben ist. Es ist aber auch klar, dass es erheblicher Anstrengungen bedarf, um Alternativen für die Kunz Holding zu finden. In diese Suche ist nicht nur die Klenk Holz AG einbezogen, son-

dern auch die Zukunftsagentur des Landes Brandenburg, und die Stadt hat ebenfalls bekundet, dass sie sich engagieren will.

Ich gehe davon aus, dass uns das nur gelingen wird, wenn wir bereit sind, über die Landesgrenzen hinaus zu schauen und möglicherweise Partnerschaften mit Unternehmen, die in anderen Bundesländern geplant sind, einzugehen.

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Neumann, bitte.

Neumann (CDU):

Herr Minister, wird das Industriegebiet Wittenberge-Süd auch unter neuen, veränderten Bedingungen, wenn nun die Kunz AG auch noch wegfällt, trotzdem ausgebaut werden?

Minister Dr. Fürniß:

Den Ausbau eines solchen Industriegebietes wie in Wittenberge, der, wie Sie wissen, mit hohen finanziellen Aufwendungen verbunden ist, können wir nur angehen, wenn wir auch Investoren haben. Ich gehe im Moment aber davon aus, dass diese Infrastrukturmaßnahme nach wie vor richtig ist, weil ich keinen Anlass habe zu sagen, dass die Klenk Holz AG an ein Aussteigen denkt. Weil die Klenk Holz AG bei der Stange bleibt, bleiben wir auch beim Ausbau des Industriegebietes.

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Domres, bitte.

Domres (PDS):

Herr Minister, wurde ein bestimmter Zeitrahmen mit den Investoren verabredet?

Minister Dr. Fürniß:

Darüber hätte ich im Zusammenhang mit der Anfrage von Frau Schröder gerne mit Ihnen geredet. Leider wird diese Frage nicht mehr aufgerufen.

Investoren kann man nicht gewinnen, indem man ihnen sagt, dass sie bis zu einem bestimmten Zeitpunkt eine Entscheidung getroffen haben müssen, sondern es geht einfach darum, Vertrauen für den Standort zu schaffen, die Rahmenbedingungen zu schaffen und dann entsprechend Verträge abzuschließen. Ich bin froh, dass die Klenk AG ohne Einschränkung, auch ohne zeitliche Einschränkung ihr Engagement an diesem Standort noch einmal betont hat. Auf dieser Grundlage können wir aufbauen, wenn wir andere Investoren suchen. Wir müssen möglicherweise da auch über das bisherige Konzept hinaus denken und das alte und jetzt wieder sehr aktuelle Thema der Zellstoffherstellung in die Überlegungen einbeziehen.

Präsident Dr. Knoblich:

Wir sind damit am Ende der Fragestunde und ich schließe den Tagesordnungspunkt 1.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Aktuelle Stunde

Thema:

Entwicklung der Lebensperspektiven junger Menschen in Brandenburg

Antrag der Fraktion der DVU

Das Wort geht an die Vertreterin der DVU-Fraktion, Frau Abgeordnete Hesselbarth.

Frau Hesselbarth (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eine ungeschönte Analyse und das Aufzeigen von Lösungsmöglichkeiten bei der Entwicklung der Lebensperspektiven junger Menschen in Brandenburg ist der Anlass der Aktuellen Stunde, die die DVU-Fraktion heute zur Debatte stellt. Sie steht auch im Zusammenhang mit der Beantwortung unserer Großen Anfrage zur Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte und der aktuellen Debatte am morgigen Tag zur PISA-Studie.

Die Fakten: Die Jugendkriminalität in Brandenburg nimmt bedrohliche Ausmaße an. Aus der letzten Kriminalitätsstatistik geht hervor, dass der Anteil der unter 21-jährigen Straftäter in Brandenburg bei 33,7 % aller Straftäter lag. Es handelt sich dabei in erster Linie um Jugendliche, die sich durch Diebstähle, Sachbeschädigungen, Rauschgiftdelikte, aber auch Gewaltkriminalität unrühmlich hervortaten. Das Erschreckende dabei ist, dass über 50 % der Gewaltstraftaten im Land Brandenburg von Jugendlichen und Heranwachsenden im Alter von unter 21 Jahren begangen werden, obwohl der Anteil dieser Altersgruppe in der Gesamtbevölkerung nur 22,9 % ausmacht. So geschehen zum Beispiel auch solche grausamem Straftaten wie vor wenigen Wochen in Strausberg. Es geht ein Aufschrei durch die Medien und die Bevölkerung und die Frage nach dem "Wie konnte das passieren und warum?" wird für einen Moment laut. Vermutungen und Beschuldigungen werden geäußert; denn vor allem spielt ja das Elternhaus die entscheidende Rolle.

Aber machen sie alle es sich mit solchen übereilten Äußerungen nicht etwas zu einfach? Denken Sie daran, das könnte auch Ihnen passieren, zumindest wenn Sie Kinder im Heranwachsendenalter haben! Trägt nicht die Gesellschaft, tragen nicht die verantwortlichen Politiker und tragen nicht vor allem auch die Medien einen Teil Mitverantwortung? Gewaltverherrlichung in den Medien bestimmt doch zu einem erheblichen Teil das heutige Meinungsbild. Als interessantes Beispiel ist hier nur die "Bild"-Zeitung zu nennen, die tagtäglich mit neuen Horrorgeschichten aufwartet.

(Zuruf des Abgeordneten Klein [SPD])

Es gibt auch Politiker, die es nötig haben, ihr Image mit der "Bild"-Zeitung aufzubügeln.

(Beifall bei der DVU)

Die Wurzeln von Gewalt bei Kindern und Jugendlichen sind

eben nicht nur im Elternhaus zu finden. Es ist ebenfalls - davor haben wir als Fraktion der Deutschen Volksunion in diesem Landtag immer wieder gewarnt - die herrschende ökonomische bzw. bildungspolitische Situation. Das Fehlen wirtschaftlicher Perspektiven für junge Menschen mit daraus resultierender Arbeitslosigkeit, der Arbeitsplatzmangel, die demographische und infrastrukturelle Ausdünnung ganzer Regionen durch Abwanderung, ein zunehmendes Abrutschen immer größerer Teile gerade junger Menschen in Brandenburg in die Sozialhilfe einerseits sowie ein Bildungssystem, welches jungen Menschen keine Werte und Normen mehr vermittelt, andererseits sind die Ursachen dieser Entwicklung. Dem ist auch nicht mit Polizeimethoden beizukommen.

Dazu einige Zahlen und Fakten: Laut Arbeitsmarktbericht für den Monat Dezember 2001 lag die Zahl der offiziellen Arbeitslosen in Brandenburg bei 18,6 %, davon 12 % Jugendliche und Heranwachsende bis 25 Jahre.

Die Ausbildungsplatzsituation in Brandenburg ist und bleibt trotz des Ausbildungsplatzprogramms Ost angespannt. Sie selbst, Herr Minister Ziel, betonten, es werde in Zukunft erheblich schwieriger sein, die Ausbildungsplatzlücke zu schließen; denn aufgrund des weiteren Rückgangs der Zahl betrieblicher Ausbildungsplatzangebote insbesondere im Bereich des wirtschaftlich Not leidenden Handwerks - denken wir nur an die Baubranche - habe sich die Situation gegenüber früheren Tendenzen eindeutig verschärft.

Aber was unternehmen Sie dagegen? Nichts, außer die Wirtschaft aufzufordern, endlich ihren Verpflichtungen nachzukommen und Nachwuchs heranzuziehen - allerdings ohne dass Sie die dafür notwendigen Rahmenbedingungen schaffen.

Die Haushaltsdebatte hat es auf den Punkt gebracht: Es wird noch weniger Mittel für Investitionen geben. Von Steuererleichterungen oder sonstigen Vergünstigungen für kleine und mittelständische Unternehmen ist sowieso nicht die Rede. Stattdessen halten Sie als Brandenburger Arbeitsminister es für richtig - so wörtlich -, "statt hier im eigenen Land arbeitslos zu sein und dadurch Qualifikationsverluste zu erleiden, Beschäftigungschancen anderenorts zu ergreifen." Sind wir denn noch im richtigen Film, Herr Minister Ziel? Sind Sie denn hier veantwortlicher Politiker oder in Honolulu?

(Beifall bei der DVU)

Über Mobilitätshilfen und Abwanderung werden wir morgen noch reden.

Kommen wir nun zu einem anderen Fakt: Nach Angaben des Info-Dienstes Sozialberichterstattung des Landesamtes für Soziales und Versorgung des Landes Brandenburg bezogen im Jahr 2000 22 143 Personen unter 18 Jahren Sozialhilfe. Das sind 37,7 % aller Sozialhilfeempfänger in Brandenburg - eine familienpolitisch äußerst bedenkliche Situation. Ich finde das Ergebnis Ihrer Politik mehr als beschämend.

(Beifall bei der DVU)

Für viele Kinder und Jugendliche wird der Weg zur Gründung einer eigenen Familie oder auch zur Erfüllung eigener Wünsche vielleicht sehr steinig sein. Da kommt Frust auf, herrschen Wut und Langeweile. Da fällt der Griff zur Droge nicht mehr schwer und ist auch die Straftat nicht mehr weit.

Nimmt man all dies zusammen - Jugendarbeitslosigkeit, Ausbildungsplatzmangel, ein Abrutschen von Kindern in die Sozialhilfe bereits von Geburt an sowie die zunehmende demographische Ausdünnung des Landes -, zieht man des Weiteren in Betracht, dass die für die morgige Aktuelle Stunde thematisierte PISA-Studie in allen Teilen Deutschlands, also auch in Brandenburg, ein rapides Absinken des Bildungsniveaus an den Tag brachte, und vergegenwärtigt man sich zudem, dass noch die letzten Freizeiteinrichtungen wie Jugendklubs und Ähnliches aus Geldmangel und aufgrund eines rapiden Streichens von ABM- und SAM-Stellen im Betreuungsbereich geschlossen werden, so wundert man sich über gar nichts mehr.

Eine Jugend, der in sämtlichen Bereichen - ökonomisch, sozial, bildungs- und kulturpolitisch - buchstäblich der Boden unter den Füßen weggezogen wird und der in den Schulen keine Normen und Werte mehr vermittelt werden, rutscht zwangsläufig in die Asozialität oder Kriminalität ab. Das wird die DVU-Fraktion nicht zulassen. Darum fordern wir Sie, meine Damen und Herren auf der Regierungsbank, auf: Machen Sie endlich Ihre Hausaufgaben, unternehmen Sie durch gezielte Mittelstandsförderung größere Anstrengungen im ABM- und SAM-Bereich und schaffen Sie durch eine Ausbildungsplatzinitiative, die diesen Namen wirklich verdient, endlich Arbeit und Brot für die jungen Menschen in diesem Land, statt Wegzugsprämien zu zahlen!

(Beifall bei der DVU)

Wenn Sie, Herr Minister Reiche, dann noch ein Bildungssystem schaffen würden, welches sich mehr an Wilhelm von Humboldt als an den Wahnvorstellungen der Alt-68er orientierte, wären wir dem Ziel, den jungen Brandenburger Menschen echte Zukunftsperspektiven zu bieten, deutlich näher. Dann würde auch die Jugendarbeitslosigkeit drastisch zurückgehen, und zwar ohne große Polizeieinsätze, Herr Minister Schönbohm. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete Hesselbarth, und gebe das Wort an die Fraktion der SPD, an den Abgeordneten Klein.

Klein (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Landtag Brandenburg wird sich in seiner 50. und 51. Sitzung, also am heutigen und morgigen Tage, unter den zentralen Aspekten der Jugend- und Jugendsozialarbeit, der Schul- und der Berufsausbildung, der ökonomischen und sozialen Lage mit der aktuellen Situation und den Perspektiven der jungen Menschen in unserem Land befassen.

Da von fast allen Beschlüssen des Landtages direkt oder indirekt die Perspektiven der Jugend berührt werden, befassen wir uns in vielfacher Hinsicht und in mehreren Tagesordnungspunkten mit diesem Thema, und zwar explizit und ausführlich im Rahmen der Debatte zur umfassenden Antwort der Landes-

regierung auf die Große Anfrage 29 der Fraktion der PDS zur Jugend im ländlichen Raum, des Weiteren im Rahmen der morgigen Aktuellen Stunde zum Thema "Auswirkungen der Ergebnisse der PISA-Studie auf die Bildungspolitik im Land Brandenburg", die meine Fraktion angemeldet hat und in der wir uns mit der Frage der Qualität der Schulbildung im Land auseinander setzen werden.

Einmal mehr entpuppt sich die DVU als Trittbrettfahrerin. Ihre Themenanmeldung zeugt nicht gerade von Originalität einer Oppositionsfraktion. Dennoch ist uns die Frage nach den Perspektiven der Jugendlichen in unserem Land sehr wichtig - wovon besonders der Umstand zeugt, dass sich die anderen Fraktionen des Landtages der Sache schon längst intensiv angenommen haben und sie vordringlich bearbeiten -; denn hierbei geht es um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Vor der Ankündigung einfacher und schneller Lösungen, wie sie die DVU häufig suggeriert und plakatiert, ist bei einer solch komplexen Problematik jedoch zu warnen.

Im Folgenden werde ich einige Stichworte, die die DVU-Fraktion zur Begründung ihres Themas in der Aktuellen Stunde bemüht hat, kurz kommentieren:

Erstens: Die DVU-Fraktion sagt, es sei eine bedrohliche Zunahme der Jugendkriminalität zu verzeichnen. - Jugendkriminalität ist offensichtlich das Stichwort, das der DVU-Fraktion zum Thema Jugend als Erstes einfällt, was ein bezeichnendes Licht auf das Bild des heutigen Jugendlichen in dieser Partei wirft. Tatsache ist aber, dass die aktuelle Kriminalstatistik bei der Zahl der jugendlichen Tatverdächtigen einen leichten Rückgang aufweist. 1999 waren es 23,7 % Jugendliche zwischen 14 und 21 Jahren, 2000 21,6 %. Die Jugendkriminalität stagniert somit auf einem im Bundesvergleich - das müssen wir zugeben - hohen Niveau. Von Entwarnung kann damit natürlich nicht die Rede sein.

Wir liegen leider unrühmlich über dem Bundesdurchschnitt. Eltern, Kitas, Schulen, Jugendhilfe und Polizei müssen, und zwar in dieser Reihenfolge, ihre präventiven und repressiven Anstrengungen zur Bekämpfung der Kriminalität gezielt einsetzen. Die vielfältigen und differenzierten Instrumente, die die Landesregierung mit Unterstützung des Landtages entwickelt und ausgebaut hat ob MEGA, Aktionsbündnis gegen Rechts, Landespräventionsrat, Programm "Tolerantes Brandenburg", Kooperation Schule, Jugendhilfe, Polizeijugendhilfe - werden intensiv genutzt, zeitigen aber in der Regel erst mittelfristig nachhaltige Erfolge.

Wir nehmen das Problem der Jugendkriminalität sehr ernst und stellen uns diesem mit aller Kraft und besonnen entgegen. Panik zu verbreiten, das Thema politisch zu instrumentalisieren trägt nicht zur Bekämpfung der Jugendkriminalität bei, sondern hilft eher den Tätern.

Zweitens zu den ökonomischen Perspektiven für junge Menschen: Der hier behauptete einfache kausale Zusammenhang zwischen fehlender ökonomischer Perspektive der Jugend und hoher Jugendkriminalität ist blanke Stammtischrhetorik. Dennoch ist die Verbesserung der ökonomischen Perspektiven insbesondere junger Menschen für uns ein vorrangiges politisches Ziel. Nicht zuletzt deshalb hat sich bereits der letzte Kinder- und Jugendbericht der Landesregierung von 1998 auf der Grundlage einer empirischen Untersuchung mit den Lebenslagen junger

Menschen in den ökonomisch besonders belasteten ländlichen Regionen des Landes auseinander gesetzt.

Die Vermittlung jedes interessierten Brandenburger Jugendlichen in eine berufliche Erstausbildung ist eine der wichtigsten Zielstellungen der Arbeitsmarktpolitik des Landes. Solange die Wirtschaft ihrer Verpflichtung, genügend Ausbildungsplätze für alle interessierten Jugendlichen im Land zur Verfügung zu stellen, nicht in dem notwendigen Maße nachkommt, soll dies auch so bleiben. Die Sicherung der Perspektiven Jugendlicher durch die berufliche Erstausbildung wird durch Programme zur nachhaltigen Eingliederung von arbeitslosen Jugendlichen in den Arbeitsmarkt flankiert. Hingewiesen sei an dieser Stelle auf die aktuelle Weiterentwicklung dieser Programme im Rahmen des Wettbewerbs "Aktionen für Jugend und Arbeit" des MASGF.

Wanderungsbewegungen junger Menschen auf der Suche nach guten Ausbildungsmöglichkeiten zur Verbesserung der eigenen beruflichen Perspektive sind dabei zu begrüßen und als Ausdruck der Eigeninitiative und Selbstständigkeit zu unterstützen und nicht einfach zu verteufeln. Es ist an uns, das Land zu einer guten Alternative für die spätere Ansiedlung zu entwickeln. Mit der Sicherung einer soliden Berufsausbildung tragen wir dazu entscheidend bei.

Der dritte Punkt, zu dem ich etwas sagen möchte, ist die bildungspolitische Situation. Hierzu wird in der PISA-Debatte des Landtages ausführlich gesprochen werden, dies aber vor dem Hintergrund, dass eine Bewertung der Schulleistungen in den einzelnen Bundesländern auf der Grundlage der bisher vorliegenden Ergebnisse noch nicht geleistet werden kann, sondern gegenwärtig nur die bildungspolitische Situation der Bundesrepublik im internationalen Vergleich der OECD-Länder zur Debatte steht.

Doch auch in diesem Rahmen soll nichts an den dramatischen Ergebnissen der Studie verharmlost werden. Einige der grundlegenden Erkenntnisse der Studie zeigen uns, wo wir vordringlich ansetzen müssen, nämlich zum Beispiel bei der Qualifizierung der Kita-Betreuung, der vorschulischen Bildung und Erziehung, der Grundschule sowie der Unterrichtsmethodik generell. Bedenklich ist auch die Zahl der Schüler ohne oder mit nur einem unteren Schulabschluss. Diese Schüler bedürfen einer stärkeren Förderung. Dennoch erlaubt der internationale Vergleich nicht die Aussage, Absolventen der brandenburgischen Schulen hätten keine Perspektive.

Vierter Punkt: Vermittlung von Werten und Normen. Gerade das bekanntlich starke Engagement des Landes Brandenburg für einen alle Schülerinnen und Schüler erreichenden werteorientierten Unterricht im Rahmen von LER und die großzügige Förderung der Angebote der Kirchen an konfessionellem Religionsunterricht zeigen, dass die DVU mit ihren Behauptungen auch in dieser Hinsicht in die Irre führt. Nicht erst im jüngst novellierten Schulgesetz hat der Landtag einen umfänglichen Katalog von demokratischen Bildungs- und Erziehungszielen, Werten und Normen als Orientierungsrahmen definiert, der in den Rahmenlehrplänen ausgearbeitet und im Unterricht umgesetzt wird. Möglicherweise sind dies andere Werte und Normen, als sie die DVU gern politisch durchsetzen möchte.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und CDU)

Lassen Sie mich zusammenfassend Folgendes feststellen: Mit Schwarzmalerei wurde noch niemandem eine Perspektive gebo-

ten, schon gar nicht der Jugend. Geboten ist hier eher die Entschlossenheit, bestehende Probleme anzupacken und mit Optimismus zu überwinden. Auf diesem Weg sind wir. - Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke dem Abgeordneten Klein und gebe das Wort an die Fraktion der PDS, Herrn Abgeordneten Hammer.

Bevor Herr Hammer am Rednerpult ist, kann ich wieder Gäste im Landtag begrüßen. Es sind Mitglieder der Jungen Union Cottbus. Herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Bitte schön, Herr Hammer.

Hammer (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Emotionen, die die Prozesse nach dem Zusammenbruch der DDR in Verbindung mit dem raschen Systemwechsel ausgelöst haben, sind zu vergleichen mit den Bodenwellen eines Erdbebens, die alle Generationen in tiefer Weise erschüttern.

Ein konkretes Beispiel: Als ich 1992 meine Arbeit als Jugendsozialarbeiter begann, hatte ich es mit radikalisierten Jugendlichen zu tun, die in der Regel über 20 Jahre alt waren. Zu diesem Zeitpunkt habe ich mir geschworen: Du arbeitest mit allen, aber nicht mit pubertierenden Jugendlichen! - Es hat keine zwei bis drei Jahre gedauert, da hatte ich es schon mit 12- bis 14-Jährigen zu tun.

Die Prozesse unter Jugendlichen verlaufen mitunter so dynamisch, dass sie von der Politik in aller Regel schwer nachvollziehbar sind. Gerade meine Erfahrungen im rechten und rechtsradikalen Milieu haben mir gezeigt, dass die Strukturen - aus der Nähe betrachtet - längst nicht so manifest sind, wie sie von weitem aussehen. Für Sie, meine Damen und Herren von der DVU, kann das bedeuten: Ja, zum Zeitpunkt Ihrer Wahl haben Sie den Zeitgeist eines bestimmten Teils auch junger Menschen in dieses Parlament getragen, was nicht ausschließt, dass Sie schon jetzt, zweieinhalb Jahre später, Ihr eigener Anachronismus sind.

(Beifall bei der PDS und vereinzelt bei der SPD)

Wir haben Sie in diesem Parlament schon so oft wie einen Amokfahrer auf der Autobahn rechts und links blinken sehen, dass hier sicherlich niemand mehr bereit ist, Sie überhaupt noch ernst zu nehmen.

(Beifall bei der PDS und vereinzelt bei der SPD)

Die Gelegenheit, sich an der Koalition wieder einmal vorbeizueifern, wurde Ihnen dadurch gegeben, dass weder die Regierungsfraktionen noch der Ministerpräsident dem Thema den nötigen Ernst beimessen.

(Ministerpräsident Dr. Stolpe: Wir kommen heute noch darauf zu sprechen!)

- Ich danke Ihnen.

Für die PDS ist die Situation der Jugend Brandenburgs eines der herausragenden Themen überhaupt. Seit Jahren werben wir dafür, Jugendliche nicht aus ihren Mängeln, sondern aus ihren Stärken heraus zu definieren. Wenn wir Politikerinnen und Politiker Partner unserer jungen Menschen sein wollen, dann müssen wir nach ihren Potenzialen fragen.

(Beifall bei der PDS)

Ich wiederhole, was ich hier schon einmal gesagt habe: Jugendliche von heute sind weitgehend resistent gegen aufgesetzt autoritäre Erziehungsmethoden. Jugendliche von heute sind weitgehend resistent gegen plakativ-moralisierende Formeln. Jugendliche von heute spüren relativ schnell und sensibel, ob sie von einem Erwachsenen partnerschaftlich oder von oben herab angesprochen werden. Wir müssen also nicht nur von unseren Jugendlichen mehr Mobilität und Flexibilität verlangen; die Landespolitik muss mobiler und flexibler werden.

(Beifall bei der PDS)

Wenn Herr Minister Schelter Projekte fördert, um radikalisierte Jugendliche in den Haftanstalten sozialarbeiterisch und demokratisch aufklärend zu betreuen, dann ist das ein Schritt in die Richtung, die ich meine.

Wenn Herr Minister Reiche zunehmend Projekte würdigt, in denen inhaltliche und wirtschaftliche Kompetenz eine Einheit bilden und zugleich Partnerschaftlichkeit und Leistungsbereitschaft einander nicht ausschließen wie in der Frankfurter Kita "Spatzenhaus" oder im dortigen Gauss-Gymnasium, dann ist das ein Schritt in die richtige Richtung.

Aber unser Land braucht nicht nur Leuchttürme, sondern viele solcher Schritte. Das setzt voraus, dass die Jugendpolitik Chefsache wird. Wir brauchen Projekte, die Jugendliche aus ihren Lebenswelten heraus fördern. Wir brauchen Projekte, die Gruppenzusammenhänge als produktive Voraussetzung für Kreativität begreifen. Früher nannten wir das einmal "Jugendobjekt". Wenn ich der Jugend in Brandenburg eine Chance für die Zukunft geben will, dann ist das Sache aller Ministerien, der gesamten Verwaltung und auch die der Parlamentarierinnen und Parlamentarier.

(Homeyer [CDU]: Und der Familie!)

- Ja, richtig.

(Frau Hartfelder [CDU]: In erster Linie!)

Was wir brauchen, sind nachvollziehbare Schritte, um berechtigter Unduldsamkeit eine vernünftige Bahn zu geben. Im Zusammenhang mit der Großen Anfrage "Jugend im ländlichen Raum" werde ich noch einmal darauf kommen.

Eine stabile Situation Ausbildung und Arbeit für Jugendliche betreffend ist für uns der wichtigste Indikator für die Gesundung eines Landes. Doch dass es genau an dieser Stelle nicht zum Besten bestellt ist, dazu wird meine Kollegin Dr. Schröder gewohnt klare Worte sprechen. - Danke.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke dem Abgeordneten Hammer und gebe das Wort an die Fraktion der CDU, Herrn Abgeordneten Homeyer.

Homeyer (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst eine, wie ich finde, sehr wichtige Feststellung treffen: Unsere Brandenburger Jugendlichen sind nicht überwiegend Kriminelle - dieser Eindruck drängte sich nach Ihrer Rede, Frau Hesselbarth, leider auf -, sondern bis auf einige wenige schwarze Schafe rechtschaffene, ehrliche, engagierte junge Menschen, die auch eine Perspektive haben.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Ihre Behauptung, dass die Jugendkriminalität im Land Brandenburg bedrohlich zunehme, ist ebenso falsch. Würden Sie, Frau Hesselbarth, sich nicht nur auf die Zuarbeiten aus München verlassen, sondern die Polizeiliche Kriminalstatistik Brandenburgs zu Rate ziehen, dann könnten Sie feststellen, dass der Anteil der Kinder, Jugendlichen und Heranwachsenden an allen Tatverdächtigen sinkt.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Er lag in der PKS 2000 bei 33,7 % und verringerte sich damit gegenüber dem Vorjahr um 2,3 %. Insbesondere bei den 18- bis 21-Jährigen sinkt die Zahl der Tatverdächtigen stetig. Selbstverständlich ist auch ein Anteil von 33,7 % Jugendlichen an den Tatverdächtigen zu hoch. Auch deren immer brutaleres Vorgehen kann und wird nicht hingenommen werden. Doch sollte man, wenn man hier im Landtag eine Rede hält, vorher sauber recherchieren und keine Unwahrheiten verbreiten.

(Zuruf der Abgeordneten Frau Hesselbarth [DVU])

Es liegt mir fern, meine Damen und Herren, die Situation schönzureden. Selbstverständlich gibt es in unserem Bundesland wie übrigens auch in den anderen neuen Bundesländern Probleme, die es zu lösen gilt und die wir, sofern es in unserer Macht liegt, auch lösen werden.

Unsere Aufgabe ist es, den Jugendlichen Perspektiven aufzuzeigen und alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um ihnen den Berufseinstieg zu ermöglichen. Dies ist beispielsweise insoweit gelungen, als wir es auch im letzten Jahr geschafft haben, dass jeder Jugendliche einen Ausbildungsplatz bekam.

(Zuruf der Abgeordneten Frau Hesselbarth [DVU])

Dies wird uns auch im Jahr 2002 gelingen.

Übelste Propaganda ist deshalb Ihre Behauptung, Jugendarbeitslosigkeit sei schuld an Jugendkriminalität. Dies ist ebenfalls falsch und durch nichts bewiesen. Ein besonders schreckliches Beispiel, das gegen Ihre Behauptung spricht, ist der brutale Mord an einem Wachmann, der am 28. Dezember 2001 in Strausberg begangen wurde. Die geständigen Tatverdächtigen waren zwei Schüler der 10. Klasse der Realschule und zwei Auszubildende, die Ausbildungsplätze bei renommierten Ausbildern hatten. Sie stammten auch alle aus scheinbar geordneten Familienverhältnissen.

Meine Damen und Herren, in den Jahren 1998 bis 2000 ging die Arbeitslosenquote bei den Jugendlichen um 0,5 Prozentpunkte zurück. Laut Arbeitsmarktstatistik vom Dezember 2001 waren von den 231 500 arbeitslos gemeldeten Personen 4 812 Jugendliche unter 20 Jahren, mithin 2,1 %, arbeitslos. Selbstverständlich ist jeder Arbeitslose, insbesondere aber jeder jugendliche Arbeitslose, einer zu viel. Frau Hesselbarth, Sie können aber nicht einfach Zahlen negieren und hier Ihren populistischen Dampf ablassen.

Die angespannte Situation auf dem Arbeitsmarkt ist kein brandenburgisches Phänomen, sondern ein Problem, das ebenfalls alle neuen Bundesländer betrifft. Dennoch werden in den Gemeinden und Kreisen, aber auch vom Land gerade für die Jugendlichen erhebliche Anstrengungen unternommen. Selbstverständlich bedauern wir es, dass einzelne Regionen unseres Landes einen Wegzug von unter 30-Jährigen zu verzeichnen haben. Aber, meine Damen und Herren, Mobilität von jungen Menschen hat es immer gegeben und wird es auch in Zukunft geben. Es ist jedenfalls maßlos übertrieben, von einer Ausdünnung ganzer Regionen zu sprechen, wie Sie es tun. Ich kann dies deshalb auch nur zurückweisen.

(Zuruf der Abgeordneten Frau Hesselbarth [DVU])

Wir bemühen uns, die erforderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen. Wir fördern Infrastrukturprojekte gerade in den strukturschwachen Regionen. Wir betreiben eine speziell auf die Peripherie ausgerichtete Ansiedlungspolitik. Hierbei setzen wir insbesondere auf die Stärkung des mittelständischen Unternehmertums. An den Hochschulen bieten wir zum Teil bundesweit einmalige Studiengänge an und kooperieren dabei mit der Wirtschaft.

Dies waren nur einige wenige Beispiele dafür, wie wir versuchen, den Jugendlichen eine Perspektive in unserem Land zu geben. Wir werden in unseren Bemühungen auch nicht nachlasssen. Wichtig erscheint mir jedoch - hierfür kann die Politik nur Rahmenbedingungen vorgeben - die Vermittlung von Werten, was nicht nur durch die Schule geleistet werden kann, sondern insbesondere durch die Familie, durch die Eltern geleistet werden muss. Diese tragen Verantwortung und haben die gesellschaftliche Pflicht, unseren nachfolgenden Generationen Werte wie Achtung vor der Gesundheit, dem Leben und auch dem Eigentum anderer Menschen zu vermitteln. Aber nicht nur die Eltern, sondern die gesamte Gesellschaft steht hier in der Pflicht. Die DVU-Propaganda ist hierzu jedoch am schlechtesten geeignet. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke dem Abgeordneten Homeyer. - Da die Landesregierung zu dem Thema der DVU nicht zu reden wünscht, gebe ich das Wort noch einmal an die Fraktion der PDS. Bitte, Frau Abgeordnete Dr. Schröder.

Frau Dr. Schröder (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antwort auf die

Frage nach den Lebensverhältnissen junger Menschen hängt ohne Zweifel ganz entscheidend davon ab, inwieweit sich für die jungen Menschen berufliche Perspektiven eröffnen. Brandenburg befindet sich in einer dramatischen Situation. Im Jahresdurchschnitt 2001 waren 27 800 junge Menschen unter 25 Jahren arbeitslos, so viele wie in noch keinem Jahr zuvor. Vor fünf Jahren waren es noch 9 000 weniger. Besonders dramatisch ist hierbei, dass sich Brandenburg selbst von der Entwicklung der anderen neuen Bundesländer im negativen Sinne abkoppelt. Während die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen im 2. Halbjahr 2001 in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt um 9 % bis 10 % gesunken ist und sie in Sachsen und Thüringen stagniert, stieg sie im Land Brandenburg im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 12 % bis 16 %. Aus einer solchen Situation erwachsen erhebliche Gefahren nicht nur für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Eine solche Situation stärkt rechtes Gedankengut, spielt denen in die Hände, denen wie der DVU an einer Instrumentalisierung und nicht an einer Lösung der Probleme gelegen ist.

(Beifall bei der PDS)

Die PDS hat vom Ministerpräsidenten eine Regierungserklärung zur Situation der arbeitslosen Jugendlichen gefordert. Das wurde verweigert; dementsprechend hat die DVU heute diese Plattform.

Die Landesregierung hat die Herausforderung Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit bisher leider nicht angenommen. Ihre arbeitsmarktpolitische Bilanz ist verheerend, und das trotz durch das Jugendsofortprogramm bereinigter Statistik und hoher Abwanderung. Rechnen Sie diese Tausenden Jugendlichen noch hinzu, so macht das Ergebnis die Dramatik deutlich.

In Brandenburg gibt es seit langem ein anzuerkennendes sozialpolitisches Engagement bei der Erstausbildung, an der so genannten ersten Schwelle; das will ich hier gar nicht unterschlagen. Doch ich sage auch: Besonders die zweite Schwelle, also der Übergang von der Ausbildung in eine erste Beschäftigung, wird immer mehr zur unüberwindbaren Hürde. Deshalb brauchen wir dringend eine Qualitätsprüfung aller öffentlich finanzierten Maßnahmen zur außerbetrieblichen Erstausbildung hinsichtlich ihrer Marktkonformität. Was leistet außerbetriebliche Ausbildung im Hinblick auf Integration in das Erwerbsleben? Immerhin reicht das Land Brandenburg im laufenden Jahr 50 Millionen Euro und im kommenden Jahr 53 Millionen Euro für Lückenschlussprogramme in der Erstausbildung aus.

Rein fiskalisch betrachtet ist es sogar höchst problematisch, die Ausbildung, selbst wenn das Geld letztlich aus anderen Töpfen kommt, mit öffentichen Mitteln Brandenburgs zu finanzieren und dann zuzusehen oder es sogar zu fördern, dass die Ausgebildeten ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten zur wirtschaftlichen Entwicklung in anderen Bundesländern wie Bayern oder Baden-Württemberg einsetzen. Ich meine, es ist an der Zeit, auch diesbezüglich einmal laut über einen Länderfinanzausgleich nachzudenken. Die Abstimmung mit den Füßen läuft auf Hochtouren, und zwar nicht wegen irgendwelcher Prämien, sondern wegen der desolaten Wirtschafts- und Beschäftigungslage. Wenn Herr Minister Ziel einen absehbaren Fachkräftemangel in Brandenburg beklagt, gleichzeitig aber Mobilitätshilfen der Arbeitsämter zur Abwan-

derung in die alten Bundesländer befürwortet, dann passt das aus arbeitsmarktpolitischer Sicht nicht zusammen. Ich fordere eine klare politische Distanzierung der Landesregierung von den volkswirtschaftlich unsinnigen Mobilitätsprämien.

(Beifall bei der PDS)

Bisher hat das Land auf das Auflegen von Programmen an der so genannten zweiten Schwelle verzichtet. Allein das Auflegen eines Ideenwettbewerbs für fünf zeitlich befristete Projekte wird den gegenwärtigen Problemlagen wahrlich nicht gerecht. Ich bin für innovative Arbeitsmarktpolitik, doch Experimente kann man sich in beschäftigungspolitisch günstigen Zeiten leisten, nicht jedoch in Krisenzeiten. Die gravierenden Probleme bestehen jetzt; darum sind Sofortmaßnahmen in großem Stil gefragt.

Nach Auffassung der PDS ist das Auflegen eines Landesprogramms zur Bewältigung gegenwärtiger Probleme an der so genannten zweiten Schwelle unverzichtbar. Es gibt solche Ansätze in anderen Bundesländern, zum Beispiel "Jobeinstieg" in Thüringen oder "Jugend-Arbeit-Zukunft" in Mecklenburg-Vorpommern. Deren Inhalte sollten auf Übertragbarkeit hin geprüft werden.

Wir legen dem Parlament heute einen Antrag zur namentlichen Abstimmung vor, der genau in den angeführten Punkten eine Stellungnahme der Landesregierung bis zum Monat März fordert. Jetzt gilt es, Geld in die Hand zu nehmen. Arbeitsmarktpolitik ist Investitionspolitik. Investitionen in die Jugend sind Investitionen in die Zukunft.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete Dr. Schröder.

Ich frage die SPD-Fraktion, ob sie noch einmal das Wort wünscht. - Das ist nicht der Fall.

Dann frage ich Frau Abgeordnete Hesselbarth, ob sie die eine Minute Redezeit, die der DVU-Fraktion noch zur Verfügung steht, in Anspruch nehmen möchte. - Bitte schön.

(Zuruf: Das hat doch keinen Sinn!)

Frau Hesselbarth (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst herzlichen Dank, Frau Dr. Schröder, dass Sie meine Zahlen bestätigt haben.

Herrn Homeyer möchte ich mit auf den Weg geben, dass es vielleicht günstig wäre, ihn einmal in die Mottenkiste zu stecken. Redebeiträge aus München hat die DVU-Fraktion noch nie erhalten. Begeben Sie sich doch einmal auf die große Reise ins Oderbruch, statt sich auf irgendwelchen Bürgermeisterempfängen vor die Kamera zu stellen, und sehen Sie sich einmal an, wie ausgedünnt das Land Brandenburg ist. Das ist meine Empfehlung an Sie. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke der Frau Abgeordneten Hesselbarth.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Rednerliste. Ich schließe den Tagesordnungspunkt 2, Aktuelle Stunde, und rufe den Tagesordnungspunkt 3 auf:

Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Berlin und dem Land Brandenburg über die gegenseitige Nutzung von Plätzen in Einrichtungen der Kindertagesbetreuung

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 3/3721

1. Lesung

Es wurde vereinbart, zu diesem Tagesordnungspunkt keine Debatte zu führen, sodass ich sofort zur Abstimmung kommen kann.

Das Präsidium empfiehlt Ihnen, den Gesetzentwurf in der Drucksache 3/3721 zur federführenden Beratung an den Hauptausschuss sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport und an den Ausschuss für Inneres zu überweisen.

Wer dieser Überweisungsempfehlung folgen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist einstimmig so beschlossen.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 3 und rufe den Tagesordnungspunkt 4 auf:

Gesetz zur Ausführung des Bundesdisziplinargesetzes im Land Brandenburg (BbgAGBDG)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 3/3755

1. Lesung

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde ebenfalls vereinbart, keine Debatte zu führen. Ich komme daher sofort zur Abstimmung.

Das Präsidium empfiehlt Ihnen, den Gesetzentwurf in der Drucksache 3/3755 an den Rechtsausschuss zu überweisen.

Wer dieser Überweisungsempfehlung folgen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist einstimmig so beschlossen.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 4 und rufe den Tagesordnungspunkt 5 auf:

"Schüler - fit für die Wirtschaft" (gemäß Beschluss des Landtages Brandenburg vom 28.02.2001 -

DS 3/2414-B)

Bericht der Landesregierung

Drucksache 3/3587

Ich eröffne die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt mit dem Beitrag der Landesregierung und gebe Herrn Minister Reiche das Wort. Bitte schön, Herr Minister.

Minister für Bildung, Jugend und Sport Reiche:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Ich werde heute Mittag die neueste Studie von Herrn Sturzbecher vom Institut für Jugend- und Kindheitsforschung vorstellen. Die Zahl der Jugendlichen, die in den letzten Jahren glaubt, dass sie ihres eigenen Glückes Schmied ist, ist im Vergleich zu 1999 erheblich gewachsen. Das bedeutet, dass die Jugendlichen in den Schulen und Jugendeinrichtungen des Landes mehr als früher bereit sind, ihr eigenes Glück in die Hände zu nehmen, selbstständig zu leben und mehr als früher eine optimistische Haltung an den Tag legen.

In den letzten zwei Jahren haben wir uns ganz intensiv darum bemüht, Schule und Wirtschaft zueinander zu bringen. Wir haben ein Netzwerk "Schule und Wirtschaft" begründet, in dem auch die Hochschulen mitarbeiten und in das sich die Handwerkskammern, die Industrie- und Handelskammern, die Arbeitsämter, die Gewerkschaften und viele andere, die in den letzten Wochen seit der Gründung des Bündnisses dazugestoßen sind, gemeinsam einbringen. Ausdruck dieses Netzwerkes ist eine Vielzahl von Partnerschaftsverträgen, die Schulen mit Betrieben geschlossen haben. Um dieses Engagement der Landesregierung auch im Gesetz deutlich zu machen, haben wir in dem vom Landtag verabschiedeten Gesetz zur Novellierung des Schulgesetzes Wirtschaft als einen übergreifenden Themenkomplex erstmals genau definiert. Auf dieser Grundlage setzen wir unsere Bemühungen intensiv fort.

In Brandenburger Schulen sind die Kontakte zur Wirtschaft intensiviert worden. Das gilt nicht nur für das Fach Arbeitslehre, sondern auch für die Fächer Politische Bildung und Sachkunde sowie im Freizeitbereich. Insbesondere in Ganztagsschulen kommen Wirtschaftsunternehmen nicht nur als Sponsoren, sondern auch als Fort- und Ausbilder sowie als Partner.

Aber auch in den Schulen sind die Erwartungen gewachsen. Überall dort, wo die Lernbereitschaft von Kindern und Jugendlichen sinkt, weil sie nicht genügend Erfolge haben, gelingt es uns, die Schülerinnen und Schüler neu zu motivieren, indem wir mehr Möglichkeiten zum praktischen Lernen schaffen, wie es in der "Schule des Lebens" in Rüdersdorf oder beim "Praktischen Lernen" der Fall ist, das Prof. Schneider vorgestellt hat und in Berlin schon anwendet, das zu den Best-practice-Beispielen des "Forums Bildung" gehört und das wir jetzt in mindestens 18 Kreise und kreisfreie Städte Brandenburgs holen wollen. Dort, wo Jugendliche mit wenig Lernerfolgen solche Praxiserfahrungen in der Schule machen können, sind sie bereit, in der Schule mitzuarbeiten und die eigenen kleinen Erfolge in der Kooperation mit der Wirtschaft auf ihr gesamtes schulisches Lernen auszudehnen.

Deshalb werden wir - anders als andere Länder - unsere Rahmenlehrpläne im Fach Arbeitslehre in den Jahrgangsstufen 9 und 10 fortschreiben und erweitern, sodass wir für diese Jahrgangsstufen spätestens zum Schuljahr 2004/05 ein Fach einführen werden, das den Namen "Wirtschaft, Arbeit und Technik" tragen wird. Hiermit wollen wir schwerpunktmäßig die

Bemühungen der Lehrerinnen und Lehrer zur Kooperation mit der Wirtschaft unterstützen. Erstmalig ist ein Schulrat dafür zuständig, Schule und Wirtschaft stärker zueinander zu bringen und dies in den sechs Regionalschulämtern, die seit dem 1. Januar dieses Jahres tätig sind, zu koordinieren.

Viele Unternehmen unterstützen schulische Aktivitäten, wofür ich den Kammern außerordentlich dankbar bin. Durch diese Kooperationen konnten wir auch die Schülerbetriebspraktika, die es schon seit vielen Jahren gibt, besser ausrichten. Die Schulräte haben in ihrer Region die Aufgabe übernommen, die Schülerbetriebspraktika zu begleiten und zu koordinieren. Außerdem haben wir - häufig mit Unterstützung des jeweiligen Wahlkreisabgeordneten; beispielsweise bin ich den Abgeordneten Müller und Bartsch sehr dankbar, die das in ihren Wahlkreisen seit Jahren mit Erfolg tun - Berufs- bzw. Jobbörsen durchgeführt. Ferner haben wir die regionalen Fortbildungsangebote für die Lehrerinnen und Lehrer intensiviert. Seitdem wir "Schule und Wirtschaft" als ein Hauptziel unserer Bemühungen definiert haben, sind auch mehr und mehr Lehrer bereit, in den Ferien in Betriebe zu gehen und selbst einmal ein betriebliches Praktikum zu machen. Die Schulaufsicht ist also Mitinitiator und Motor in diesem Netzwerk "Schule und Wirtschaft" in Brandenburg.

In den letzten Jahren ist die Basis für Kooperationen mit der Wirtschaft stark verbreitert worden. Ich freue mich insbesondere über Partnerschaften zwischen kleinen Unternehmen und Schulen. Es sind nicht mehr nur EKO und BASF, BMW/Rolls-Royce oder MTU zu nennen, sondern auch viele kleine Unternehmen gehen in die Schulen und übernehmen Ausbildung im Zusammenhang mit dem Fach Arbeitslehre.

Die Geschäftsstelle des Netzwerkes in Potsdam betreut diese Kooperationen von "Schule und Wirtschaft" ganz intensiv. Ich bin dankbar, dass sich auch die politischen Parteien darum bemüht haben, dass das Engagement von Schülerfirmen und von Schülern im Kooperationsfeld "Schule und Wirtschaft" anerkannt wird und dass Preise ausgelobt worden sind. Herr Platzeck und Herr Christoffers - von der CDU war es, glaube ich, Herr Habermann - haben mit mir gemeinsam einen Innovationspreis an solche Schülerfirmen übergeben.

Wir haben aber auch den Bereich des Übergangs von der Schule in die Ausbildung, von der Schule in die Betriebe mit Projekten wie "Junior" oder "Transjob" - hierfür gibt es auch gute Unterstützung von der Bundesebene - besser im Griff, besser koordiniert als früher und können zum Beispiel mit dem Berufswahlpass die bisher gesammelten Qualifikationen und die Ausrichtung auf die künftige Ausbildung besser begleiten.

"Fit for future" - fit und gut vorbereitet in die Zukunft - ist ein Projekt, das wir in Brandenburger Schulen gemeinsam durchgeführt haben. Ich möchte Sie alle darin bestärken, die Berufsorientierungstage, die Sie in den letzten Jahren in Ihren Wahlkreisen in Kooperation mit den Schulen in eigener Regie durchgeführt haben, auch in Zukunft zu veranstalten; denn es wird, obwohl die Bereitschaft von Jugendlichen spürbar gewachsen ist, in einigen Bereichen auch in Zukunft Nachwuchsprobleme geben.

Sie wissen, dass im Jahr 2006/07 aller Voraussicht nach nicht die Knappheit der Ausbildungsplätze, sondern die Knappheit

der jugendlichen Auszubildenden die Diskussion bestimmen wird. Deshalb sind wir alle gut beraten, die Kooperation von Schule und Wirtschaft wie in den letzten zwei Jahren auch in den nächsten Jahren intensiv zu begleiten.

Vielen Dank für das, was Sie bisher getan haben. Ich sage zu, dass die Landesregierung auch in den nächsten Jahren Partner für Ihre Arbeit vor Ort sein wird.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Herrn Minister Reiche und gebe das Wort an die Fraktion der PDS, Frau Abgeordnete Große.

Frau Große (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Am 28. Februar forderte der Landtag die Landesregierung auf, einen Bericht über die Maßnahmen zur Intensivierung der Vermittlung von Wirtschaftskompetenz an Brandenburger Schulen vorzulegen. Die PDS-Fraktion erkennt auch heute den Handlungsbedarf an. Gleichwohl möchten wir vor allen Aktionen warnen, die Schule auf ein wie auch immer benanntes "Fit für …" reduzieren.

(Vereinzelt Beifall bei der PDS)

Schule darf kein Dienstleistungsbetrieb sein, dessen Produkt am Ende für Wirtschaft verwertbares Humankapital ist. Ich unterstelle weder dem Antragsteller noch der berichtenden Landesregierung diese Intention, warne aber in diesem Zusammenhang vor überhöhten Erwartungen bezogen auf das, was Schule unter den bekannten Bedingungen in diesem Land überhaupt leisten kann.

Wenn führende Wirtschaftsexperten beklagen, dass es in Deutschland zu wenig Existenzgründungen gibt, dass Schule zu stark die Qualifikation zum Arbeitnehmer und zu wenig die Fähigkeit zu Eigenverantwortung als Unternehmer entwickelt, muss der Ansatz für eine Problemlösung komplexer gefasst werden. Bürokratische und finanzielle Hürden, vor allem aber das erforderliche hohe Maß an Selbstausbeutung, welches zur Gründung und zur Stabilisierung eines Unternehmens nötig ist, bedeutet für viele Schüler keine erstrebenswerte Lebensqualität.

Trotz meiner aus oben genannten Gründen eingeschränkten Erwartungshaltung möchte ich die Position der PDS-Fraktion zum vorliegenden Bericht anhand von vier ausgewählten Bereichen darstellen. Ich werde erstens zu den Qualifikationserwartungen, zweitens zu den Curricula, drittens zur Qualifikation der Lehrkräfte und viertens zu den konkreten Maßnahmen sprechen.

Erstens: Ich kann es mir hier leicht machen und muss nur auf die PISA-Studie verweisen. Der Bericht bietet bezogen auf die Qualifikationserwartungen nur die in der Novellierung des Schulgesetzes verankerten Maßnahmen an: Leistungsprofilklassen, Zentralabitur, Abschlussprüfungen usw. Dies halte ich bezogen auf das hohe Ziel für unzureichend.

Zweitens zu den Curricula: Mit dem Entwurf des Rahmenlehrplans für das Fach Arbeitslehre liegt ein von mir schon in meiner letzten Rede positiv bewerteter Plan vor, der bezogen auf Leitvorstellungen, Themenfelder und Qualifikationserwartungen auch im bundesweiten Vergleich von außerordentlich hohem Niveau ist. So gesehen ist es nicht entscheidend, welchen Namen dieses Fach künftig trägt, vorausgesetzt natürlich, dass die Abschlüsse der Lehrer auch für das neu benannte Fach WAT anerkannt werden.

Problematischer ist schon der Befund bei der Rahmenlehrplangestaltung, aber auch bei der Stundentafel der anderen Fächer. Geschichte, Politische Bildung und Sachkunde leisten, was sie können, aber die in diesem Zusammenhang wichtigeren Naturwissenschaften können dies nicht tun. Es gibt in allen Schulformen jeweils nur drei Wochenstunden, die sich die Fächer Chemie, Physik und Biologie über alle Schuljahre der Sekundarstufe I hinweg teilen müssen. Da reicht es dann wirklich nur noch zur Hausfrauenchemie und zur Bastelphysik. PISA lässt grüßen! Hier werden erhebliche Möglichkeiten zur Vermittlung wirtschaftlicher Kompetenz verschenkt.

Drittens zur Qualifikation der Lehrkräfte: Die Situation ist mehrheitlich so, dass das Fach Arbeitslehre von Lehrern unterrichtet wird, die einen entsprechenden Abschluss im Rahmen der Weiterqualifizierung erworben haben, also von Grundschullehrern oder Lehrern mit nur einem Fach oder mit nicht so stark nachgefragten Fächern. Das will ich überhaupt nicht gering schätzen, aber das Verhältnis gegenüber universitär ausgebildeten Lehrern ist hier schlechter als in anderen Fächern.

Es wachsen auch kaum Lehrkräfte mit dieser Ausbildung nach. Im Mai 2001 sind bei 127 Lehramtsanwärtern nur drei für das Fach Arbeitslehre und einer für Wirtschaft in den Schuldienst eingestellt worden. Im Vergleich dazu für Geschichte zehn, für Geographie 14. Das sind zwei Fächer, mit denen die Schulen ohnehin schon sehr gut besetzt sind. Hier bedarf es konzeptioneller Überlegungen, die die Attraktivität dieses Faches erhöhen, und möglicherweise der Hilfe von außen.

Unbefriedigend ist auch die Situation bei der Weiterbildung. Es sind Lehrgänge wegen mangelnder Beteiligung nicht zustande gekommen, sodass Weiterqualifizierungswünsche vieler Kollegen, die sich für die Lehrgänge angemeldet hatten, nicht erfüllt werden konnten. Das weist der Bericht als Problem überhaupt nicht aus

Betriebspraktika für Lehrer, wie sie auch Arbeitgeberpräsident Hundt gefordert hat, stecken noch in den Kinderschuhen und bedürfen dringend der Evaluation. Nachdenken muss man vonseiten des Ministeriums auch über die Stundenzuweisung für Arbeitslehre-Lehrkräfte, die bei der Organisation der in diesem Rahmen sehr wichtigen Schülerbetriebspraktika einen kaum leistbaren Mehraufwand haben. Das sind eben nicht in erster Linie die Regionalschulämter, sondern die Kollegen vor Ort.

Viertens zu den im Bericht aufgeführten Maßnahmen zur Kooperation zwischen Schule und Wirtschaft: Netzwerk Zukunft, Schülerfirmen, Gründung virtueller Firmen, Planspiele, Jobbörsen usw. All das sind richtige Maßnahmen; hier setzt auch die Förderung der Landesregierung richtig an. Messen lassen muss sich natürlich auch das letztendlich daran, ob es gelingt, die Zahl der etwa 27 000 jugendlichen Arbeitslosen künftig zu senken.

Vizepräsident Habermann:

Frau Abgeordnete Große, ich messe auch und Sie haben Ihr Redezeitvolumen überschritten.

Frau Große (PDS):

Letzter Satz: Die PDS-Fraktion nimmt den Bericht zur Kenntnis, empfiehlt aber auch Selbstbefassung im Ausschuss für Wirtschaft und im Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport. - Danke.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete Große, und gebe das Wort an die Fraktion der SPD, Herrn Abgeordneten Müller.

Müller (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Große, manchmal bin ich überrascht, wie man im Zweifel Kritik konstruieren kann. Sie kritisieren an den Ausführungen des Ministers, er reduziere das Problem auf die zentrale Frage "Fit für die Wirtschaft", aber übersehen dabei, dass genau das im Wesentlichen der Auftrag des Landtages gewesen ist, über dieses Segment zu berichten, und nicht, einen Bericht über die ganze Breite aller Akzente der Bildungspolitik vorzulegen. Insofern hat der Minister genau das gemacht, wozu er von uns beauftragt war und was vernünftig und richtig ist. Das kann wirklich nicht kritisiert werden.

(Frau Osten [PDS]: Er lobt sich schon genug allein!)

Wenn Sie sagen, dass die Formulierung "Fit für die Wirtschaft" nicht angemessen ist, dann möchte ich Ihnen erklären, warum sie sehr wohl angemessen ist. Man könnte natürlich auch "Fit für das Leben" sagen. Leben hat aber auch etwas mit Arbeiten und Arbeiten etwas mit Wirtschaft zu tun; insofern würde man auch auf diesem Wege dort ankommen.

(Dr. Wiebke [SPD]: Wirtschaft hat auch etwas mit Leben zu tun!)

Aber es gibt einen anderen Grund: Wir haben in den Gesprächen festgestellt - zumindest die, die die Gespräche geführt haben -, dass die Wirtschaft, die Unternehmen, die Handwerkskammern und die IHK kritisiert haben, dass die Schüler nicht fit für die Wirtschaft sind. Sie sind in die Ausbildung gekommen und dort gab es erhebliche Probleme. Genau deswegen gab es Handlungsbedarf, den wir als SPD-Fraktion schon im Frühjahr 2000 formuliert haben. Damit wurde auch das Ziel formuliert, hier eine Veränderung zu organisieren. Dabei waren wir von Anfang an in voller Übereinstimmung mit dem Minister, mit seinen Überlegungen dazu. Insofern ist da etwas auf den Weg gebracht worden, und zwar, wie ich meine, in den letzten zwei

Jahren viel mehr als in den Jahren davor. Das sollte man wirklich honorieren. Dort ist etwas bewegt worden. Dafür gebührt dem Minister Dank.

Was gemacht werden soll, ist primär eine Umstrukturierung, eine Weiterentwicklung des Faches Arbeitslehre. Der neue Titel des Faches für die Klassen 9 und 10, "Wirtschaft, Arbeit und Technik", hat mit dem Inhalt zunächst einmal nichts zu tun. Man könnte also auch einen anderen Titel wählen. Andererseits sagt die Bezeichnung für ein Fach doch schon etwas darüber aus, was dort schwerpunktmäßig gemacht werden soll. Die drei Pfeiler, die hier beschrieben werden, Wirtschaft, Arbeit, Technik, sind durch ihre Symbolik geeignet, die Menschen dazu zu bringen, sich zu beteiligen. Die Öffnung der Schule für die Wirtschaft ist etwas, was wir bzw. der Bildungsminister hier organisieren können.

(Beifall bei der CDU)

Es gehört aber ein Zweites dazu. Die Wirtschaft muss auch Angebote an die Schule machen. An dieser Stelle gibt es im Lande Brandenburg durchaus Defizite. Dies will ich allerdings nicht als Kritik verstanden wissen; denn hier bestehen objektive Probleme. Bei den großen Unternehmen ist das leicht zu organisieren. Da wird jemand mit dem Auftrag abgestellt, die Kooperation mit den Schulen zu leiten, zu organisieren, durchzuführen. Bei den vielen kleinen Unternehmen ist das wesentlich schwieriger. Deswegen müssen wir hier zusammen mit den Kammern und den Unternehmensverbänden viel größere Anstrengungen unternehmen, als es der Fall wäre, wenn es hier eine höhere Zahl größerer Unternehmen gäbe. Aus diesem Grunde ist auch das durch den Bildungsminister initiierte Netzwerk Zukunft so wichtig, weil genau dort die Menschen, die in dem Bereich Ansprechpartner sind, zusammengeführt werden. Dazu liegt jetzt im Übrigen die Erklärung der verschiedenen Kammern, der Hochschulen auf dem Tisch, sich daran zu beteiligen. Das ist eine Grundvoraussetzung dafür, die anderen, die die Kleinarbeit noch machen müssen, die in die Schulen gehen, die dort Veranstaltungen durchführen, die auch Plätze für Betriebspraktika anbieten, zu gewinnen.

Beim Rahmenkonzept ist ebenfalls eine ganze Menge bewegt worden. Wenn wir nicht bis zu einem gewissen Grade festlegen, was bei der ganzen Sache herauskommen soll, dann wird das unter Umständen sehr unterschiedlich laufen. Deswegen müssen Rahmenkonzepte und Qualifikationserwartungen klarer formuliert werden. Auch dies ist bereits geschehen.

Ob die Schüler fit für die Wirtschaft sind, ist die eine Frage. Die zweite Frage in diesem Zusammenhang lautet, ob die Lehrer fit für die Wirtschaft sind. Insoweit ist unserer Meinung nach noch eine Menge zu tun. Hier liegt es gar nicht einmal so sehr an der Bereitschaft, sondern oftmals fehlt es schon an den Angeboten. Hier gilt es, die Wirtschaft aufzufordern, Angebote zu machen; denn wir können einen Lehrer nicht in ein Betriebspraktikum schicken, wenn solche Praktika nicht oder nicht in ausreichendem Maße angeboten werden. Auch hier muss gehandelt werden. Hier gibt es eine Bereitschaft, aber diese muss auch noch weiterentwickelt werden.

Als SPD-Fraktion haben wir eine Veranstaltungsreihe durchgeführt, bei der ebenfalls das Thema "Wirtschaft und Schule"

bzw. "Schule und Wirtschaft" im Mittelpunkt stand. Eines wurde dabei ziemlich deutlich: Die Öffnungsbereitschaft bei den Schulen ist sehr groß. Bei der Wirtschaft ist sie theoretisch ebenfalls ganz groß, aber es gibt hier praktische Probleme. Wenn wir uns die Besucherinnen und Besucher unserer Veranstaltungsreihe vor Augen führen, dann stellen wir fest, dass Schulrektoren, Arbeitslehrelehrer, Vertreter der Kammern, die übrigens außerordentlich engagiert sind, bei uns waren, dass aber die Unternehmen selbst nur sehr schwer hinter dem Ofen hervorzulocken waren.

Vizepräsident Habermann:

Herr Abgeordneter Müller, theoretisch können Sie noch viel zu dem Thema sagen, aber praktisch ist das nicht mehr erlaubt.

Müller (SPD):

Gut. - Aus diesem Grunde müssen wir versuchen - das ist auch genau das Ziel des Bildungsministers -, alle mitzunehmen. Ich meine, wir sind auf einem wirklich guten Weg. Insofern sollten wir die Kritik an dieser Stelle etwas zurückstellen und zunächst einmal feststellen, dass sich etwas bewegt hat. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter Müller, und gebe das Wort an die Fraktion der DVU. Frau Abgeordnete Fechner, bitte.

Frau Fechner (DVU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Februar vergangenen Jahres wurde die Landesregierung aufgefordert, durch mehrere Maßnahmen die Vermittlung von Wirtschaftskompetenzen an Brandenburger Schulen zu intensivieren. Unter anderem sollte das Fach Arbeitslehre umstrukturiert und umbenannt werden. Nach langem Hin und Her steht nun die neue Bezeichnung für das Fach fest. Inwieweit nun tatsächlich eine Neustrukturierung des alten Faches Arbeitslehre stattgefunden hat oder ob letztendlich vieles beim Alten bleibt und das Fach nur eine neue Bezeichnung bekommen hat, wird die Zukunft zeigen.

Spätestens in vier oder fünf Jahren, so sagen die Statistiker, werden die Betriebe händeringend nach Auszubildenden suchen. Dann wird es nicht mehr ins Gewicht fallen, dass die Ausbildungsbetriebe seit Jahren die mangelhafte Schulbildung der Bewerber beklagen. Die Betriebe werden auch den sprichwörtlich letzten Deppen nehmen müssen, um irgendwie Fachkräfte heranzuziehen. Mit dieser Perspektive vor Augen spielen einige auf Zeit nach dem Motto: Selbst wenn man völlig untätig bleibt, kann die Landesregierung in wenigen Jahren jedem Jugendlichen einen Ausbildungsplatz garantieren.

(Zurufe von der SPD)

Aber lassen wir den Sarkasmus beiseite.

Angesichts der Realitäten in Brandenburg klingt der vorlie-

gende Bericht der Landesregierung wie ein massiv geschönter Werbeprospekt für kosmetische Operationen: Hier wird ein neuer Name eingeführt, dort eine Qualifikationserwartung festgelegt, an der Stelle am Lehrplan gefeilt, an dieser Stelle ein Projekt eingefügt - und fertig ist das perfekt gestylte Schulsystem. Meine Damen und Herren von der Landesregierung, Brandenburger Schüler haben oftmals Schwierigkeiten dabei, die einfachsten Mathematikaufgaben zu lösen, sind unfähig, den Inhalt gelesener Texte zu erfassen, präsentieren eine katastrophale Allgemeinbildung. Spätestens durch die vor wenigen Wochen veröffentlichte PISA-Studie müsste das allen hier bekannt sein.

Die in dem vorgelegten Bericht angekündigte Intensivierung der Vermittlung von Wirtschaftskompetenzen an Brandenburger Schulen ist gut und wichtig; ohne die Grundlagen für eine umfassende Allgemeinbildung, ohne eine anständige Grundschulbildung ist dies für unsere Kinder jedoch wertlos.

Noch etwas: Viele junge Brandenburger haben ihre Wirtschaftskompetenz bereits bewiesen, haben das Land verlassen, weil sie hier keine Zukunft mehr sehen. - Ich danke für die Aufmerksamkeit

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete Fechner, und gebe das Wort an die Fraktion der CDU. Bitte, Herr Abgeordneter Bartsch.

Bartsch (CDU): *

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit mehreren Jahren fordert die Fraktion der CDU, dass die Vermittlung der Anforderungen der Arbeits- und Wirtschaftswelt zum Bestandteil des Unterrichts an Brandenburger Schulen wird. Durch den Bericht der Landesregierung wird erfreulicherweise deutlich, dass diesem Anliegen in Zukunft Rechnung getragen werden wird.

Die CDU-Fraktion hat in verschiedenen Debatten deutlich gemacht, dass die Anerkennung des Unternehmertums und des wirtschaftlich denkenden und agierenden Menschen zu den Grundvoraussetzungen für eine positive Entwicklung in Brandenburg gehören.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Wenn es uns gelingt, den Schülern frühzeitig volkswirtschaftliche Grundzusammenhänge und betriebswirtschaftliche Sichtweisen zu vermitteln, dann wird die heranwachsende Generation unternehmerisches Handeln als das wahrnehmen, was es ist, nämlich als verantwortliches Handeln, das unsere Gesellschaft positiv weiterentwickelt und innovative Ausbildungs- und Arbeitsplätze schafft.

Mit den Einblicken in die Arbeits- und Wirtschaftswelt ermöglichen wir den Jugendlichen nicht nur, ein realistischeres Bild unserer Gesellschaftsordnung zu gewinnen, sondern wir geben ihnen auch die Möglichkeit, ihren Fähigkeiten entsprechende Berufe frühzeitig zu wählen. Zudem eröffnen wir ihnen die Perspektive, die Selbstständigkeit als Alternative und Chance in

Abgrenzung zu einem Angestellten- oder Beamtenverhältnis zu erkennen.

In der öffentlichen Diskussion werden oftmals nur die Risiken der Selbstständigkeit angeführt, was gerade jungen Menschen den Mut nimmt, den Schritt in die Selbstständigkeit zu wagen. Wir wollen es den Jugendlichen ermöglichen, ein realistischeres Bild von Chancen und Risiken zu erhalten. Durch die neuen Lerninhalte an brandenburgischen Schulen wird somit die heute oftmals noch vorherrschende Sichtweise, dass ein Job in der öffentlichen Verwaltung die größte Chance ist, die die Arbeitswelt bietet, hoffentlich bald der Vergangenheit angehören.

Es nützt unseren Schülern wenig, wenn wir sie mit den Anforderungen der Zukunft nicht belasten wollen. Diese Anforderungen werden an sie gestellt und sie können nur angenommen werden, wenn wir die jungen Menschen frühzeitig damit vertraut machen, wenn wir ihnen das Rüstzeug für die Zukunft zur Verfügung stellen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Eigenverantwortung und Selbstständigkeit sind Anforderungen, die in jeder Stellenanzeige verlangt werden und deren Training die Perspektiven der Brandenburgerinnen und Brandenburger im späteren Arbeitsleben wesentlich verbessern. Die zunehmende Integration dieser Anforderungen in den Unterricht ist ein wesentlicher Beitrag der Bildungspolitik zu einer positiven Entwicklung. Die Fähigkeit zum selbstständigen Lernen ist die Voraussetzung dafür, dass die Jugendlichen sich den wachsenden Anforderungen im Laufe ihres Lebens erfolgreich stellen können.

Meine Damen und Herren, die Koalitionsfraktionen haben in Ihrem Antrag die Erarbeitung eines differenzierten Curriculums gefordert. Die Landesregierung hat im Bericht dargestellt, wie bisher an der Umsetzung dieses Punktes des Antrages gearbeitet wurde. Aus unserer Sicht fehlt die eingeforderte Differenzierung. Es ist für uns nicht wünschenswert und sicherlich auch nicht im Interesse der Schüler, wenn alle Hauptschüler, Realschüler und Gymnasiasten die gleichen Anforderungen in diesem Bereich erfüllen müssen. Wir werden in den Ausschüssen jedoch sicherlich noch Gelegenheit haben, uns intensiv mit dieser Problematik auseinander zu setzen.

Abschließend möchte ich feststellen, dass ich sehr gespannt bin, welchen Namen das neue Fach erhalten wird. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke dem Abgeordneten Bartsch.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt. Ich kann feststellen, dass Sie den Bericht der Landesregierung in der Drucksache 3/3587 zur Kenntnis genommen haben.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 5 und unterbreche die Sitzung des Landtages bis 13 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 12.11 Uhr)

(Fortsetzung der Sitzung: 13.01 Uhr)

Präsident Dr. Knoblich:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir beginnen mit dem Nachmittagsteil der 50. Sitzung des Landtages Brandenburg in seiner 3. Wahlperiode. Diejenigen, die noch nicht hier sind, sind hoffentlich eiligen Schrittes zum Plenarsaal unterwegs.

Ich begrüße ganz herzlich Gäste aus der 10. Klasse der Realschule "Käthe Kollwitz" in Potsdam. Schön, dass ihr da seid!

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

Arbeitsplätze statt Überstunden

Antrag der Fraktion der PDS

Drucksache 3/3753

Wir eröffnen die Aussprache mit dem Beitrag der beantragenden Fraktion. Frau Dr. Schröder, bitte.

Frau Dr. Schröder (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im laufenden Monat Januar wird die offizielle Arbeitslosenzahl bundesweit wieder über 4 Millionen liegen. Auf der Bundesebene tobt bereits der Lagerwahlkampf um das Thema "Arbeitslosigkeit und Beschäftigung". Weil gerade im Wahljahr der Mut zu echten Reformen in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik fehlt, wird nach plakativen Lösungsangeboten gesucht, die den Wählerinnen und Wählern zumindest suggerieren sollen, dass Bundeskanzler Schröder und dessen Herausforderer Stoiber an der Problemlösung hautnah dran sind.

Die SPD will auf keinen Fall die Wahl-ABM à la Kohl wieder auflegen, und zwar zu Recht. Stattdessen wird die Ausweitung der Niedriglohnarbeit als rettende Lösung im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit verkauft. Die CDU wärmt ihre alte neoliberale Angebotspolitik wieder auf, mit der sie schon viele Jahre unter Kohl gescheitert ist. Traurige Signale für alle Betroffenen. Wer sich dann noch als Arbeitsloser im Land Brandenburg auf die Wirtschaftskompetenz des CDU-Parts in der Landesregierung verlässt, bleibt Verlassener im Gedränge auf den Fluren der Arbeitsämter. Die Not ist groß. Das abgelaufene Jahr 2001 geht für Brandenburg als das Jahr der höchsten Arbeitslosigkeit und des geringsten Wirtschaftswachstums, nämlich mit Negativwachstum, in die Landesgeschichte ein.

Statt über die Ausweitung von Niedriglohnarbeit und irrationales Wirtschaftstum zu sinnieren, gibt es aus Sicht der PDS und auch der Gewerkschaften alternative Wege, der Arbeitslosigkeit spürbar zu Leibe zu rücken. "Arbeitsplätze statt Überstunden" heißt das Konzept mit Aussicht auf hohe Beschäftigungseffekte,

(Fortwährende Unruhe im Saal - Glocke des Präsidenten)

und dies zum Nulltarif für die Politik.

Der Produktivitätsfortschritt führt auch in Deutschland immer mehr zu einer Verringerung des gesamtgesellschaftlichen Arbeitsstundenvolumens bei gleichzeitiger Erhöhung des Bruttoinlandprodukts. Die Folge: Wirtschaftswachstum und Beschäftigungswirksamkeit koppeln sich zunehmend voneinander ab. Eine Ausweitung des bezahlten Arbeitsvolumens zum spürbaren Abbau von Arbeitslosigkeit ist nicht in Sicht. Somit ist eine volkswirtschaftlich vernünftige und sozial gerechte Verteilung vorhandener Arbeit und deren Umverteilung angezeigt und politisch zu unterstützen.

Eine aus Sicht meiner Partei und Fraktion geeignete und dringende Sofortmaßnahme ist der drastische Abbau von Überstunden. Bundesweit stieg der Umfang bezahlter Überstunden von 1,85 Milliarden im Jahr 2000 auf 1,9 Milliarden Stunden im Jahr 2001. Dies ist vor dem Hintergrund des Rekordniveaus von Arbeitslosigkeit auf Bundes- wie auf Landesebene einfach nicht mehr hinnehmbar. Nach seriösen Gutachten lassen sich Arbeitszeitverkürzungen zu 40 % in neue Stellen verwandeln. Dementsprechend wären bei einem vollständigen Abbau der jährlich anfallenden Überstunden nahezu 500 000 Neueinstellungen notwendig. Meine Damen und Herren, nennen Sie mir vergleichbare Beschäftigungseffekte mithilfe anderer Instrumente aus dem voll gepackten Instrumentenkoffer der Wirtschafts- und Arbeitsförderung!

Die Ausweitung der Überstundenzahl wird vor allem begünstigt durch die erhebliche Abweichung der gesetzlichen Höchstarbeitszeit von den tariflich vereinbarten Arbeitszeiten. Die im Arbeitszeitgesetz festgelegte wöchentliche Höchstarbeitszeit von 48 Stunden entspricht schon seit Jahrzehnten nicht mehr der tariflichen Realität - eine Grenze, die der Gesetzgeber bereits vor Gründung der Weimarer Republik festlegte. Änderungen sind hier längst überfällig. Die gesetzliche Höchstarbeitszeit liegt heute um mehr als 10 Wochenstunden über der durchschnittschnittlichen tariflichen Arbeitszeit, sodass die Regelungswirkung des Arbeitszeitgesetzes für die Begrenzung der wöchentlichen Arbeitszeit faktisch bedeutungslos ist.

Dagegen eröffnet die großzügig bemessene Höchstarbeitszeitgrenze die Möglichkeit, in tariffreien Bereichen die Arbeitszeiten bis über das sozial- und gesundheitspolitisch vertretbare Maß hinaus auszudehnen. Das ist gerade ein Problem in Ostdeutschland. Das Nebeneinander von zunehmender Zahl von Überstunden und Unterbeschäftigung ist mit dafür verantwortlich, dass die Arbeitslosigkeit selbst in Phasen konjunktureller Belebung nicht entsprechend abgebaut werden kann. Die Quittung bekommen wir gerade präsentiert, indem bei konjunktureller Flaute die Arbeitslosigkeit sofort wieder über die 4-Millionen-Marke schnellt.

In Deutschland sind längere Arbeitszeiten möglich als in den meisten anderen EU-Staaten. Nur in Portugal, Griechenland, Großbritannien und Irland gilt noch die gesetzliche 48-Stunden-Woche, während in allen anderen EU-Ländern die wöchentliche Höchstarbeitszeit auf 40 oder weniger Stunden festgelegt ist. Ein großes Vorbild ist Frankreich, wo in Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten die Arbeitszeit auf 35 Stunden begrenzt ist. Hier sind deutliche Beschäftigungseffekte nachweisbar.

(Dr. Hackel [CDU]: Wissen Sie überhaupt, wie viel die verdienen?)

In Deutschland jedoch konnten die Gewerkschaften im Bündnis

für Arbeit keine Vereinbarung zum beschäftigungswirksamen Überstundenabbau durchsetzen.

(Zuruf von der CDU)

Stattdessen wird von den Unternehmen der großzügig bemessene Zeitkorridor immer mehr benutzt, um notwendige Neueinstellungen zu verhindern.

(Dr. Hackel [CDU]: Nicht, dass Sie sich verlesen, meine Dame!)

Überstunden müssen endlich zu Arbeitsstunden für heute noch Arbeitslose werden und hier sind besonders die strukturellen Überstunden gemeint.

Das Land Brandenburg mit seiner katastrophalen Arbeitsmarktbilanz muss jetzt deutliche Akzente auf der Bundesebene setzen. Die Staatssekretärin für Arbeit im MASGF, Frau Schlüter, erhob bereits im September 2000 auf einem von der IHK Frankfurt (Oder) organisierten Symposium zur Arbeitszeitflexibilisierung berechtigte Forderungen zur Umverteilung von Arbeit. Nicht ohne Kritik der Arbeitgeberseite gab sie folgende Anregung - ich zitiere Frau Schlüter aus dem Protokoll der Tagung -:

"Sollten die Überstunden in naher Zukunft nicht deutlich zurückgehen, kann es notwendig werden, ihren Abbau über neue Anreizstrukturen für Unternehmen und Arbeitnehmer voranzutreiben. Denkbar wäre es, Überstunden einerseits mit höheren Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung zu belegen, aber gleichzeitig die dadurch erzielten Mehreinnahmen zur allgemeinen Absenkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge zu verwenden."

(Senftleben [CDU]: Einen Tag Untersuchungshaft für Unternehmer!)

- Jawohl, diesen Vorschlag hält meine Fraktion für diskussionswürdig. Wir befinden uns in dieser nahen Zukunft. Ein deutlicher Rückgang bei der Zahl der Überstunden ist, wie eingangs erwähnt, nicht erkennbar. Handlungsbedarf ist somit dringend angezeigt.

Lassen Sie uns im Ausschuss für Arbeit und Soziales ausführlich über diesen Weg und auch andere Wege eines spürbaren Abbaus von Überstunden beraten. Die Landesregierung muss in solchen Fragen auf der Bundesebene engagierter auftreten.

(Zuruf von der CDU)

Landesinitiativen wie die zur Förderung von Arbeitszeitberatung für kleinere und mittlere Unternehmen im Rahmen des INNO-PUNKT-Ideenwettbewerbes sind als innovative Maßnahmen zwar zu begrüßen, reichen aber bei weitem nicht aus, um anstehende Reformen in der Arbeitszeitpolitik schnell und wirksam voranzutreiben. Wir brauchen den großen politischen Schlag

(Lachen bei der CDU)

gegen den Überstundenberg für eine gerechte Verteilung des Arbeitsvolumens im Interesse der Arbeitslosen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an die SPD-Fraktion. Für sie spricht der Abgeordnete Kuhnert.

Kuhnert (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Thematik der Überstunden ist schon oft diskutiert worden und es ist sicherlich richtig, dass ein Überstundenabbau bis zu einer bestimmten Grenze auch neue Arbeitsplätze in sechsstelliger Höhe schaffen würde. Schon wenn jede dritte oder vierte Überstunde abgebaut werden könnte, dann hätte das einen enormen Effekt für den Arbeitsmarkt

Gefordert sind in erster Linie die Tarifpartner. Dort müsste es Ansätze geben. Aber dort passiert natürlich zurzeit noch zu wenig. Kollege Freese könnte dazu etwas sagen. Mir ist nur ein Beispiel aus der Chemieindustrie bekannt, wo es tariflich so geregelt ist, dass Überstunden spätestens nach vier Wochen in Freizeit abgegolten werden müssen, wenn sie nicht vorher abgebaut worden sind. Das könnte Vorbild sein für eine Regelung überhaupt; denn nur die Tarifpartner können wirklich entscheiden, wo Überstunden aus Gründen des Wirtschaftsablaufs, der Innerbetrieblichkeit notwendig sind oder toleriert werden müssen oder wo sie wirklich abgebaut und in zusätzliche Arbeitsplätze umgemünzt werden könnten. Übrigens hat sich der Vorsitzende des DGB Schulte sehr skeptisch dazu geäußert, ob ein Gesetz Chancen hätte, dies wirklich zu regeln.

Was tut nun die Landesregierung, die mit dem Antrag aufgefordert wird? Erstens haben wir das erste Projekt bei INNO-PUNKT "Moderne Arbeitszeiten für Brandenburg" auf den Weg gebracht. Dort geht es um flexible Arbeitszeiten und den Abbau von Überstunden. Es sollen also Modelle entwickelt werden, die dann eventuell für andere übernehmbar sind und gegebenenfalls modifiziert werden können.

Zweitens: Es liegt eine Studie vom Dezember 2000 vor - "Modelle zur Arbeitszeitgestaltung und Arbeitszeitumverteilung". Darin wird noch einmal theoretisch das unterlegt, was in diesem Bereich möglich ist.

Drittens: Es wird schon seit längerem in der Regierung an einem Konzept zu der Frage gearbeitet, wie man Anreize schaffen könnte, Überstunden abzubauen. Nach Vorlage dieses Konzeptes müssen dann in den Bundesländern Verbündete gesucht werden, damit es im Bundesrat eine Chance hat.

Allerdings ist der Ansatz, den wir befürworten, gegensätzlich zu dem, was Sie in Ihrem Antrag fordern. Es ist weniger sinnvoll, durch Reglementierungen und Sanktionierungen das regeln zu wollen, sondern es müssen Anreize geschaffen werden, sodass es sich für das Unternehmen lohnt, Überstunden abzubauen.

Wir können uns vor der Sommerpause im Ausschuss von der Regierung über den Stand der Beratungen zu diesen Themen und der Erarbeitung des Konzeptes berichten lassen. Aus unserer Sicht ist der PDS-Antrag nicht nötig und vom Inhalt her auch wenig hilfreich. Deshalb plädieren wir für dessen Ablehnung. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an die DVU-Fraktion. Für sie spricht der Abgeordnete Schuldt.

Schuldt (DVU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dicht daneben ist auch vorbei. Die PDS hat sich um 115 Millionen verschätzt. Statt des von den Gewerkschaften vorausgesagten Anstiegs der Zahl der Überstunden von 65 Millionen ist ihre Zahl weiter gesunken, und zwar nach den letzten Hochrechnungen um 50 Millionen Stunden. Der Grund dafür ist aber nicht, dass sich die Unternehmer die Forderungen des DGB zu Herzen genommen haben, vielmehr hat die schwache Konjunktur die meisten dieser Überstunden schlicht überflüssig gemacht. Neue Arbeitszeitregelungen, beispielsweise Arbeitszeitkonten, taten ein Übriges.

Die voreilige Verwendung der vom DGB veröffentlichten Schätzzahlen in der Antragsbegründung ist symptomatisch für den vorliegenden Antrag der PDS. Auch die von der PDS beantragten Maßnahmen zeugen mehr von blindem Aktionismus, von hilflosem Herumstochern als von sorgfältigen und zielgerichteten Überlegungen, und zwar besonders deshalb, weil Sie sich der pauschalen Unterstellung anschließen, die Unternehmen verweigerten sich einer Reduzierung der Zahl der Überstunden. In Wirklichkeit sind die Unternehmen selbst an einer Reduktion der Zahl der Überstunden interessiert, weil diese wegen der zu zahlenden Zuschläge verdammt teuer sind. Auf der Pressekonferenz des Bundesverbandes der Deutschen Arbeitgeberverbände zur Tarifrunde 2002 vor wenigen Tagen in Berlin sagte deren Präsident Dieter Hundt:

"Die Kritik der Gewerkschaften an Überstunden ist unehrlich. Die Gewerkschaften selbst verhindern zumindest zum Teil den Abbau von Überstunden, indem sie eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit und Langzeitkonten blockieren. Wir haben bisher lediglich in der Stahlindustrie und im privaten Bankengewerbe Branchentarifverträge über Langzeitkonten. In anderen Branchen, wie etwa der Metall- und Elektroindustrie, sind zwar betriebliche Regelungen auf der Basis der bestehenden Tarifverträge möglich, doch hängt die Umsetzung im Einzelfall zumindest teilweise von der Zustimmung der Tarifvertragsparteien ab. Bei den Versicherungen haben sich die Gewerkschaften einer tariflichen Regelung von Langzeitarbeitszeitkonten sogar ausdrücklich verweigert. Das ist nicht Wortbruch der Arbeitgeber, sondern Blockade der Gewerkschaften gegen die Umsetzung von Bündnisvereinbarungen."

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt in der Praxis sehr viele gute Beispiele von Unternehmen, in denen sich die Einrichtung von Langzeitkonten bewährt hat, zum Beispiel VW, BMW, Bosch und seit kurzem auch Daimler-Chrysler. In all diesen Unternehmen werden Überstunden durch Langzeitkonten erfolgreich reduziert bzw. sogar vermieden.

Außerdem ist die Rechtslage in Deutschland immer noch so, dass sich die meisten Unternehmer davor hüten müssen, in Zeiten kurzfristig vorhandener Mehraufträge neue Mitarbeiter einzustellen. Wenn nämlich einige Zeit danach nicht mehr genügend Arbeit für alle Mitarbeiter vorhanden ist, wird es verflixt

schwierig, die überschüssigen Arbeitskräfte auf saubere und sozialverträgliche Art wieder zu entlassen.

Nein, ich werde hier nicht dem US-amerikanischen Prinzip des "hire and fire" das Wort reden. Die sozialen Errungenschaften in Deutschland, zu denen auch Kündigungsschutz, Sozialpläne usw. gehören, sind für das Funktionieren unserer Gesellschaft wichtig. Doch bei voraussichtlich über 4 Millionen Arbeitslosen und 1,735 Milliarden Überstunden im Jahr muss ernsthaft über eine Reform nachgedacht werden.

Eine sinnvolle und zielgerichtete Arbeitsmarktpolitik muss auch die langfristige Wirkung berücksichtigen, muss etliche aufeinander abgestimmte Maßnahmen umfassen und darf auch vor grundlegenden strukturellen Änderungen nicht zurückschrecken. Der PDS-Antrag ist das genaue Gegenteil davon. Daher lehnen wir ihn ab. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an die CDU-Fraktion. Für sie spricht der Abgeordnete Homeyer.

Homeyer (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich weiß nicht, ob der Antrag ein vermeintlicher Beitrag von Herrn Christoffers ist, um die regionalen Wirtschaftsketten zu stärken, oder der erneute Versuch eines Angriffs auf den ersten Arbeitsmarkt von Frau Dr. Schröder. Wer auch der Initiator sein mag, welche Überlegungen hinter Ihrer parlamentarischen Initiative auch stecken mögen, die CDU-Fraktion hält Ihren Ansatz nicht nur für falsch, sondern sogar für kontraproduktiv. Mit dem Ansatz, den Sie in Ihrem Antrag formuliert haben, werden keine zusätzlichen Arbeitsplätze geschaffen, sondern Arbeitsplätze vernichtet.

Ihr Antrag, meine Damen und Herren von der PDS-Fraktion, steht im Übrigen exemplarisch für Ihr Politikverständnis. Er steht für Ihre ökonomische Kompetenz - besser: Inkompetenz - und ist ein Beleg Ihrer Realitätsferne.

Als Erstes zu Ihrem Politikverständnis: Sie wollen eine ultimative Festschreibung der Wochenarbeitszeit auf höchstens 40 Stunden. Jeder, der zusätzlich arbeiten will, soll es künftig nicht mehr dürfen. Jeder, der einen zusätzlichen Auftrag akquirieren will, soll es nicht mehr dürfen. Wer nur eine Überstunde leistet oder eine verrichten lässt, soll durch höhere Sozialabgaben bestraft werden.

Mit diesen Forderungen Ihres Antrages wollen Sie nicht nur unsere Wirtschaftsordnung, die soziale Marktwirtschaft, zu einer Worthülse verkommen lassen, sondern bemühen Sie sich auch, jeden Leistungsanreiz, sei es für die Arbeitnehmer oder für die Arbeitgeber, zu rauben. Das passt selbstverständlich zu Ihren Bemühungen, den Reichtum des Einzelnen zu begrenzen, aber es passt weder in die heutige Zeit noch zu unserer Wirtschaftsordnung.

Regulieren, Strangulieren, Einschränken und Behindern der Märkte und jedes Einzelnen sind die Rezepte, mit denen Sie sich der Zukunft stellen wollen. Sie, meine Damen und Herren von der PDS, hatten bereits Ihre politische Zukunft als Partei neuen Typus.

Kommen wir als Zweites zu Ihrer ökonomischen Kompetenz. Die Erkenntnis, dass wir eine Flexibilisierung und Deregulierung der Märkte brauchen, damit Deutschland und Brandenburg im Wettbewerb der Nationen um Investitionen, Arbeitsplätze und Wohlstand bestehen, scheint nicht zum Grundkonsens der PDS zu gehören.

(Vereinzelt Beifall bei CDU und SPD)

Dass aber Ihre Fraktion, Herr Prof. Dr. Bisky, davon ausgeht, dass Arbeit unendlich teilbar und eine umfassende Mobilität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt gegeben sei, ist mir völlig neu. So geht die PDS in ihrem Antrag davon aus, dass der Abbau fast jeder bisher geleisteten Überstunde dazu beiträgt, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Sie ignoriert somit völlig, dass wir bei Umsetzung ihrer Initiative vor dem Problem stünden, dass die Nachfrage nach Arbeitsleistung sänke. Denn warum werden nicht neue Arbeitsplätze geschaffen, wenn es das Arbeitsvolumen und der Umsatz zuließen? Weil die hohen Nebenkosten und die starren Kündigungsregeln es offenbar nicht zulassen.

(Freese [SPD]: Das ist nicht mehr auszuhalten!)

Infolge der von der PDS-Fraktion vorgeschlagenen Veränderungen würde sich Arbeit in Deutschland weiter verteuern. Hinzu kommt - ich zitiere aus dem Wochenbericht des DIW -:

"Gut 10 % aller Erwerbstätigen mit Überstunden in der Haupterwerbstätigkeit verrichten zusätzlich eine Nebenerwerbstätigkeit. Dies deutet darauf hin, dass im Falle eines gesetzlich induzierten Überstundenabbaus Arbeitnehmer mit bezahlten Überstunden versuchen werden, die Einkommensausfälle durch eine Ausweitung ihrer Nebenerwerbstätigkeit zu kompensieren."

Kurz gesagt: Sie erreichen gar nichts.

Meine Damen und Herren, die Qualifikationsanforderungen werden im Antrag der PDS vollständig vernachlässigt.

(Zuruf des Abgeordneten Freese [SPD])

Des Weiteren vernachlässigt der Antrag, dass Überstunden nicht allerorts in gleichem Umfang geleistet werden. Geht man davon aus, dass die Überstunden in Arbeitsplätze umgewandelt werden, muss man auch eine entsprechend hohe Mobilität auf dem Arbeitsmarkt unterstellen. Dass es diese weder im Land Brandenburg noch in Deutschland gibt, belegen die stark differierenden Arbeitslosenquoten.

Meine Damen und Herren, wie sieht es mit der Wahrnehmung der Realität durch die PDS aus? In der Begründung des PDS-Antrages wird auf die steigende Überstundenzahl im Jahr 2001 verwiesen. Wahr ist allerdings, dass es eine - konjunkturell bedingte - Absenkung gegeben hat.

(Gelächter und Beifall bei der PDS)

Des Weiteren machen Sie für das Land Brandenburg im Jahr 2001 das geringste Wirtschaftswachstum aller Bundesländer aus. Woher haben Sie diese Zahl, anhand derer Sie, Herr Prof. Dr. Bisky, auch in Ihrer Jahresabschlussbilanz unterstellt haben, dass Brandenburg hier das Schlusslicht sei?

(Zuruf von der PDS: Von der Bundesregierung!)

Die amtlichen Zahlen sagen doch aus, dass Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt Schlusslicht sind.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend feststellen: Wollen wir, dass Überstunden verstärkt in Arbeitsplätze umgewandelt werden, müssen wir positive Anreize schaffen.

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Schluss Ihrer Rede.

Homeyer (CDU):

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. - Dazu gehört eine deutliche Reduzierung der Lohnnebenkosten, eine Modernisierung der Sozialsysteme und eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, durch die auch die starren Kündigungsschutzregeln zeitgemäß ausgestaltet werden. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Abgeordneter, sind Sie bereit, noch eine Frage zu beantworten? - Das ist offensichtlich nicht der Fall. Dann fahren wir mit dem Beitrag der Landesregierung fort. Herr Minister Ziel, Sie haben das Wort.

Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Ziel:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In einer Einschätzung sind sich die demokratischen Parteien dieses Hohen Hauses wohl einig: Die Zahl der geleisteten Überstunden ist viel zu hoch und wir müssen sie verringern. - Doch die Wege und die Instrumente dafür sehen wir unterschiedlich.

(Homeyer [CDU]: Allerdings!)

Ihre Vorschläge, meine Damen und Herren von der PDS-Fraktion, orientieren sich meiner Meinung nach zu einseitig auf Verbot und Strafe. Auch aus ökonomischer Sicht halte ich sie für kontraproduktiv.

In der Tat werden in Deutschland jährlich bis zu 1,9 Milliarden Überstunden geleistet. Herr Homeyer hat aber Recht, wenn er sagt, dass die Zahl, die Sie für das abgelaufene Jahr genannt haben, nicht ganz stimmt. Das Forschungsinstitut der Bundesanstalt für Arbeit nennt für das Vorjahr eine andere Zahl, nämlich 1,73 Milliarden. Dennoch ist sie ungeheuer hoch. Ich streite mich nicht über diese Zahlen. Allein für Brandenburg sind es zig Millionen Überstunden, geschätzt rund 30 Millionen.

Vor allem aus arbeitsmarktpolitischen Gründen ist es notwendig, die Zahl der Überstunden deutlich und rasch abzubauen.

Das ist aber auch eine wichtige Herausforderung für das Bündnis für Arbeit.

Meine Damen und Herren, das System der freien Marktwirtschaft funktioniert nicht nach dem Prinzip "Befehl und Gehorsam". Deshalb sage ich: Wir brauchen keine zusätzlichen Regulierungen, die auf ein Verbot von Überstunden hinauslaufen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Auf Auftragsschwankungen und Produktionsspitzen muss ein Unternehmer auch reagieren können. Fragen Sie die Betriebsräte, sie werden es Ihnen ebenfalls sagen.

Natürlich setze ich wie mein Kollege Andreas Kuhnert auch auf die Tarifpartner, auf die Tarifautonomie, denn die Gewerkschaften haben gesagt: Wenn wir allein die Zahl der geplanten Überstunden deutlich reduzieren könnten - gemeint sind nicht die Überstunden, die so plötzlich über einen Betrieb kommen, weil es Spitzen gibt -, dann könnten wir in Deutschland etwa 300 000 - ich nehme die durchschnittliche Zahl - Arbeitsplätze mehr haben. - Das muss uns schon interessieren, meine Damen und Herren.

Ich fasse zusammen: keine Sanktion für jede geleistete Überstunde, keine allgemeine Bestrafung der Betriebe und ihrer Beschäftigten, stattdessen eine politische Gesamtstrategie, die Brücken baut und Überstunden abbauen hilft. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Wir sind am Ende der Rednerliste und ich schließe die Aussprache. Wir kommen zur Abstimmung.

Die PDS-Fraktion beantragt die Überweisung ihres Antrages in den Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen. Wer diesem Überweisungsansinnen folgen will, möge die Hand aufheben. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist die Überweisung mehrheitlich abgelehnt worden.

Damit kommen wir zur Abstimmung in der Sache. Wer dem Antrag in der Sache folgen will, möge die Hand aufheben. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag auch in der Sache abgelehnt worden.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 6, um den **Tagesordnungspunkt 7** aufzurufen:

Genehmigung von Gemeindezusammenschlüssen

Antrag der Fraktion der PDS

Drucksache 3/3781

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der PDS-Fraktion. Herr Abgeordneter Sarrach, bitte.

Sarrach (PDS):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In reichlich

zwei Monaten ist die von der Landesregierung sehr knapp gehaltene Phase für freiwillige Gemeindezusammenschlüsse vorüber. Ich möchte daran erinnern, dass sich die PDS-Fraktion für eine strikte Wahrung des Prinzips der Freiwilligkeit und gegen eine zeitliche Befristung der Möglichkeit für den freiwilligen Zusammenschluss von Gemeinden ausgesprochen hat. Wir haben Ihnen auch vorgeschlagen, zumindest in dieser Wahlperiode des Landtages, also bis zum Jahr 2004, auf Zwangszusammenschlüsse zu verzichten. Alle unsere Bemühungen fruchteten jedoch nicht. Wir konnten uns mit unseren Vorstellungen nicht durchsetzen, auch wenn sie für uns nach wie vor Maßstab für die Gemeindereform sind.

Sie haben sich für eine Reform entschieden, die die Gemeinden nicht als historisch gewachsene Selbstverwaltungseinheiten von unten betrachtet, sondern mit dem Blick von oben als administrativ-territoriale Einheiten, die effizient zu verwalten sind. Sie haben sich dafür entschieden, die Gemeinden mit möglichst viel Druck in ein vorgefertigtes Korsett zu zwängen, ohne Platz für eigenständige Lösungen zu lassen. Der Druck ist in vollem Gange. Die Devise lautet: Schließt ihr euch jetzt zusammen, so wie wir es euch vorschreiben, dann bekommt ihr noch die Zielprämie. Tut ihr es nicht, leistet ihr Widerstand oder gar Totalverweigerung, so wird der Landtag den Zusammenschluss beschließen.

Wir haben im Oktober vergangenen Jahres den Bericht zum Stand der freiwilligen Gemeindefusionen zur Kenntnis nehmen können. Daraus ging hervor, dass sich viele Gemeinden von dem Druck des Innenministers nicht beeindrucken lassen und ihre Rechte selbstbewusst wahrnehmen. Zwei Monate später, kurz vor Weihnachten, schätzte der Innenminister ein, dass es bei den Gemeindezusammenschlüssen nur so brummen würde. Analysiert man jedoch die der Presse mitgeteilten Zahlen, so ist Herr Schönbohm noch weit vom selbst gesteckten Ziel entfernt, mindestens 70 % der Gemeinden zum freiwilligen Zusammenschluss zu bewegen. Um allen Missverständnissen und Täuschungsmanövern von vornherein zu begegnen: Ausgangsbasis dabei war nicht die Anzahl der Einwohner, die in leitliniengerechten Strukturen leben, sondern Ausgangsbasis war die Anzahl der Gemeinden, die zu Beginn der Reform in ihrem Bestand infrage gestellt worden sind. Ich sage das deshalb, weil im Bericht vom Oktober mehrere Bezugsebenen aufgemacht worden sind. So fanden sich auf einmal 64 % der Brandenburgerinnen und Brandenburger in leitliniengerechten Strukturen wieder, ohne dass sie überhaupt etwas mit der Reform zu tun hatten, weil sie in Orten wohnen, an denen die Reform schlichtweg vorbeigegangen ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die PDS-Fraktion hat ihre Kritik an den Leitlinien der Landesregierung und am Gemeindereformgesetz deutlich gemacht. Wir verfolgen jedoch mit Sorge, dass Sie jetzt selbst diesen fragwürdigen Rahmen nicht mehr einhalten und den Ermessensspielraum des Innenministers bis an die Grenze der Beliebigkeit ausweiten. Das heißt, dass die durch die Leitlinien ohnehin stark begrenzten Entscheidungsmöglichkeiten der Gemeinden noch weiter eingeschränkt werden. Bedenklich ist vor allem, dass Gemeinden, die bereit sind, den Vorgaben der Landesregierung zu folgen und ihre gemeindliche Selbstständigkeit aufzugeben, trotz der Übereinstimmung mit den Leitlinien keine Entscheidung des Innenministers erhalten, sei es eine erteilte oder eine versagte Genehmigung.

Besonders exemplarisch ist das im Falle der Gemeinde Golm, die immer mehr ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerät. Ich bedauere sehr, dass Kollege Hackel nicht im Raum ist. Golm ist aufgrund seiner räumlichen Lage und der baulichen Verflechtung eng mit der Landeshauptstadt Potsdam verbunden. Das Interesse Potsdams an einer Eingemeindung Golms ist deshalb verständlich. Es gibt jedoch aus der Vergangenheit tiefe Aversionen gegen ein Zusammengehen mit Potsdam. Der Landeshauptstadt ist es offensichtlich nicht gelungen, durch eine langfristig angelegte Zusammenarbeit das Misstrauen abzubauen und Vertrauen zu schaffen.

Andererseits gibt es offensichtlich gute Erfahrungen der Gemeinde Golm in der Zusammenarbeit mit der Stadt Werder, die gleichzeitig die Verwaltung des gemeinsamen Amtes stellt. Nachdem sich Golm entschieden hatte, aufgrund der Vorgabe der Leitlinien auf seine Selbstständigkeit zu verzichten, gab es zwei Möglichkeiten: entweder die Eingliederung in die Landeshauptstadt oder das Zusammengehen mit dem bisherigen Amt Werder zu einer Großgemeinde. Die Golmer haben sich in einem Bürgerentscheid, der übrigens im Interesse der Prüfung eines Zusammengehens mit Potsdam sogar noch einmal verschoben worden ist, eindeutig für Werder entschieden. Damit waren die Voraussetzungen dafür gegeben, dass das Amt Werder eine Großgemeinde wird. Das ist eindeutig die in den Leitlinien vorgesehene Vorzugsvariante. Ich verweise dazu auf Seite 8 der blauen Broschüre des Innenministeriums. Unter Leitbild heißt es dort in Absatz 2, dass die Kreisgrenzen grundsätzlich Bestand haben sollen. Des Weiteren heißt es:

"Die Bildung von amtsfreien Gemeinden soll möglichst in den Grenzen der bestehenden Ämter erfolgen."

Zwei Sätze weiter wird in vergleichsweise abgeschwächter Form ausgesagt:

"Abweichungen von den bisherigen Ämtergrenzen können insbesondere im Interesse der Stärkung der Städte, vor allem regionaler Entwicklungszentren, geboten sein."

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Bürger der Gemeinde Golm haben sich daran gehalten, dass sie sich in den Grenzen des bestehenden Amtes und damit auch innerhalb der Kreisgrenze zusammenschließen wollen. Dieses leitliniengerechte Vorgehen ist durch ein überzeugendes Votum der Golmer im Bürgerentscheid demokratisch legitimiert. Selbst wenn man jetzt davon ausgehen sollte, dass Golm zwei gleichwertige Optionen hatte, was ich angesichts der konkreten Formulierung der Leitlinien bezweifle, so hat sich die Waage mit dem eindeutigen Bürgerentscheid, der auch das Wohlwollen des angehörten Kreistages gefunden hat, auf die eine Seite geneigt.

Spätestens jetzt stellt sich die Frage, welche Bedeutung dem Genehmigungsrecht des Innenministers, der sozusagen das letzte Wort hat, beigemessen wird. Alle formalen Voraussetzungen liegen im Fall Golm vor, um diese Genehmigung zu erteilen. Wenn Minister Schönbohm jetzt von einem Zielkonflikt spricht, der einer weiteren Prüfung bedürfe und erst nach dem Ende der Freiwilligkeitsphase geklärt werden könne, dann nimmt er sein Genehmigungsrecht in einer Weise wahr, durch die der Bürgerentscheid in Golm zur Bedeutungslosigkeit degradiert wird.

In § 9 Abs. 3 der Gemeindeordnung ist festgeschrieben, dass das Ministerium des Innern insbesondere dann die Genehmigung versagen kann, wenn die Verwaltungskraft eines Amtes gefährdet würde, das heißt, der Innenminister hat einen Ermessensspielraum. Die Frage ist, wie weit dieses Ermessen des Innenministers gehen kann. Keine Frage des Ermessens ist jedoch, ob hier nach Gutdünken über den Antrag entschieden wird oder aber die Entscheidung auf Eis gelegt bleibt. Diese Untätigkeit ist behördliche Willkür.

Wir halten es daher nicht für vertretbar, dass der Innenminister an keine Fristen gebunden ist, wenn er über die Anträge der Kommunen zu entscheiden hat. Gerade im Fall der Gemeinde Golm ist seit mindestens einem Jahr bekannt, wohin die Reise geht. Alle Zusammenhänge konnten längst geprüft werden. Auch die künftige Gliederung im Potsdamer Nordraum kann nicht zum ausschlaggebenden Kriterium für eine Genehmigung gemacht werden, da die gegenwärtige Amtsstruktur in Form der Großgemeinde weitergeführt werden soll und die Gemeinde Geltow bei einer vergleichbaren Lage keinen Bedenken unterliegt.

Um einer willkürlichen Handhabung des Genehmigungsrechts entgegenzuwirken, beantragen wir eine zeitliche Befristung von einem Monat. Das ist eine Frist, die bei gutem Willen völlig ausreichend ist, da das Innenministerium die Prozesse vor Ort ständig begleitet. Durch die "MAZ" vom 2. Januar 2002 wurde ja auch bekannt, dass Fälle, in denen keine Zweifel bestehen, gar in drei Tagen entschieden werden konnten.

Sie erinnern sich auch an den Wortlaut des Entschließungsantrages von SPD und CDU zum Bericht im Oktober 2001. Unter 2 b) hieß es, Gemeindezusammenschlüsse auch zukünftig durch eine zeitnahe Bearbeitung der Genehmigungsanträge zu fördern. Dadurch sollen diejenigen Gemeinden, deren Neugliederungsvorschläge nicht den Leitlinien entsprechen, die Möglichkeit einer Neuorientierung erhalten.

Mit einer solchen Fristenregelung verbinden wir auch die Absicht, dass den betroffenen Gemeinden bei einer Ablehnung der Genehmigung die Möglichkeit gegeben wird, innerhalb der Freiwilligkeitsphase ihre Entscheidung zu überdenken und sich gegebenenfalls für einen anderen Weg zu entscheiden.

Im Fall der Gemeinde Golm kommt jedoch noch hinzu, dass bei einer Verschiebung der Genehmigung bis zum Ablauf der Frei-willigkeitsphase und einer dann erfolgenden Ablehnung nur der zwangsweise Zusammenschluss bleibt, die Kopfprämie verloren geht und der für den kompletten Zusammenschluss des Amtes in Aussicht gestellte höhere Prämiensatz ebenfalls nicht gezahlt werden kann.

Wir schlagen Ihnen zweitens vor, dass bei mehreren leitliniengerechten Varianten im Fall eines Antrages einer Gemeinde schon von Verfassungs wegen der erfolgreiche Bürgerentscheid den Ausschlag geben muss und die Genehmigung zu erteilen ist.

(Beifall bei der PDS)

Es darf bei der Frage der Bedeutung eines Bürgerentscheids kein Herumeiern geben. Denn gibt es mehrere leitliniengerechte Varianten des Zusammenschlusses, die unterschiedlich stark in das kommunale Selbstverwaltungsrecht der betroffenen Gemeinde eingreifen, zum Beispiel wenn eine Variante von der Gemeinde - durch Bürgerentscheid bestätigt - bevorzugt wird und die andere Variante nur zwangsweise durchgesetzt werden kann, dann ist das Interesse der betroffenen Gemeinde auf Beachtung ihres Votums bei der Abwägung im Einzelfall eben mit relativem Vorrang zu berücksichtigen. Schließlich führte das Innenministerium in einem Schreiben vom 19. Juli 2001 an die Landräte aus, dass ein Bürgerentscheid gegen eine leitbildgerechte Gemeindeneugliederung zwar den Gesetzgeber nicht hindere, durch Gesetz eine von den Bürgern abgelehnte Gebietsänderung vorzunehmen, doch auch hier sei das Ergebnis des Bürgerentscheids in die Abwägung - wohl mit offenem Ausgang - einzustellen, wenn der subjektive Unwille durch objekte Gesichtspunkte gerechtfertigt ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich habe auch ich die Aussagen in den Leitlinien zur Kenntnis genommen, dass beantragte Zusammenschlüsse nicht nur in sich leitbildgerecht sein müssen, sondern auch dem Gemeinwohl entsprechende Lösungen im Umfeld nicht behindern dürfen. Auch das trifft auf Golm nicht zu.

Ähnlich wie in Golm und Werder ist die Problemlage zum Beispiel beim Amt Neuhausen. Die Besonderheit von Golm besteht jedoch darin, dass es unterschiedliche Interessen innerhalb der Koalition gibt. Herr Schönbohm deutete das in einem Schreiben an den Kreisverband der CDU an, in dem er ausführte, dass eine Entscheidung zugunsten von Werder zum jetzigen Zeitpunkt Auswirkungen in der Koalition gehabt hätte.

Gerade diese Andeutungen stellen die Objektivität der Entscheidung des Innenministers im Fall der Gemeinde Golm noch mehr infrage. Ich weiß nicht, welche Absprachen es zwischen dem SPD-Landesvorsitzenden Platzeck und dem CDU-Landesvorsitzenden Schönbohm geben wird. Wir sollten jedoch mit einem Beschluss des Landtages dafür sorgen, dass die Möglichkeiten für ein etwaiges willkürliches Vorgehen weitgehend eingeschränkt werden und dem Bürgerwillen ein höherer Stellenwert eingeräumt wird.

Deshalb beantragen wir auch namentliche Abstimmung.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an den Abgeordneten Bochow. Er spricht für die SPD-Fraktion.

Bochow (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mitte 2000 hatte das Land Brandenburg 1 479 Gemeinden. Bis zum 17. Januar 2002 wurden insgesamt 183 Gemeindeneugliederungsverträge mit 535 daran beteiligten Gemeinden genehmigt. Die Zahl der Gemeinden im Land Brandenburg hat sich also auf insgesamt 1 074 verringert.

Diese Zahlen verdeutlichen, dass erstens sich dieses Reformvorhaben im Land Brandenburg auf einem guten Weg befindet und dass zweitens entgegen dem Anschein des Antrags der Fraktion der PDS Gemeindeneugliederungsverträge vom Ministerium des Innern genehmigt werden. Anträge werden geneh-

migt, sofern sie den Vorgaben der Leitlinien entsprechen, das heißt, sie werden genehmigt, sofern dadurch dauerhaft leistungsstarke und effiziente Verwaltungseinheiten entstehen.

Es ist mir wichtig, an dieser Stelle an die Ziele der Reform zu erinnern. Es war eines der Ziele, weitere Aufgaben auf die kommunale Ebene zu verlagern. Aber schon jetzt können kleine einwohner- und finanzschwache Gemeinden ihre Aufgaben oftmals nicht mehr zur vollen Zufriedenheit erfüllen. Dies führt letztlich zu einer Aushöhlung der kommunalen Selbstverwaltung und damit nicht zuletzt zu Demokratieverdrossenheit. Der Bürger möchte zu Recht, dass seine Anliegen in hoher Qualität und zeitnah erledigt werden. Darauf hat er einen Anspruch.

Was den Zeitrahmen der Genehmigungen betrifft, so ist auf Folgendes hinzuweisen: Das Ministerium genehmigt die Zusammenschlüsse, wenn sie leitbildgerechten Lösungen auch im Umfeld nicht entgegenstehen. Die Entscheidung wird so zeitnah getroffen, wie es die umfängliche Prüfung zulässt. Ich meine, die zuvor genannten Zahlen bestätigen das.

Meine Damen und Herren, genau das ist die Aufgabe des Ministeriums. Es soll eine Entscheidung treffen, die alle denkbaren Aspekte berücksichtigt, damit anschließend kein Gericht sagen kann: Ihr habt euch nicht umfassend kundig gemacht! - Deshalb kann es sicherlich an der einen oder anderen Stelle etwas dauern, bis ein Vertrag genehmigt wird. Herr Sarrach, ich gehe aber davon aus, dass niemand in der Landesregierung absichtlich eine Verzögerung herbeiführen wird, denn jeder genehmigte Zusammenschluss ist ein Beweis für den Erfolg der Gemeindegebietsreform. Von daher ist es nicht ersichtlich, meine Damen und Herren von der PDS-Fraktion, weshalb Sie die Landesregierung zeitlich binden wollen.

Die Leitlinien verwenden den Begriff des "öffentlichen Wohls", welches erfüllt sein muss, um eine Gebietsänderung vorzunehmen. Die Leitlinien engen den Handlungsspielraum der Gemeinden also nicht ein; dieser ist durch Artikel 97 unserer Verfassung vorgegeben. Sie geben vielmehr eine Orientierung entsprechend Artikel 98. Dies, Herr Sarrach, schließt natürlich ein, dass es mitunter auch zwei leitbildgerechte Lösungen geben kann. Wenn zum Beispiel die Bildung amtsfreier Gemeinden in den Grenzen bestehender Ämter erfolgt, auf der anderen Seite aber im Interesse der Stärkung der Städte Umlandgemeinden eingegliedert werden sollen, dann haben wir einen solchen Fall. Dass in diesen Fällen durchgeführte Bürgerentscheide in die Entscheidungsfindung einfließen, ist eine Selbstverständlichkeit.

Neben diesen gibt es aber noch andere Aspekte, die auch Beachtung finden müssen. Dies sind Fragen wie: Besteht eine enge bauliche Verflechtung? Durch welche Variante der Eingliederung wird die Erfüllung der Aufgaben erleichtert bzw. verbessert? Ist für die Entwicklung einer Stadt eine Erweiterung ihres Gebietes erforderlich?

Meine Damen und Herren, wir alle werden in absehbarer Zeit in einem wohl überlegten Abwägungsprozess diese Faktoren gegeneinander gewichten müssen, nämlich dort, wo der Gesetzgeber gefordert ist. Ich möchte mir die Zeit nehmen, Entscheidungen von solcher Tragweite mit entsprechender Sicherheit zu treffen. Das billigen wir auch der Landesregierung zu. Aber es würde unserem Vorhaben sicherlich noch besser bekommen, wenn wir uns alle mit populistischen Meinungsäußerungen über

die Presse etwas zurückhalten würden. Wenn ein Abgeordneter unseres Koalitionspartners die Grenze jugendlichen Leichtsinns mehr als einmal weit überschreitet, nur um seinen Namen in der Zeitung zu sehen, so ändert auch das nichts an unserem gemeinsamen Eintreten für diese Reform.

(Beifall bei der SPD - Heiterkeit und Beifall bei der PDS)

Es ist unsere Aufgabe, aus der Perspektive der Entwicklung des gesamten Landes Brandenburg sachgerechte Lösungen zu finden. Wir können uns dieser Aufgabe nicht einfach dadurch entledigen, dass wir einem der vielen Aspekte Vorrang einräumen.

Ich bitte Sie, den Antrag der Fraktion der PDS aus diesen Gründen abzulehnen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an den Abgeordneten Claus. Er spricht für die DVU-Fraktion.

Claus (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Wir als DVU-Fraktion werden uns bei der Abstimmung über den vorliegenden Antrag der PDS-Fraktion der Stimme enthalten, es sei denn, die antragstellende Fraktion ist dazu zu bewegen, Ziffer 1 ihres Antrages neu zu fassen. Ich begründe das kurz.

Wir halten die gemäß Ziffer 1 Ihres Antrages beabsichtigte Fristsetzung für Entscheidungen des Innenministers über Gemeindezusammenschlüsse von einem Monat zumindest für zu starr. Aus unserer Sicht kann es sich bei diesen Entscheidungen durchaus um solche komplexer Natur und nicht nur um solche auf der Grundlage formeller Aspekte handeln. Wir alle wissen, dass es in laufenden Verfahren dafür keinen starren zeitlichen Rahmen geben kann. Die Verfahren können durchaus unterschiedlich ablaufen, es kann zu Rückfragen, zum Nachreichen von Unterlagen und dergleichen mehr kommen. Ganz abgesehen davon überrascht uns der Eifer, mit dem ausgerechnet Sie, meine Damen und Herren von der PDS-Fraktion, sich hier für ein zügiges Verfahren einsetzen.

Natürlich - daran gibt es keinen Zweifel - haben die Gemeinden sowie die Bürgerinnen und Bürger ein Interesse an und auch einen Anspruch auf eine möglichst rasche Entscheidung des Innenministers. Das ergibt sich schon aus Gründen der Rechtssicherheit. Gerade Sie von der PDS-Fraktion sind es jedoch, die sich an dieser Stelle ansonsten gegen eine Verfahrensbeschleunigung sträuben. Ich erinnere Sie nur an unsere Anträge zur Verfahrensbeschleunigung beim Flüchtlings- und Aufenthaltsrecht, die Sie allesamt abgelehnt haben. Deshalb frage ich Sie: Haben diese Menschen etwa keinen Anspruch auf rasche Entscheidungen, was ihr Recht auf Sicherheit für ihre persönliche Zukunft angeht?

Deswegen halten wir als DVU-Fraktion es für dringend erforderlich, dass die Ziffer 1 Ihres Antrages anders gefasst wird. Ich könnte Ihnen dazu ein paar Vorschläge machen, zum Beispiel folgenden:

"Der Innenminister wird dazu aufgefordert, bei Vorliegen der formellen Voraussetzungen für einen Gemeindezusammenschluss zügig über die Genehmigung zu entscheiden."

Alternativ dazu unterbreite ich Ihnen folgenden Vorschlag:

"Der Innenminister wird aufgefordert, bei Vorliegen der formellen Voraussetzungen für den Gemeindezusammenschluss in der Regel innerhalb von drei Monaten über die Genehmigung zu entscheiden."

Im Hinblick auf Ziffer 2 Ihres Antrages gilt Folgendes: Wir von der DVU-Fraktion sind nach wie vor keine Freunde oder Anhänger der Gemeindestrukturreform. Darüber haben wir bereits des Öfteren im Innenausschuss debattiert. Berechtigte Interessen der heutigen Gemeinden werden nach unserer Meinung zu wenig beachtet. Die im Gesetzeswerk der Landesregierung festgelegten Zahlen werden zu starr gehandhabt. Auch das haben wir schon öfter bemängelt. Dadurch wird insbesondere die kommunale Selbstbestimmung zu sehr eingeschränkt. Deshalb hatten wir in diesem Hause umfassende Änderungsvorschläge zu diesem Gesetzeswerk der Landesregierung unterbreitet, die diese Mängel beseitigen sollten. Dazu steht unsere Fraktion natürlich auch heute noch.

Davon abgesehen muss bei Durchführung des Reformwerkes nach Meinung unserer Fraktion aber auch folgende Regel gelten: Wer die Wahl hat, hat die Qual. Wenn also - das ist auch der Inhalt der Ziffer 2 Ihres Antrages - Gemeinden bei Einhaltung der Leitlinien der Landesregierung für freiwillige Gemeindezusammenschlüsse mehrere Möglichkeiten offen stehen, müssen diese auch wirklich die Wahl haben.

Wir meinen aber auch, dass es wegen des verfassungsmäßigen Rechts auf kommunale Selbstverwaltung völlig unangemessen ist, wenn die Landesregierung sozusagen als dritte Person ihre Vorstellungen an die Stelle des Willens der Gemeinde setzt. Deshalb sehen wir als DVU-Fraktion den Inhalt der Ziffer 2 Ihres Antrags als sinnvoll an. Ob der Antrag der PDS-Fraktion allerdings insgesamt glaubwürdig ist, steht auf einem anderen Blatt. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an den Abgeordneten Petke. Er spricht für die CDU-Fraktion.

Petke (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei der Gemeindereform in Brandenburg ist die Entwicklung der letzten Monate von Information und von Diskussion vor Ort gekennzeichnet. Sie ist des Weiteren gekennzeichnet von Transparenz und einer stellenweise sehr hohen Beteiligung an den Bürgerentscheiden. Sie ist ferner von Entscheidungen der Mehrheit der Bürger in den Bürgerentscheiden für leitliniengerechte neue Strukturen gekennzeichnet.

Der Antrag der Fraktion der PDS geht an der Sache vorbei. Der Antrag suggeriert, dass die Gemeindereform bisher kein Erfolg war. Er negiert aus meiner Sicht die Entwicklung, die wir vor Ort erreicht haben. Die Entwicklung in der Gemeindereform bewegt sich im Rahmen dessen, was wir erwartet haben. Stellenweise wurden diese Erwartungen in positivem Sinne übertroffen. Denken Sie dabei insbesondere an die Umwandlung von Ämtern in amtsfreie Gemeinden im äußeren Entwicklungsraum. Zurzeit gibt es in Brandenburg noch knapp 1 000 Gemeinden; zu Beginn der Gemeindereform waren es knapp 1 500 Gemeinden.

Der vorliegende Antrag soll den erfolgreichen Prozess der Gemeindereform torpedieren. Er ist theoretischer Natur; er hat nichts mit der praktischen Entwicklung vor Ort zu tun. Statt einer kritischen Begleitung der Gemeindereform durch die PDS-Fraktion gibt es zumindest in Teilen der PDS-Fraktion eine Totalblockade dieser Gemeindereform.

Aber es gibt auch Positives zu vermelden. Auch Vertreter der PDS vor Ort - Kreistagsabgeordnete, Gemeindevertreter, auch Bürgermeister - sind nicht dieser Meinung, die die PDS hier im Landtag vertritt. Vielmehr arbeiten sie mit, bringen ihre eigenen Lösungen ein und haben sich nicht der Totalblockade beispielsweise auch durch den Gemeindetag angeschlossen.

(Zuruf von der PDS: Sie müssten mal zuhören!)

Analysiert man die Inhalte dieses Antrages, so kommt man zu dem Schluss, dass er eine andere Gemeindeordnung anstrebt. Dieser Landtag hat eine Gemeindeordnung verabschiedet, die einen Genehmigungsvorbehalt des Ministeriums bei freiwilligen Gemeindezusammenschlüssen vorsieht. Das hatte offensichtlich gute Gründe und war Wille der Mehrheit dieses Hauses.

Wenn Sie heute fordern, den Innenminister sozusagen durch das Plenum zu binden, dann geht das an der Sache vorbei. Gegebenenfalls müssten Sie schon einen konkreteren Antrag auf Umwandlung bzw. Novellierung der jetzigen Gemeindeordnung einbringen, nicht aber einen solchen Antrag.

Im Hinblick auf die Rolle der Bürgerentscheide war uns von Anfang an klar, dass es zu einem Spannungsverhältnis und zu Zielkonflikten kommen kann. Uns war auch klar, dass diese Zielkonflikte insbesondere dort auftreten können, wo große Städte wie die kreisfreien Städte Potsdam und Cottbus im Süden unseres Landes möglicherweise das eine oder andere Auge auf eine wohlhabende oder auch weniger wohlhabende Umlandgemeinde geworfen haben könnten. Es war klar, dass es hier zu Interessenkonflikten kommen kann. Diese Interessenkonflikte sind noch nicht gelöst. Die Bürger haben zum Teil entschieden, sich nicht in die große Stadt eingemeinden zu lassen.

Bei genauerem Studium der Leitlinien finden Sie darin aber auch die Belange unserer kreisfreien Städte wieder. Heute Morgen wurde hier gesagt, das Land entwickele sich hinsichtlich seiner Bevölkerungsdichte auseinander, wir hätten im äußeren Entwicklungsraum mit Einwohnerrückgang zu kämpfen und im engeren Verflechtungsraum Einwohnerzuzug zu verzeichnen, so gibt es hierbei ein Problem, das auch unsere großen Städte betrifft. Man kann es sich auch im Hinblick darauf nicht so einfach machen und allein auf den Bürgerwillen abstellen.

Nun ganz konkret zum Antrag der PDS. Die PDS sagt, diese Gemeindereform sei ein Misserfolg, und begründet dies mit dem Hinweis, der Innenminister habe während der Freiwilligkeitsphase die angestrebte Anzahl der Gemeindezusammenschlüsse nicht erreichen können. Da wird von einer Erfolgsquote von lediglich knapp 50 % gesprochen. Es wird öffentlich davon gesprochen, dass die verbleibenden 120 Ämter vom ursprünglichen Zielpunkt weit entfernt seien. Ich weiß nicht, welchen Zielpunkt die PDS-Fraktion meint; ich weiß nur, es war nicht unser Zielpunkt.

Ich betrachte es als Erfolg, in der Freiwilligkeitsphase eine Zahl von bedeutend weniger als 1 000 Gemeinden in Brandenburg zu erreichen. Diese Zahl liegt in dem Zielkorridor, den ich mir vorgestellt hatte. Ich weiß nicht, wie die PDS öffentlich behaupten kann, die Stagnation bei 120 Ämtern stelle einen Misserfolg der Freiwilligkeitsphase dar.

Wir werden an dem bestehenden Plan festhalten. Die Freiwilligkeitsphase endet am 31. März dieses Jahres. Wir werden danach mit der Vorbereitung der Neugliederungsgesetze beginnen. Diese spannende Phase nach dem Ende der Freiwilligkeitsphase wird durch eine offene Diskussion und - das haben wir, allen voran Innenminister Schönbohm, in der Vergangenheit bewiesen - durch das notwenige Augenmaß in diesem schwierigen Prozess gekennzeichnet sein. - Vielen Dank.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke dem Abgeordneten Petke und gebe das Wort an die Landesregierung. Herr Minister Schönbohm, bitte.

Minister des Innern Schönbohm:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Kommunalreform ist bisher ein Erfolg. Wenn Sie bedenken, was sich in den letzten Monaten im Vergleich zu dem geändert hat, was sich bis dahin getan hatte, so können Sie die Reform nicht anders bewerten. Ich bedanke mich vorweg bei all denen, die dazu beigetragen haben, bei den ehrenamtlichen Bürgermeistern, den Gemeindevertretern, den Mandatsträgern, die alle erklärt haben, sie sähen ein, dass sich in unserem Lande etwas verändern müsse, und die dazu beigetragen haben, dass sich mehrere Gemeinden zu einer Gemeinde zusammenschließen. Es ist eine unglaubliche Leistung, dass jemand daran mitwirkt, dass sein Amt als Bürgermeister in das eines Ortsbürgermeisters umgewandelt wird. Damit hat er den eigenen Vorteil zugunsten des Gemeinwohls überwunden. Diesen Kommunalpolitikern schulden wir Dank.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe gerade ein Gespräch mit Amtsdirektoren über einen Sonderfall gehabt, bei dem es genau um die Frage ging, die Sie, Herr Sarrach, hier ansprachen: Wie schnell soll eigentlich eine Entscheidung getroffen werden? Zu mir kommen Leute und sagen: Um Gottes willen, treffen Sie nicht die Entscheidung, die das und das bedeutet.

Mich hat überrascht, dass Sie in Ihrem Beitrag nicht darauf hingewiesen haben, dass es hier um einen komplizierten Abwägungsprozess geht. Wir wollen nicht heute Entscheidungen treffen, die wir übermorgen ändern müssen, sondern solche, die langfristig Bestand haben. Bisher ist mir weder von der PDS noch von sonst jemandem der Vorwurf gemacht worden, dass ich entscheidungsunfähig oder nicht entscheidungsfreudig sei. Vielmehr ist mir häufig vorgeworfen worden, ich würde zu schnell entscheiden. Wir entscheiden mit Augenmaß und an der Sache orientiert. Insoweit zeigt Ihr Antrag, dass Sie gar nicht begriffen haben, worum es eigentlich geht.

In 90 % aller Fälle, die bisher zu Gemeindezusammenschlüssen geführt haben, waren die Vorschläge leitliniengerecht. Daher konnte ihnen sehr schnell entsprochen werden - auch auf der Basis der Bürgerentscheide.

Nun haben Sie den Antrag gestellt, innerhalb von vier Wochen müsse entschieden werden. Erkundigen Sie sich einmal in den Stadtverwaltungen, in denen Sie Verantwortung tragen, wie lange man braucht, um eine Tür oder auch nur eine Fensterscheibe in einer Schule auszuwechseln. Machen Sie die Verwaltung dort, wo Sie Verantwortung haben, zu einem Dienstleistungsbetrieb. Wo ich Verantwortung habe, will ich es tun. Aber, Herr Sarrach, verwechseln Sie das bitte nicht mit weitreichenden politischen Entscheidungen, um die es in diesem Zusammenhang geht.

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister, sind Sie bereit, eine Frage zu beantworten?

Minister Schönbohm:

Gerne, ja.

Präsident Dr. Knoblich:

Bitte sehr.

Sarrach (PDS):

Herr Minister, haben Sie auch erkannt, dass es sich um Zweifelsfälle handelt, dass Gemeinden wie Golm schon vor über einem Jahr einen Antrag gestellt haben, dass Sie in anderen Fällen in drei Tagen über einen Antrag entschieden haben, dass die Freiwilligkeitsphase noch zwei Monate dauert und dass Sie daher in der Lage sein müssten, nach einem Jahr Prüfung zu Golm innerhalb weniger Tage eine Entscheidung zu treffen?

Minister Schönbohm:

Herr Kollege Sarrach, Ihre Frage ist so lang, dass ich fast zum Stift gegriffen hätte. Lassen Sie mich die Frage kurz beantworten. Sie gehen von einem falschen Sachverhalt aus. Der Antrag der Gemeinde Golm ist von dem dafür zuständigen Landkreis Anfang Dezember vorgelegt worden. Der Vorgang ging am 14. Dezember bei uns ein und die Entscheidung ist am 18. Dezember getroffen worden. Dass die Gemeinde Golm diesen Weg gehen wollte, weiß ich seit längerer Zeit. Aber wir arbeiten in folgender Weise - das ist Ihnen als erfahrenem Innenpolitiker bekannt -: Wenn eine Gemeinde eine Entscheidung trifft, lese ich davon in der Zeitung. Dann gibt es im Hinblick auf diese Entscheidung einen Vorgang, der vom zuständigen Landkreis mit einer Empfehlung meinem Hause vorgelegt wird. Diesen

Vorgang hatten wir, wie gesagt, seit dem 14. Dezember in unserem Hause und ich habe aus den Ihnen bekannten Gründen am 18. Dezember entschieden.

Lassen Sie mich an dieser Stelle einen Einschub machen, da Sie aus einem Brief zitiert haben, den ich als Parteivorsitzender geschrieben habe. Zunächst einmal frage ich mich auch unter dem Aspekt des Datenschutzes, wie Sie in den Besitz des Briefes gekommen sind, ob Sie ihn sich mit subtilen Mitteln beschafft haben oder ob er Ihnen gezielt zugespielt worden ist. Wie auch immer, in diesem Brief stehen auch noch andere Dinge, aus denen hervorgeht, dass es bei der Zuordnung von Golm und von Töplitz einen Interessenkonflikt gibt. Auf diesen Interessenkonflikt werde ich gleich eingehen.

Aber mit Ihrem Antrag verlangen Sie noch etwas anderes: Im Grunde genommen wollen Sie, dass die vom Parlament verabschiedete Gemeindeordnung außer Kraft gesetzt wird. In der Gemeindeordnung ist nämlich präzise beschrieben, welche Funktion ein Bürgerentscheid hat. Nicht der Innenminister entscheidet nach Gutsherrenart, sondern letztlich entscheiden Sie, der Gesetzgeber. Der Innenminister kann einem solchen Antrag nur zustimmen oder ihn ablehnen.

Wenn Sie sich einmal im Einzelnen mit der Gemeindeordnung befassen, werden Sie sehen, wie schwierig es auch für den Gesetzgeber ist, im Rahmen eines Gesetzgebungsaktes Gemeinden zusammenzuführen. Dafür muss zuvor eine Vielzahl von Fragen beantwortet werden. Dies geht nicht aus der Hüfte. Darum ist Ihr Ansatz im Grunde genommen falsch.

Es geht um die Abwägung, was für das Gemeinwohl am besten ist. Dazu kann man unterschiedlicher Auffassung sein. Die Bürger, die sich in dieser Frage entschieden haben, haben ihren Willen kundgetan. Das ist ein wichtiger, aber nicht der alleinige Punkt der Entscheidung. Aus diesem Grunde bin ich auch überrascht, dass Sie sich - man merkt doch, dass Sie sehr auf Potsdam fixiert sind - auf die Gemeinden Golm und Töplitz und das Amt Neuhausen beziehen. Es gibt noch viele andere Beispiele in Brandenburg. Sie nennen aber nur diejenigen, von denen Sie glauben, dass sie im Wahlkampf noch eine Rolle spielen. Ich sage Ihnen: Im Bürgermeisterwahlkampf wird das keine Rolle spielen. Es geht darum, wie wir zu sachgerechten Entscheidungen kommen, und daran können Sie ja mitwirken.

Im Zusammenhang mit den Gemeinden Golm und Töplitz sowie dem Amt Neuhausen (Spree) rufe ich noch einmal die Leitlinien in Erinnerung, damit Sie die Schwierigkeiten erkennen, die mit dem Abwägungsprozess auftreten. Es heißt darin:

"Die Gemeindestrukturreform soll auch einen Beitrag zur Lösung oder zumindest Milderung der Stadtumlandprobleme im Umfeld kreisfreier und großer amtsfreier Städte und Gemeinden leisten."

Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass wir uns damit auseinander setzen. Weiter heißt es:

"Eine Eingliederung von Umlandgemeinden kommt in Betracht, wenn die anzustrebende Entwicklung einer Stadt die Erweiterung des Gebiets erfordert oder die gemeinsame Erledigung einer Mehrzahl wichtiger Verwaltungsaufgaben erforderlich ist oder wird. Daneben steht das Ziel, eine Neugliederung möglichst in den Grenzen der bestehenden Ämter durchzuführen."

Hieran erkennen Sie das Spannungsverhältnis, mit dem wir uns auseinander zu setzen haben.

Ich möchte noch auf einen letzten Punkt eingehen.

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister, Sie überschreiten jetzt die vereinbarte Redezeit.

Minister Schönbohm:

Dann verzichte ich darauf, einen letzten Punkt vorzutragen, und werde schriftlich mitteilen, wie Bürger darüber denken, nämlich anders als Sie von der PDS. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Wir sind am Ende der Rednerliste. Ich schließe die Aussprache. Wir kommen zur Abstimmung.

(Dr. Hackel [CDU]: Ist namentliche Abstimmung beantragt?)

- Es ist namentliche Abstimmung beantragt. Wünschen Sie dazu das Wort?

Dr. Hackel (CDU):

Herr Präsident, ich bitte angesichts der Tatsache, dass hier namentliche Abstimmung beantragt worden ist, darum, über die Punkte 1 und 2 getrennt abstimmen zu lassen.

Präsident Dr. Knoblich:

Wir sind jetzt insofern in einer etwas unübersichtlichen Situation, als namentliche Abstimmung bereits beantragt worden ist. Sie muss bis zum Ende der Aussprache schriftlich beantragt sein. Wenn die Abstimmung jetzt geteilt würde, hätten wir zwei Abstimmungen, und ich bin unsicher, ob dann zum Punkt 1 oder zum Punkt 2 namentlich abgestimmt werden soll. Wäre es im Sinne der Fraktionen, auf eine namentliche Abstimmung zu verzichten und dafür über die Punkte 1 und 2 getrennt abzustimmen?

(Fritsch [SPD]: Zusammen abstimmen!)

- Der Antrag auf Teilung der Abstimmung ist absolut zulässig. Insofern werde ich getrennt abstimmen lassen. Meine Frage an Sie lautet, worüber dann namentlich abgestimmt werden soll.

(Frau Dr. Enkelmann [PDS]: Beide Punkte namentlich!)

- Ich kann nur einmal namentlich abstimmen lassen.

Wir sind hier in einer etwas unglücklichen Geschäftsordnungssituation, weil die namentliche Abstimmung bis zum Ende der Aussprache beantragt werden muss, andererseits vor der Abstimmung eine Teilung beantragt werden kann. Damit sind beide Anträge nicht zu synchronisieren.

(Zuruf von der CDU: Das Verfahren ist nicht leitliniengerecht! - Heiterkeit bei CDU und SPD)

Ich frage noch einmal: Würden Sie auch auf eine namentliche Abstimmung verzichten?

(Dr. Hackel [CDU] meldet sich zur Geschäftsordnung.)

- Herr Abgeordneter Dr. Hackel.

Dr. Hackel (CDU):

Herr Präsident, ich mache einen Vorschlag zur Güte. Wir stimmen nicht über beide Punkte getrennt ab, aber ich erlaube mir die Ankündigung, nach der Abstimmung eine persönliche Erklärung abzugeben.

Präsident Dr. Knoblich:

Das ist geschäftsordnungsgemäß und dagegen gibt es keine Einwände. Ich glaube, damit kommen wir am ehesten zu einem Konsens. Das entspricht absolut dem Ansinnen, wie es die beantragende Fraktion vorgetragen hat. - Ich bedanke mich.

Ich bitte die Schriftführer, die Namenslisten vorzubereiten. - Sie, verehrte Abgeordnete, bitte ich um Ruhe und Disziplin und darum, dass Sie nach Ihrem Namensaufruf klar und deutlich votieren, sodass wir Ihr Votum korrekt notieren können. - Bitte sehr.

(Namentliche Abstimmung)

Hat jemand der anwesenden Abgeordneten noch keine Gelegenheit gehabt zu votieren? - Dies scheint nicht der Fall zu sein. Dann schließe ich die Abstimmung und bitte um einen Moment Geduld für die Auszählung.

Ich gebe Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu der Drucksache 3/3781 bekannt: Für den Antrag stimmten 18 Abgeordnete, dagegen 41; es gab 7 Stimmenthaltungen. Das bedeutet, dass der Antrag mehrheitlich abgelehnt worden ist.

(Abstimmungslisten siehe Anlage S. 3359)

- Nun erteile ich Herrn Dr. Hackel das Wort.

Dr. Hackel (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist wohl nicht schwer zu erraten, warum ich mich - neben anderen Kolleginnen und Kollegen - bei der Abstimmung zu diesem Antrag der Stimme enthalten habe. Der Antrag ist derart, dass im Grunde genommen dem Teil unter Nr. 1 sinnvollerweise nicht zustimmt werden kann, dem Teil unter Nr. 2 sinnvollerweise aber zugestimmt werden muss, wenn man die Verfassung dieses Landes, die Gesetzgebung und das Demokratieverständnis schlechthin nur einigermaßen ernst nehmen will.

(Vereinzelt Beifall bei der PDS und des Abgeordneten Schuldt [DVU])

Aus diesem Grunde freue ich mich, dass ich diese Erklärung nicht nur in meinem eigenen Namen abgebe, sondern auch im Namen der beiden SPD-Kollegen Freese und Woidke, die mir ausdrücklich gesagt haben, dass ich das erwähnen soll. Das tue ich gern.

Aber ich möchte gern noch eine ganz kurze Begründung dazu geben: Der Innenminister hat eben gesagt, dass unter demokratischen Prinzipien dieses letzten Endes ein Punkt der Entscheidung sei. Das ist richtig. Aber es ist der wichtigste Punkt der Entscheidung dann, wenn alle anderen Punkte der Leitlinien erfüllt sind. Das ist zum Beispiel bei Golm der Fall.

Aus diesem Grunde muss ich mich anders verhalten, als das von anderen verlangt wird. Denn ich bin von den Bürgern dort gewählt worden. Insofern nehme ich das ernst.

Ich möchte noch eine zweite Bemerkung anschließen: Wenn der Landesvorsitzende der SPD der Meinung ist, er müsse in Golm auftreten, er in Golm dann aber, obwohl er mehrmals aufgetreten ist, keine Mehrheiten findet, sich 80 % der Golmer Bürger gegen den Oberbürgermeister von Potsdam aussprechen und sich dann ...

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Abgeordneter, die Redezeit steht Ihnen zur Verfügung, um Ihr Stimmverhalten zu erklären, aber nicht dafür, Kommentierungen abzugeben über irgendeinen Sachverhalt.

Dr. Hackel (CDU):

Ja. Aber eine Begründung für mein Stimmverhalten darf ich geben und deswegen möchte ich noch einmal sagen, dass sich auch der Vorsitzende der SPD-Landespartei an die einfachsten Demokratieregeln halten sollte und den Willen der Bürger in Golm zu akzeptieren bereit sein müsste.

(Beifall bei CDU und DVU - Freese [SPD]: Wie der Innenminister, dann sind wir uns wieder einig!)

Präsident Dr. Knoblich:

Ich schließe Tagesordnungspunkt 7 und rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Bericht über die Anordnung von Landesstatistiken gemäß § 7 Abs. 5 des Brandenburgischen Statistikgesetzes (BbgStatG)

Bericht des Ministers des Innern

Drucksache 3/3756

Da vereinbart worden ist, auf eine Debatte zu verzichten, ist der Bericht des Innenministers damit zur Kenntnis genommen. Ich schließe Tagesordnungspunkt 8 und rufe **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Jugend im ländlichen Raum

Große Anfrage 29 der Fraktion der PDS

Drucksache 3/3055

Antwort der Landesregierung

Drucksache 3/3501

Außerdem liegt Ihnen dazu ein Entschließungsantrag der Fraktion der PDS in der Drucksache 3/3803 vor.

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der anfragenden Fraktion. Bitte, Herr Abgeordneter Hammer.

Hammer (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der berlin-brandenburgische Dichter Klabund, eigentlich: Alfred Henschke, sprach einmal in Bezug auf Goethe von den zwei Seelen im Menschen, von denen die eine ihn in die ewige Heimat und die andere ihn auf die ewige Wanderschaft locke. Das ist ein alter menschlicher Konflikt und unumstößliche Antworten darauf gibt es nicht. Ich selbst bin ein schlechter Werbeträger für Sesshaftigkeit, zog es mich doch schon in meine, zugegebenermaßen kleine Welt, weil ich meinen Traumberuf Schiffbauer nicht in Frankfurt (Oder) lernen konnte. Aber ich hatte damals eine reale Chance, meinen Traumberuf zu erlernen, so wie andere junge Menschen meiner Generation die Chance hatten, ihren Traumberuf in meiner Heimatstadt zu erlernen, und zwar zum Beispiel im Bereich Mikroelektronik.

Vor diesem Hintergrund lese ich in den Antworten der Landesregierung zu unseren Fragen Folgendes: Wanderungsbewegungen sind selbstverständlicher Teil einer freiheitlichen Gesellschaft. - Noch einmal: Wanderungsbewegungen sind selbstverständlicher Teil einer freiheitlichen Gesellschaft. - Das ist interessant. Warum streiten wir uns eigentlich um Migration und Immigration? Warum suchen wir kleinlich herum in Asylgründen von politischer bis hin zu sexistischer Verfolgung? Warum bewerten wir Wanderung, Entfremdung, Entwurzelung außerhalb unserer Staatsgrenzen anders als innerhalb? Warum akzeptieren wir eine destruktiv nachzeichnende Sprache, die solche Blüten treibt wie "Entleerungsraum", "dünnere Schülerjahrgänge", "Wanderungssaldo" oder eben auch "Mobilitätsprämie"? Ist das alles freiheitlich?

Wer Destruktion und Ohnmacht an den Freiheitsbegriff bindet, der handelt fahrlässig, indem er den Begriff der Freiheit entwertet. In diesem Parlament ist es längst zu einer theoretischen Größe geworden, dass der Ausgestaltung von dezentralen Wirtschaftsräumen künftig eine große Bedeutung zukommen wird. Aber realpolitisch hat diese Einigkeit kaum Auswirkungen. Wenn wir die gesellschaftliche Situation stabilisieren wollen, wenn wir den viel beschworenen sich selbst tragenden Wirtschaftsaufschwung organisieren wollen, dann ist Stabilität in der Jugendpolitik und insbesondere im Bereich der Arbeit für Jugend nicht nur ein wichtiger Indikator, sondern auch ein Grundpfeiler erfolgreicher Politik. Auch wenn Sie das nicht gern hören, muss ich Ihnen sagen,

dass andere ostdeutsche Bundesländer da besser sind als wir, nämlich Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, und vielleicht gehört auch bald Berlin dazu.

Wir haben die Landesregierung gefragt, wie viele Jugendliche nach Abschluss der Schule in den letzten fünf Jahren in ihrem jeweiligen Landkreis keinen Ausbildungsplatz bekommen konnten. Die Antwort lautet unter anderem, dass die Ausbildungsbiografie der Schulabgänger statistisch weder verfolgt noch nachgezeichnet werden kann. Klasse! Abgesehen davon, dass es auch Schulabgängerinnen, also Mädchen, gibt, habe ich als Sozialarbeiter noch heute so manche Ausbildungsbiografie im Blick. Weil das so ist, gestatte ich mir auch zu verallgemeinern. Ganz allgemein sage ich: Antworten dieser Art sind, wenn ich mich in der Wahl des Ausdrucks disziplinieren soll, unzureichend.

Dabei hat die PDS-Fraktion die Anfrage zum Thema "Jugend im ländlichen Raum" unter anderem deshalb gestellt, weil in diesem Landtag viel von Evaluation die Rede ist. Über die Chance hinaus, das Bedingungsgefüge, das Jugendliche auf dem Lande kennen oder unter dem sie leben, vorzustellen, hätten Regierung und Verwaltung umfassende Ergebnisse von Evaluation der eigenen Arbeit vorstellen können. Wann, wenn nicht bei solchen Gelegenheiten?

Für uns von der PDS-Fraktion stehen ganz praktische Fragen im Vordergrund, etwa die Frage, welche Bedingungen Jugendliche auf dem Lande brauchen, und vor allem die Frage, was wir tun müssen, damit die Jugendlichen dort bleiben. Mobilität in großem Stil ist zu einem Muss geworden. Dass Menschen ihrem Arbeitsplatz hinterherziehen, ist nichts Neues. Neu ist die Qualität, neu ist die Einseitigkeit der Richtung, in der sie erfolgt. Viele junge Menschen wandern von Ost nach West. Dies übrigens im Unterschied zu den Führungskräften.

Gerade für die Entwicklung der Regionen in ganz Europa sind große Ballungsräume im Westen, die eine riesige Sogwirkung entwickeln, völlig destruktiv. Es kann nicht dem europäischen Gedanken dienen, dass Arbeitskräfte, egal, aus welchen Regionen, eine frei verfügbare Masse sind, die je nach Standorterfordernissen frei zirkuliert. Das ist im Augenblick für zentralisierte Produktion ausgesprochen günstig, aber in unseren Augen hat aber genau diese Zentralisation in absehbarer Zeit ihre Grenzen erreicht. Über die Dialektik von Zentralisation/Dezentralisation habe ich schon gesprochen. Hierbei scheint mir der Grad der Erkenntnisse im Wirtschaftsministerium ausgeprägter zu sein als im Arbeitsministerium. Es wäre gut, Klarheit darüber zu haben, dass hier die eine Hand weiß, was die andere tut.

Wenn wir uns die Tabellen in der Anlage 6 und dort die den Wegzug der Jugendlichen im Alter von 18 bis 25 Jahren betreffenden Zahlen anschauen, dann können wir nur erschrecken. Hier steht schwarz auf weiß, was wir alle ahnen oder wissen, was wir zum Beispiel an den leeren Fensterhöhlen in brandenburgischen Städten und Dörfern sehen können. Den Abwanderungssalden - das ist nicht mein Begriff - von 22 % bis 27 % stehen Zuwanderungssalden von 14 % bis maximal 22 % gegenüber. In jedem Fall macht der Unterschied mindestens 5 % aus. Hier müssten auf Landes- und Bundesebene die Alarmglocken läuten. Aber der Trend wird uns für normal erklärt oder einfach ignoriert. Tatsächlich wird dadurch das Entwicklungspotenzial für die kommenden Generationen im ländlichen Raum auf lange Zeit unterhöhlt. Klar ist, dass es regionale Unterschiede gibt. Trotzdem muss Politik

versuchen, Wirkungsmechanismen zu analysieren mit dem Ziel, die Entwicklung umzudrehen.

Auch hier sind manche Antworten der Landesregierung auf unsere Fragen nicht ausreichend. So heißt es in den Antworten zum Beispiel, dass die Landesregierung im Bereich der Jugendförderung auch künftig die besonderen Probleme dünn besiedelter Regionen berücksichtigen werde. Hier wollen wir die Maßnahmen kennen lernen. Das beginnt bei der Förderung des Hierbleibens, findet seine Fortsetzung beim Fördern regionaler Bindungen und endet nicht beim Wecken von Interesse für die Berufe in der Region. Konzepte für das Bleiben und ein tiefes Verständnis für die Potenziale regionalen Wirtschaftens haben direkt etwas miteinander zu tun.

Aus den Antworten der Landesregierung geht hervor, in welchen Regionen das Ausbildungsangebot immer knapper wird. In den gleichen Regionen wird es auch für die Unternehmen immer enger. Deshalb werben wir übrigens seit Jahren für eine Ausbildungsumlage. Wer ausbildet, soll belohnt werden, wer nicht ausbildet, soll zur Kasse gebeten werden. Es ist kein Wunder, dass gerade Jugendliche aus dem ländlichen Raum in stärkerem Maße in eine überbetriebliche Ausbildung drängen; denn es fehlen einfach betriebsnahe Ausbildungsplätze.

Gravierend sind die Unterschiede zwischen Stadt und Land, was die allgemeine Hochschulreife betrifft. In den kreisfreien Städten beträgt die Quote im Durchschnitt circa 45 %, in Märkisch-Oderland liegt sie bei 24,9 % und in Elbe-Elster - das ist der beste Wert - bei 32,3 %. Wir alle gehen doch davon aus, dass die Schülerinnen und Schüler auf dem Lande nicht dümmer sind als die in der Stadt. Also ergibt sich sofort die Frage, wie es mit der Chancengleichheit auf dem Lande aussieht.

Die genannten Differenzen finden ihre Fortsetzung bei der Berufswahl, beim Einkommen und bei anderen Entwicklungspotenzialen.

Ähnliche Tendenzen stellen wir auch am anderen Ende der Leistungspyramide fest. Im Durchschnitt 8,1 % Schulabgänger ohne Berufsbildungsreife sind eine erschreckende Tendenz. Weit darüber liegen die Prignitz, die Uckermark und das Havelland. Mit Brandenburg (Havel) ist auch die erste kreisfreie Stadt im Strudel. Spätestens jetzt wäre es an der Zeit, die komplexen Ursachen dafür zu erforschen.

Über das Freizeitverhalten und die Freizeitangebote haben wir in diesem Parlament gesprochen. Der Landesjugendplan ist der Koalitionsvereinbarung zum Trotz gekürzt worden. Das 610-Stellen-Programm hat nach Aussagen der Camino-Studie noch deutliche Reserven.

Fazit: Das prinzipielle Problem bei der Beantwortung unserer Anfrage ist: Die Analysen sind absichtsvoll schwach gehalten, vor allem auf den Gebieten, auf denen Jugendliche im ländlichen Raum klar benachteiligt sind. Es gibt kaum Bewertungen, geschweige denn Würdigungen dessen, was durch Vereine und Verbände geleistet wird. Es sind ständig Kettenreaktionen anhand der Antworten nachvollziehbar, ohne dass ein Gestaltungswillen der Regierung erkennbar wird. Manche Antworten sind fahrlässig, zum Beispiel die bereits zitierte Antwort auf die Frage 25, die Ausbildungsbiografien betreffend. Das Problem der Infrastruktur wird nicht als Ganzes gesehen. Die Berücksichtigung der dezen-

tralen Wirtschaftsräume als die Voraussetzung für Arbeit und Arbeitsförderung im ländlichen Raum ist unterentwickelt.

Wir werden also auch in Zukunft noch genügend Gründe haben, immer wieder auf dieses Thema zurückzukommen. - Schönen Dank

(Beifall bei der PDS)

Präsident Dr. Knoblich:

Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, begrüße ich herzlich Vertreter der 11. Jahrgangsstufe aus dem Gymnasium von Michendorf. Herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Das Wort erhält die Abgeordnete Redepenning. Sie spricht für die SPD-Fraktion.

Frau Redepenning (SPD):

Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Werte Gäste! Die PDS stellte am 17.07.2001 eine Große Anfrage zur Jugend im ländlichen Raum, welche darauf abzielte, die Zukunft der nachfolgenden Generation zu erfragen, da laut Wortlaut "die Zukunft für die Jugendlichen mit der Veränderung der gesamten Wirtschaftsstruktur nahezu aussichtslos und prekär ist". Da die Anfrage sehr breit gefächert ist, wird auf die Thematik Jump, Ausbildungsplätze sowie Arbeitslosigkeit mein Kollege Müller zu sprechen kommen.

Überraschend positiv ist für mich die Antwort der Landesregierung auf die Frage nach der demografischen Entwicklung. Bis 2004 wächst laut Aussage der Landesregierung der Bevölkerungsanteil der 16- bis 25-Jährigen. Sie deutet an, dass die demografische Entwicklung ab 2010 für die wirtschaftliche und soziale Zukunft des Landes schwierig wird. Meine Damen und Herren, wenn dies bereits jetzt erkannt wird, besteht auch noch die Möglichkeit, gegenzusteuern und zu handeln. Dies sollten wir gemeinsam tun.

Dabei werden von der Landesregierung Beispiele dafür genannt, wie man auf die sinkenden Schülerzahlen reagieren kann: mit kleineren Grundschulstandorten, mit Einzügigkeit und mit kleinen Grundschulen, und dies alles bei angemessener Berücksichtigung regionaler Besonderheiten bei Entscheidungen über die Standortsysteme im Grundschulbereich als Selbstverwaltungsaufgabe. Dies lässt Flexibilität der Schule im ländlichen Raum zu und gibt die Möglichkeit, sich der jeweiligen veränderten Situation anzupassen.

Bei den Sekundarstufen I und II ist jedoch klar, dass keine Aufsplitterung der Schulsysteme möglich ist. Daher muss hier mit Schließungen gerechnet werden, und dies in nicht unerheblichem Maße.

Dass die Ganztagsschulen, die mit ihren Angeboten vorhanden sind, erweitert werden müssen, ist allein schon der PISA-Studie geschuldet. Die Problematik der Ganztagsschulen wird auch im Arbeitskreis für Bildung meiner Fraktion wieder auf der Tagesordnung erscheinen. Dabei wird erneut über eine eventuelle Erweiterung nachgedacht werden.

Berufliche Schulen sind im ländlichen Raum kaum gefährdet.

Dies ist für die Zukunft eine Größe, auf die wir bauen können.

Zur Sozialarbeit an den Schulen muss eindeutig gesagt werden, dass ein Mangel an Daten besteht. Wenn auch, wie beschrieben, viele auf AB- und SAM-Stellen beschäftigt sind, ist doch eine dynamische Entwicklung mit diesen Zahlen nicht mehr belegbar. Man sollte vielleicht darüber nachdenken, ob nicht eine Vernetzung der Institutionen in den Landkreisen auf freiwilliger Basis eine regelmäßige Datenerhebung ermöglichen würde. Dies könnte sofort geschehen, da das Landesjugendamt die Zahlen auch im Landesjugendbericht fortschreibt.

Doch gleichzeitig wiederhole ich meine Kritik. Wir haben erstmalig in den Landesjugendplan eingegriffen, aber dies sollte einmalig gewesen sein, und zwar trotz schwieriger Haushaltslage; denn hier geht es schließlich um unser aller Zukunft.

Das 610-Stellen-Programm wird sehr gut angenommen. Hier sollten die Kommunen auch weiterhin eine Aufgabe zur Prüfung und eventuellen Erweiterung haben.

Die Entwicklung des sozialen, kulturellen und wertorientierten Lernens im ländlichen Raum kann durchweg als positiv betrachtet werden. Dies kann ich auch aus eigener Erfahrung mit der Landjugend bestätigen. Es gibt sehr viel ehrenamtliches Engagement, ohne das viele Projekte gar nicht ausführbar wären, da zum Teil personell unterbesetzt gearbeitet wird.

Zur Auswertung der Projekte für junge Leute in berlinfernen Räumen gibt es in der Antwort eine ausführliche Aufzählung, die eine große Vielfalt aufweist. Dabei werden genannt: Projekte zur Jugendarbeit im ostdeutschen ländlichen Raum, das Bundesmodellprojekt "Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten", die Initiative "Jugend ans Netz" und vieles andere mehr. Hier brauchen wir uns nicht zu verstecken, da ist sehr viel geschehen.

Der häufige Personalwechsel in Einrichtungen durch die Vergabe von AB- und SAM-Stellen im Jugendsozialbereich muss hier kritisiert werden. Die Mitarbeiter werden ständig mit neuen Problemen konfrontiert, aber eine richtige Qualifizierung, die dynamisch durchgeführt werden müsste, ist durch diese Art der Vergabe nicht gewährleistet. Hilfen in Form von ABM und SAM sind sicherlich richtig und gut. Aber damit wird den tatsächlichen Bedürfnissen der Einrichtungen nicht in vollem Umfang Rechnung getragen; dort bestehen zum Teil große Unsicherheiten, weil nicht klar ist, wie die personelle Ausstattung im jeweils nächsten Jahr sein wird.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass die Landjugend auch in der internationalen Jugendarbeit zum Beispiel mit Polen qualitativ Hervorragendes leistet. Gerade für Jugendliche, die sich in der Umbruchphase befinden, ist es wichtig, auf Kontinuität bauen zu können und nicht einem ständigen Wechsel ausgesetzt zu sein.

Als Anstoß zum Nachdenken noch Folgendes: Der Kinder- und Jugendbericht, durch den wir mit dem entsprechenden Zahlenmaterial konfrontiert werden, wird demnächst wieder erscheinen. Ich halte den Berichtszeitraum von vier Jahren für zu lang. Vielleicht sollte man sich auf einen zweijährlichen Bericht verständigen. Ich meine, wer die Antworten auf die Große Anfrage gelesen und das statistische Material studiert hat, wird mir darin nur zustimmen können. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und PDS)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort erhält die DVU-Fraktion. Für sie spricht die Abgeordnete Fechner.

Frau Fechner (DVU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die PDS-Fraktion hat sich die Mühe gemacht und eine Große Anfrage über die Jugend im ländlichen Raum erarbeitet. Diese Anfrage umfasst viele Themenbereiche. Das reicht über längst schon veröffentlichte statistische Daten und Fakten bis hin zu allgemeinen Fragen, zum Beispiel wie das Tätigkeitsfeld eines Amtsjugendsozialarbeiters fachlich bewertet wird und welche Aufgaben ihm zugeordnet sein sollten.

Viele neue Erkenntnisse hat die Beantwortung dieser Großen Anfrage nicht gebracht; denn festgestellt wurde unter anderem, dass der Anteil der jugendlichen Sozialhilfeempfänger steigt, dass die Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen erschreckend hoch ist, dass viele Jugendliche die Mobilitätsprämien in Anspruch genommen haben und weggezogen sind, dass es überdurchschnittlich viele jugendliche Langzeitarbeitslose im ländlichen Raum gibt usw., also all das, was seit langem schon bekannt ist. Interessant wäre vielleicht die Frage nach dem Sucht- und Kriminalitätsverhalten der Landjugend gewesen. Möglicherweise greift die PDS-Fraktion diesen Hinweis ja auf und stellt demnächst eine Große Anfrage zum Suchtverhalten der Landjugend.

Meine Damen und Herren, wirklich neue Erkenntnisse hat die Antwort auf diese Anfrage also nicht gebracht. Auch die Antwort auf die Frage 48, welche Vorstellungen die Landesregierung hat, um einem Auseinanderklaffen der Lebensbedingungen für junge Menschen im so genannten Speckgürtel einerseits und in den berlinfernen Regionen andererseits entgegenzusteuern, ergibt nichts Neues. Die Landesregierung teilt auf die Frage sinngemäß mit, dass sich das Auseinanderklaffen der Lebensbedingungen erst dann beseitigen lässt, wenn sich die wirtschaftliche Situation im ländlichen Entwicklungsraum deutlich verbessert hat. So lange ist die Lebenssituation junger Menschen so zu gestalten, dass sie auch unabhängig von den geringeren Erwerbsmöglichkeiten als positiv und attraktiv angesehen wird.

(Oh! bei der SPD)

- Ja, das klingt doch sehr Erfolg versprechend.

Einen Hinweis noch an die Beantworter der Großen Anfrage. Richtigerweise wurde bei der Beantwortung der Frage 7 festgestellt:

"Im Ergebnis lässt sich feststellen, dass das Verhältnis von Angebot an Berufsausbildungsstellen und Nachfrage von Bewerbern und Bewerberinnen am schlechtesten in den ländlichen Regionen ist."

Ja, das hat die Landesregierung richtig erkannt und sie benennt auch gleich eine Ursache. Sie schreibt wörtlich:

"Ursächlich hierfür dürfte die geringe Zahl der Ausbildungsbetriebe bzw. ausbildungsgeeigneten Betriebe in den peripheren Regionen des Landes sein."

Meine Damen und Herren der Landesregierung, das dürften nicht nur die Ursachen sein, sondern das sind die Ursachen. Doch solange Sie Schwierigkeiten haben, die Ursachen zu erkennen - damit meine ich auch die tiefer liegenden Ursachen, zum Beispiel Ihre total verfehlte Wirtschaftspolitik -, wird sich in diesem Lande nichts ändern.

Noch ein paar Worte zum Entschließungsantrag der PDS. Sie möchten einen Bericht über die Ursachen und sozialen Auswirkungen der hohen Jugendarbeitslosigkeit haben. Meine Damen und Herren von der PDS, dafür brauche ich keinen Bericht. Ich brauche nur durch die Straßen Brandenburgs zu gehen, dann erkenne ich die Ursachen und sehe auch die Auswirkungen.

Des Weiteren möchten Sie, dass die Landesregierung Vorschläge für Sofortmaßnahmen für den Abbau der hohen Jugendarbeitslosigkeit macht. Meine Damen und Herren von der PDS, seit etlichen Jahren hat die jeweils amtierende Landesregierung als vorrangige Maßnahme immer die Schaffung von Arbeitsplätzen genannt. Und was hat sich bisher getan? Glauben Sie wirklich, dass Sie mit Ihrem Antrag hier irgendetwas bewirken? Schön wäre es ja. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete Fechner, und gebe das Wort an die Fraktion der CDU, Herrn Abgeordneten Senftleben.

Senftleben (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage "Jugend im ländlichen Raum" hat viele Problemlagen erläutert, aber auch erreichte Ziele aufgezeigt. Es bleibt nur die Frage, welches Ziel die PDS mit ihrer Anfrage verfolgt.

Da uns die Antwort der Landesregierung seit einigen Wochen vorliegt, die PDS aber sehr kurzfristig noch einen Entschließungsantrag eingebracht hat, ist die bedauerliche Absicht erkennbar. Sie schreiben in Ihrem Antrag, dass die Arbeitslosenzahl in Mecklenburg-Vorpommern um 10 % gesunken sei. Ich habe eine aktuelle Liste aus Mecklenburg-Vorpommern erhalten, aus der Folgendes hervorgeht: Arbeitslose unter 25 Jahren im Jahre 1999 19 370, im Jahre 2000 22 736. Das ist ein Zuwachs von sage und schreibe 3 366 arbeitslosen Jugendlichen.

(Ludwig [PDS]: 2001! Ein bisschen mehr Sorgfalt!)

Deshalb ist Ihr Entschließungsantrag nicht ganz stimmig.

Meine Damen und Herren! Wir müssen uns damit auseinander setzen, dass sich laut Prognosen die Zahl der jungen Menschen in Brandenburg im Alter von 16 bis 25 Jahren von heute 327 000 auf 127 000 im Jahre 2015 verringern wird. Es entscheiden viele Faktoren darüber, ob junge Menschen in ihrer Heimat bleiben. Dabei geht es um Lebensqualität, insbesondere um Freizeitangebote. Es geht vor allem aber um die Berufs- und die Ausbildungschancen.

Die Situation in Brandenburg ist ebenso wie in den anderen neuen Ländern davon geprägt, dass es nicht genügend Ausbildungsmöglichkeiten auf dem ersten Arbeitsmarkt gibt. Die Anzahl der Ausbildungsplätze ist erkennbar stabil geblieben. Die Landesregierung hat allein im letzten Jahr - das habe ich an dieser Stelle wiederholt gesagt - circa 62 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, um die Lücke in diesem Bereich zu schließen. Dieses Ziel, meine Damen und Herren, werden wir auch in den nächsten Jahren weiterhin verfolgen.

Damit geben wir ein wichtiges Signal an die Jugend in unserem Land, damit wollen wir auch Perspektiven aufzeigen. Wir geben den jungen Leuten eine Ausbildungsplatzgarantie. Das ist der Unterschied zu Mecklenburg-Vorpommern, wo es keine Ausbildungsplatzgarantie gibt. Sich hier anders zu positionieren entspricht der bekannten Dreistigkeit Ihrer Fraktion.

Wir müssen feststellen, dass sich ungefähr ab dem Jahr 2004 aufgrund von sinkenden Schülerzahlen auch in Brandenburg die Situation ändern wird, dass es dann schrittweise einen Mangel an Bewerbern für Ausbildungsplätze geben wird. Das müssen wir schon heute in unseren politischen Akzenten berücksichtigen.

Die Abwanderung insbesondere der jungen Menschen ist ein Thema, das uns alle beschäftigt und uns vor neue Herausforderungen stellt. Wir müssen erleben, dass die Ausbildungs- und Arbeitsmarktlage für junge Menschen vor allem im ländlichen Raum unbefriedigend ist. Andererseits sind die Arbeitsämter bestrebt, einen überregionalen Ausgleich auf dem Arbeitsmarkt herzustellen. Wir können uns gern über die Auswirkungen verständigen, aber wir dürfen dadurch nicht die Mobilität der jungen Menschen ständig belasten. Es ist sinnvoller, ein junger Mensch arbeitet in einer modernen Fabrik zum Beispiel in Hessen als mit einer rostigen ABM-Schaufel im märkischen Sand. Das sage ich auch deutlich im Blick auf den Entschließungsantrag der PDS-Fraktion.

Damit Sie, meine Damen und Herren von der PDS, wieder etwas zum Nachdenken haben, schaue ich noch einmal nach Mecklenburg-Vorpommern. In der "Denkwerkstatt 2020", initiiert von Minister Holter, hat zum Beispiel Prof. Dettling gesagt:

"Keine Sozialhilfe für arbeitsfähige Jugendliche! Es ist besser für qualifizierte arbeitslose Jugendliche, anderswo zu arbeiten, als im eigenen Land arbeitslos zu sein."

Der Minister sagte auf der gleichen Veranstaltung:

"Erst die gelenkte Bevölkerungspolitik zu DDR-Zeiten bescherte dem Land höhere Einwohnerzahlen."

Genau diese Auswirkungen Ihrer Politik, meine Damen und Herren von der PDS, müssen wir heute erleben und mit unseren Positionen dagegen anzugehen versuchen.

Um die Brüchigkeit in den Argumentationszielen der PDS weiter zu verdeutlichen, gebe ich noch ein Zitat von Herrn Holter zum Besten:

"Das zeigt, wie wichtig Mobilität im Berufsleben für unsere heutige Gesellschaft ist."

Betrachten wir die Mobilitätshilfe trotz der bekannten Auswir-

kungen nicht ständig als Blutsauger für die neuen Länder, sondern als Anreiz für die jungen Menschen, die Beschäftigungsangebote anzunehmen!

Ich habe noch eine relativ druckfrische Liste aus dem nördlichen Bundesland erhalten, auf die ich eingehen möchte.

(Ludwig [PDS]: 1999 - wie vorhin?)

- Ich habe mich auf aktuelle Zahlen bezogen, die Sie von mir gern erhalten können und in Ihrer Arbeit verwenden dürfen. - Ich nenne die Arbeitslosenquoten vom November letzten Jahres: in Brandenburg 17,9 %, in Mecklenburg-Vorpommern 18,7 %, darunter beschäftigt in ABM: in Brandenburg auf je 100 Arbeitslose 6, in Mecklenburg-Vorpommern 10. Daraus können wir die Feststellung ableiten, dass die Wirtschaftskraft in Brandenburg mit Sicherheit höher ist als die in dem Land, in dem Sie leider Gottes mitregieren dürfen.

Für die kommenden Jahre gilt es, durch positive Entscheidungen zu veränderten Rahmenbedingungen zu kommen, um die ohne Wenn und Aber anzuerkennende komplizierte Ausgangssituation zu verändern.

Ich möchte das in sechs Punkten zusammenfassen:

Erstens: Der Entwicklungsplan für den ländlichen Raum in Brandenburg für die Förderperiode bis 2006, der bereits eine stärkere Ausrichtung der Förderung auf die Hauptprobleme Abwanderung und Beschäftigungsmangel vorsieht, ist konsequent umzusetzen und auf seine Auswirkungen hin zu überprüfen.

Zweitens: Wir haben im Doppelhaushalt für die nächsten beiden Jahre vorgesehen, insgesamt 7 Millionen Euro mehr für die Kinder- und Jugendpolitik bereitzustellen, und werden diesen Ansatz auch umsetzen.

Drittens: Die Familienpolitik in unserem Land braucht neue Akzente; denn das Hauptproblem, aufgrund dessen die Schülerzahlen sinken, ist der Geburtenrückgang und nicht, wie so oft von anderen beschrieben, die Abwanderung.

Viertens: Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf zur Verbesserung der Förderung der freiwilligen Dienste eingebracht. Dabei geht es um eine Erweiterung der Einsatzfelder im Rahmen des freiwilligen sozialen Jahres und um eine Flexibilisierung. Dadurch können wir im Land Brandenburg neue Möglichkeiten für die Jugendarbeit gerade auch im ländlichen Raum erschließen. Wir müssen diesen Weg in Brandenburg konsequent weitergehen und das Gesetz, nachdem es der Bundestaghoffentlich noch in diesem Jahr - verabschiedet hat, zügig umsetzen.

Fünftens: Investitionen in unser Bildungs- und Hochschulwesen sind wichtige Zukunftsinvestitionen. Wir müssen die Absolventen unserer Fachhochschulen und Universitäten in verstärktem Maße in die Lage versetzen, als Existenzgründer wirtschaftliche Entwicklung zu gestalten und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die Trendwende in der Hochschulfinanzierung im Land Brandenburg ist dabei ein wichtiger Akzent.

Sechstens: Die Jugendarbeit im ländlichen Raum muss ver-

stetigt werden. Die Landesregierung verweist in ihrer Antwort darauf, dass keine klare Übersicht über alle Amtsjugendpfleger im Land Brandenburg besteht. Ich möchte die Landesregierung daher auffordern, eine klare und deutliche Analyse vorzulegen und anschließend mit den Landkreisen und Kommunen über eine verstärkte Anwendung in diesem Bereich zu verhandeln. Dadurch kann und muss Jugendarbeit im ländlichen Raum gestärkt werden. Diesen Ansatz unserer Politik werden wir umsetzen. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke dem Abgeordneten Senftleben und gebe der Landesregierung das Wort. Herr Minister Reiche, bitte sehr.

Minister für Bildung, Jugend und Sport Reiche:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Schülerinnen und Schüler!

"Wenn es wirklich nichts ist, würde ich für ein, zwei Jahre schon mal irgendwohin, rüber gehen oder so, richtig mal Kohle verdienen oder so und zurückkommen; denn für immer weg, das geht nicht. Ich denke, Du bist hier aufgewachsen und so ... Die, die das gemacht haben, aus dem Ort, sind alle wieder da, ja, die rüber gegangen sind, also wo die Wende war, die sind alle wieder zurückgekommen."

(Forschungsbericht zum 2. Kinder- und Jugendbericht "Lebenslagen und -perspektiven junger Menschen in ländlichen Regionen des Landes Brandenburg". DJI u. IFK)

Das hat ein 21-jähriger auszubildender Straßenbauer gesagt.

In diesem Spannungsfeld bewegt sich das Denken sehr vieler Jugendlicher und Heranwachsender auf dem Land: Einerseits wollen sie einen Job bekommen und 100 % verdienen - und nehmen dafür auch einen Umzug in die alten Bundesländer in Kauf -, andererseits empfinden sie eine starke Verbundenheit mit und Verwurzelung in der Region. Wie wir aus der Untersuchung des Deutschen Jugendinstituts und des Instituts für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung zu Lebenslagen und Perspektiven junger Menschen in ländlichen Regionen des Landes Brandenburg gesichert wissen, beschäftigen sich viele Jugendliche ernsthaft mit der Möglichkeit der Abwanderung, während sie zugleich immer wieder deutlich machen, wie stark sie in ihrem Dorf, in ihrem sozialen Umfeld und dem Landkreis verankert sind und sich dort beheimatet fühlen.

Der Landesregierung ist bewusst, dass der ländliche Raum ohne die Jugend keine Zukunft hat. Es ist eine zentrale Aufgabe unserer Kinder- und Jugendpolitik, aber auch anderer Politikbereiche, Zukunftsperspektiven für die Kinder und Jugendlichen zu entwickeln und attraktive Rahmenbedingungen zu schaffen, unter denen sich Kinder und Jugendliche wohl fühlen und frei entfalten können.

Dreh- und Angelpunkt der Jugendpolitik ist, für Kinder und Jugendliche positive Perspektiven zu entwickeln und Rahmenbedingungen zu schaffen, bei denen es sich lohnt, vor Ort zu bleiben. Dabei sind natürlich die Fragen der Schul- und der Berufsausbildung sowie der Erwerbstätigkeit von zentraler Bedeutung. Wenn wir uns vor Augen halten, dass wir in den letzten Jahren mehr als 150 Grundschulen geschlossen haben und dass von den mehr als 450 weiterführenden Schulen aller Voraussicht nach etwa 200 den Rückgang der Schülerzahlen nicht überstehen werden, dann müssen wir die daraus resultierende Herausforderung für die vor Ort Verantwortlichen erkennen und stattdessen - Schulen sind Kristallisationskerne des Jugendlebens - neue attraktive Angebote für Jugendliche entwickeln.

Ich bin froh, dass es uns nach wie vor gelingt, weit über 1 000 Jugendklubs im Land zu erhalten, die sicherlich nicht alle von fest angestellten Mitarbeitern, sondern zu einem Großteil von Ehrenamtlichen betreut werden, welche durch die vielen Kollegen, die im Sport- und Jugendbereich tätig sind - 610-Stellen-Programm -, und mithilfe vieler SAM-Stellen in diesen Bereichen unterstützt werden.

Dass die Jugendarbeit im ländlichen Raum häufig von beeindruckender Qualität ist, ist neben vielen anderen vor allen Dingen der brandenburgischen Landjugend zu verdanken; zwei Vertreter sind heute hier. Was dort passiert - ich habe mich davon in der Prignitz, im Elbe-Elster-Kreis sowie im Spree-Neiße-Kreis überzeugen können -, braucht - gerade was die 24-Stunden-Aktion betrifft, die die Landjugend gemeinsam mit vielen anderen Initiativen organisiert - auch in Zukunft unsere verlässliche Unterstützung.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Das 610-Stellen-Programm, das wir uns als einziges Land der Bundesrepublik Deutschland leisten - wofür wir übrigens über 5 Millionen Euro im Jahr ausgeben -, ist notwendig, weil die Kommunen nicht in der Lage sind, die Jugendarbeit allein zu bewältigen, weil es nicht möglich ist, die Betreuung der vielen Jugendklubs allein durch Ehrenamtliche sicherzustellen. Dafür sind verlässliche Strukturen notwendig und wenigstens ein Mitarbeiter, der - organisiert und getragen von der brandenburgischen Landjugend - für mehrere Jugendklubs - zum Teil für sieben oder acht - zuständig ist, die Ehrenamtlichen anleitet, begleitet und in ihrem Engagement unterstützt.

Mir ist wichtig, dass wir auch in Zukunft eine Schulstruktur, die allen jungen Menschen die Erreichbarkeit der Schulen und den Zugang zu allen Bildungsgängen ermöglicht, und ein ausreichendes Berufsbildungsangebot in den ländlichen Räumen sichern. Allen, die dort noch nicht ausbilden, sei gesagt: Spätestens ab 2006 haben wir kein Problem mehr mit zu vielen Jugendlichen, sondern mit zu wenig Jugendlichen. Dann werden nicht Ausbildungsplätze, sondern Jugendliche fehlen, die bereit sind, die angebotenen Ausbildungsplätze anzunehmen. Deshalb sollten sie die Zeit nutzen, in der noch Jugendliche da sind.

Wir brauchen eine Vielfalt von kulturellen Angeboten, die es jungen Menschen ermöglicht, ihren Interessen entsprechende Möglichkeiten zu nutzen oder auch aus den berlinfernen Regionen in die Metropole, in die großen Städte zu fahren, um dort wenigstens an den Wochenenden das, was sie aus anderen Zusammenhängen kennen, für sich, für ihr Leben im ländlichen

Raum partiell wahrnehmen zu können. Sie brauchen außerdem Möglichkeiten, sich sportlich zu betätigen.

Mit dem "Goldenen Plan Ost" unterstützen wir, anders als unsere Kollegen in den anderen neuen Ländern, viele kleine Maßnahmen, insbesondere im ländlichen Raum. Bei kaum einer Bereitstellung von Mitteln war ich so froh wie bei der Zahlung von 50 000 DM, durch die zehn Maßnahmen für Jugendklubs zu je 5 000 DM - zum Beispiel für das ehrenamtliche Engagement sowie den Kauf von Fenstern und Öfen - finanziert und Jugend- und Sportklubs in Orten mit zum Teil nur 100, 200 Einwohnern auf Dauer gesichert werden konnten.

Ich will darauf hinweisen, dass die Landesregierung gegenwärtig den 3. Kinder- und Jugendbericht vorbereitet. Wir werden ihn - in neuer Form und mit neuem Layout, attraktiver und besser lesbar - dem Landtag etwa Mitte dieses Jahres zuleiten. Dieser Bericht wird sich sowohl mit den Angeboten der Jugendhilfe als auch mit der Weiterentwicklung der Angebote und Leistungen für Kinder und Jugendliche außerhalb der Handlungsfelder der Jugendhilfe befassen. Er wird auch andere Politikfelder, unter anderem die Bereiche Arbeitsmarkt-, Beschäftigungs-, Schul-, Familien- und Gesundheitspolitik, innere Sicherheit, Verkehrs- und Medienpolitik darstellen.

Ich will abschließend noch kurz auf drei Punkte eingehen, nämlich auf Schule, Arbeitsmarkt- und Jugendpolitik. Wir sind um eine ausgewogene Schulstandortentwicklung bemüht. In den ländlichen Räumen muss auch in Zukunft eine wohnungsnahe schulische Versorgung gesichert werden. Das heißt, Grundschulen sind als einzügige bzw. als Kleine Grundschulen fortzuführen. Es muss aber auch dafür gesorgt werden, dass in den ländlichen Räumen in zumutbarer Entfernung Angebote für weiterführende Schulen in allen Bildungsgängen vorhanden sind. Träger der Schulentwicklungsplanung sind die Landkreise. Diese sind zurzeit dabei, für die Jahre 2002 bis 2006 die Schulentwicklungsplanung vorzunehmen.

Wir werden im Bereich der Jugendarbeit auch in Zukunft unsere Bemühungen fortführen. Dafür stehen uns 13 Millionen Euro zur Verfügung. Der ländliche Raum stellt uns dabei vor besondere Probleme, weil wir auf einer verhältnismäßig großen Fläche mit nicht genügend ausgebauter Infrastruktur die Erreichbarkeit der entsprechenden Einrichtungen sichern wollen. Die Studie von Herrn Sturzbecher, die ich vor wenigen Minuten mit der Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn in der Landespressekonferenz vorgestellt habe, zeigt, dass unsere Bemühungen, insbesondere die der letzten zwei Jahre, greifen. Die junge Generation ist im Vergleich zu 1996 bzw. 1999 optimistischer, stärker und mehr bereit, sich selbst als des eigenen Glückes Schmied zu verstehen und ihr Schicksal in die Hand zu nehmen. Diese Studie zeigt bei allen Problemen -Ausländerfeindlichkeit, Fremdenfeindlichkeit, zwar zurückgehend, aber immer noch auf zu hohem Niveau, Antisemitismus, zurückgehend, aber auch noch auf zu hohem Niveau -, dass diese junge Generation eine Generation ist, auf die man bauen kann und die deshalb unsere Unterstützung für attraktive Jugendkulturangebote braucht.

Letzter Punkt, Arbeitsmarktsituation. Hier sind wir - die Nachfrage der PDS bzw. die Zahlen aus Ihrem Antrag zeigen es - nach wie vor in der Verantwortung. Der Optimismus der jungen Generation - mehr als 75 % der Jugendlichen sind, was ihre eigene Zukunft angeht, optimistisch - zeigt, dass wir mithelfen

müssen, damit sie die Chancen, die Möglichkeiten, die sie selbst sieht, auch nutzen kann.

(Unruhe bei der DVU)

- Dazu brauchen sie zum Glück nicht das Gelächter der DVU, sondern dabei brauchen sie unsere konstruktive Unterstützung.

Die Jugendarbeitslosigkeit ist im Jahre 2000 im Vergleich zum Jahre 1999 leicht angestiegen. Deutlich ist aber, dass besonders die berlinfernen Regionen von der Jugendarbeitslosigkeit betroffen sind. Deshalb bin ich all den Jugendlichen dankbar, die innerhalb des Landes pendeln, die weite Fahrten in den engeren Verflechtungsraum hinein auf sich nehmen, um im Land zu bleiben, die im engeren Verflechtungsraum bzw. in Berlin einen Arbeitsplatz haben.

Die Landesregierung wird auch in Zukunft dafür sorgen, dass jeder Jugendliche, der das wünscht und dazu in der Lage ist, bei uns einen Ausbildungsplatz erhält. Wir werden dafür auch in Zukunft 48 Millionen Euro Landesmittel und rund 48 Millionen Euro Bundesmittel bereitstellen. Daran können Sie uns messen. Wir als Landesregierung fühlen uns wie in der Vergangenheit so auch in Zukunft für die Jugend in den ländlichen Regionen in besonderer Verantwortung. Ich bitte alle, sich auch in Zukunft so wie die brandenburgische Landjugend gemeinsam mit uns dafür einzusetzen, dass die Jugendlichen in den berlinfernen Regionen in ihrer jeweiligen Region für sich persönlich eine Perspektive entdecken. Das ist unser aller Verantwortung. - Vielen Dank

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Herrn Minister Reiche und gebe das Wort noch einmal an die Fraktion der SPD. Herr Abgeordneter Müller, bitte.

Müller (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn man die Antwort der Landeregierung auf die Große Anfrage 29 kritisch betrachtet, dann wird man sicherlich feststellen, dass es darin relativ wenig neue Ansätze gibt. Wenn man die Antwort der Landesregierung auf diese Große Anfrage realistisch betrachtet, dann wird man feststellen, dass die Spielräume, die die Landesregierung hat, auch im Rahmen dessen, was der Landtag an finanziellen Möglichkeiten gibt, ausgenutzt werden. Insofern kann es eigentlich nicht überraschen, dass darin nicht mehr enthalten ist. Wenn der Landtag mehr Geld in den Bereich einstellte, dann würde es sicherlich weitere Programme geben - keine Frage. Aber im Rahmen unserer Gesamtverantwortung ist das eben nicht möglich gewesen. Viele bedauern das, auch die Abgeordneten der SPD-Fraktion. Wir glauben aber schon, dass das, was die Landesregierung seit Jahren auf den Weg gebracht hat, nicht erst seit Ihrer Großen Anfrage, das zurzeit Machbare ist.

Wenn man sich die Gesamtstruktur hinsichtlich der Berufsausbildung im Lande anschaut, dann wird man zunächst feststellen, dass es natürlich Unterschiede zwischen dem engeren Verflechtungsraum, den Zentren und den ländlichen Regionen gibt. Aber das ist doch nichts anderes als eine Widerspiegelung der Situati-

on in der Wirtschaft. Wo es wenig stabile Unternehmen gibt, dort wird man auch weniger Berufsausbildung haben. Das ist einfach so. Insofern musste das Land hier eingreifen. Es ist wirklich bemerkenswert, dass das Land seit Jahren jedem ausbildungswilligen Jugendlichen garantieren kann, dass er auch einen Ausbildungsplatz erhält. Das ist das, was wir leisten können; die Wirtschaft kann es zurzeit nicht leisten. Wir wollen es tun, wir tun es und wir werden es auch weiterhin tun, bis die Veränderung in den Zahlen das vermutlich in den nächsten vier oder fünf Jahren überflüssig machen wird.

Darüber hinaus gibt es natürlich auch spezielle Richtlinien für den ländlichen Raum. Ich erinnere hierbei an die Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Lehrgänge der überbetrieblichen Ausbildung in Agrarberufen. Dort haben wir bereits jetzt im Bereich der Fachkräfte ein Defizit, weil zu wenig Jugendliche bereit sind, sich in diesem Bereich ausbilden zu lassen.

Außerdem gibt es Programme, die ebenfalls für den ländlichen Raum gedacht sind. Ich nenne das Kurssystem contra Langzeitarbeitslosigkeit, die Regionalstellen Frauenarbeit und Arbeitsmarkt und ähnliche Dinge. Die Quote der Jugendarbeitslosigkeit ist leicht rückläufig, wobei man an dieser Stelle überlegen muss, woher das kommt. Sicherlich spielen dabei Wanderungsbewegungen eine wesentliche Rolle, es geht aber auch um die Frage, was sich bei der Anzahl der Jugendlichen verändert.

Ein noch größeres Problem als bei dieser ersten Schwelle, einen Ausbildungsplatz zu bekommen, ist sicherlich die zweite Schwelle. Dort wird man zukünftig versuchen müssen, mehr zu bewegen. Die Frage ist, wer es bewegen kann und mit welchen Mitteln es bewegt werden soll. Ich bin der Überzeugung, dass das Jump-Programm der Bundesregierung gut funktioniert. Das ist ein Erfolg in der jetzigen Legislaturperiode der Bundesregierung. Sicherlich wird man auf diesem Stand, was die Entwicklung des Programms angeht, nicht stehen bleiben. Wir glauben, dass eine Weiterentwicklung notwendig ist, um die Interessen der Jugendlichen in den ostdeutschen Ländern noch stärker aufnehmen zu können. Eines ist uns sicherlich klar: Das Schlimmste, was einem Jugendlichen passieren kann, ist, keinen Ausbildungsplatz zu erhalten. Dann wird er nämlich gleich zu Beginn seines Berufslebens nicht gebraucht. Das ist besonders schlimm. Fast genauso schlimm ist es aber, wenn er einen Ausbildungsplatz hat, was schon einen Grundstock darstellt, aber danach in der Wirtschaft nicht gebraucht wird. Deshalb ist die zweite Schwelle, und zwar der Umstieg von der Ausbildung zur ersten Anstellung, etwas, was uns sehr am Herzen liegt.

Wenn wir uns anschauen, was wir noch machen können, dann wird sicherlich zu überlegen sein, wie wir auf die Bundesregierung einwirken können, das Jump-Programm erstens fortzuschreiben und zweitens weiterzuentwickeln. Das wird eine Aufgabe sein, die nicht nur die Landesregierung, sondern auch wir als Parlamentarier begleiten können, denn es ist auch in der politischen Diskussion. Beispielsweise haben die Jusos im Lande Brandenburg Vorschläge gemacht, die aus meiner Sicht durchaus umsetzungswürdig sind. Dort müssen wir Druck ausüben, das ist völlig klar. Dabei kann noch etwas erreicht werden.

Zusammenfassend will ich deutlich sagen: Die Landesregierung

hat ihre Hausaufgaben in dem Bereich gemacht. Es gibt Entwicklungen, die nicht beeinflussbar sind, auch wenn man sie beeinflussen möchte. Sie hängen mit der Wirtschaftsentwicklung und Standortfaktoren zusammen, die von der Landesregierung nicht verändert werden können, jedenfalls nicht so, dass die entsprechende Wirkung eintritt. Insofern ist die Antwort der Landesregierung eine Beschreibung des Machbaren. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke dem Abgeordneten Müller und gebe das Wort an die Fraktion der PDS. Frau Abgeordnete Große, bitte.

Ehe Frau Große hier vorn ist, kann ich wieder Gäste im Landtag begrüßen, und zwar Schüler vom Gymnasium Teltow. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Bitte schön.

Frau Große (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich darf heute einmal das letzte Wort haben, was auch eine schöne Situation ist.

Völlig zu Recht wurde aus Sicht der PDS-Fraktion in der vorliegenden Antwort auf die Große Anfrage auf die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten vom 24.11.1999 verwiesen, an deren Ende es heißt:

"Unser Ziel bleibt es, die Funktionsfähigkeit der ländlichen Räume Brandenburgs als Wirtschafts-, Sozial- und als Naturraum dauerhaft zu sichern."

Am Erreichen dieses Zieles, mindestens aber am Erreichen von Teilzielen auf dem Weg dorthin wird sich die Landesregierung messen lassen müssen. Die Halbzeitbilanz fällt, bezogen auf die Bereiche Schule und Ausbildung, ebenso unbefriedigend aus wie bei den vom Kollegen Hammer benannten Bereichen, obwohl der Schulbildung- und der Berufsausbildung eine zentrale Bedeutung beigemessen wird. Die bisher durchaus noch komfortable demographische Situation droht mit ihrem Kippen ab 2010 ein wirtschafliches und soziales Fiasko einzuleiten, wenn die Landesregierung dem nicht entgegenwirkt.

Um dem entgegenwirken zu können, bedarf es aber einer gründlichen und gesonderten Analyse der Gegebenheiten im ländlichen Raum. Geht man von der Qualität der Antworten auf die Große Anfrage aus, so liegt diese offensichtlich noch nicht in ausreichendem Maße vor. Insofern muss ich Herrn Abgeordneten Müller widersprechen: Hausaufgaben noch nicht gemacht!

Ich komme zum Bereich Schule. Während die Landesregierung im Hinblick auf die Primarstufe für die Probleme, die im ländlichen Raum aus den zum Teil um zwei Drittel sinkenden Schülerzahlen bis 2010 resultieren, noch mit durchaus anerkennenswerten Lösungen zum Erhalt von Schulstandorten und damit zur Sicherung eines qualitativ gleichwertigen Bildungsangebotes reagiert hat - ich denke dabei an die zum Teil schon sehr niedri-

gen Klassenfrequenzen und den Modellversuch "Kleine Grundschule" -, so bleiben die ab 2003 zu erwartenden Probleme im Bereich der weiterführenden Schulen bisher ohne adäquate Lösungsangebote. Noch immer liegt keine Stellungnahme der Landesregierung zu dem Bericht, den die eigens dafür installierte Regierungskommission - Wunder-Kommission - im April 2000 erstellt hat, vor. Frau Siebke ist heute leider nicht anwesend. Sie hatte unseren dahin gehenden Antrag mit der Begründung abgelehnt, dass man der Regierung in dieser Sache schon vertrauen könne. Unser Vertrauensvorrat diesbezüglich ist aber nun wirklich aufgebraucht.

(Beifall bei der PDS)

Die Kreise befinden sich zurzeit in der schwierigen Phase der Erstellung der Schulentwicklungsplanungen, welche bis zum Sommer 2002 zur Genehmigung eingereicht werden müssen. Diese Pläne sind schon in der Erarbeitungsphase Makulatur, wenn nicht bald die Rahmenbedingungen geklärt werden.

Ich möchte dies am Beispiel des Kreises Oberhavel verdeutlichen. Bis 2005 sind in diesem Kreis zehn Schulstandorte unter den momentanen Bedingungen mit ziemlicher Sicherheit von der Schließung bedroht. Sieben davon befinden sich im ländlichen Raum. Allein durch die Entscheidung für eine der von der Wunder-Kommission vorgeschlagenen Varianten, nämlich die Jahrgangsstufe 7 mit 30 Schülern in zwei Klassen à 15 Schüler zu errichten, könnten neun von zehn Standorten erhalten bleiben. Während zum Beispiel derzeit in Thüringen schon Modellversuche Kleine Regelschule/Sekundarstufe-1-Schule zum Erhalt von Standorten auf den Weg gebracht wurden, neutralisieren sich in unserem Land die Koalitionspartner gegenseitig. Von politischem Gestaltungswillen und Führung dieses schwierigen Prozesses kann zurzeit keine Rede sein.

(Beifall bei der PDS)

Die Landesregierung erkennt - auch das wieder völlig zu Recht - die besondere Bedeutung der Schulen im ländlichen Raum als Zentren des sozialen und kulturellen Lebens an. Die zu befürchtende Ausdünnung der Schulstandorte würde neben den dann ohnehin durch lange Fahrzeiten stark eingeschränkten Freizeitmöglichkeiten der einzelnen Schüler auch zu erheblichen zusätzlichen Problemen im Bereich der Jugendfreizeitgestaltung führen. Schon jetzt sind Schüler im ländlichen Raum wegen ihrer Abhängigkeit vom Schülerverkehr beim Besuch von Arbeitsgemeinschaften der Schulen deutlich benachteiligt.

Reserven gibt es auch noch - trotz vorhandener gesetzlicher Grundlagen - bei der Nutzung von Schulen als Orten von Jugendfreizeit.

Die Antwort auf Frage 19 zur Schulsozialarbeit weist leider keine deutliche Differenzierung bezogen auf den ländlichen Raum aus. Genau diese wäre aber interessant. Allein die durch die Kreise als Träger der öffentlichen Jugendarbeit zu verantwortenden Stellen zeigen enorme Unterschiede beim Herangehen an diese Aufgabe. Während sich der Kreis Barnim ganze zwei Schulsozialarbeiterstellen leistet, sind es in der Prignitz 52 und im Havelland sogar 87 Stellen. Dies bedarf aus unserer Sicht dringend einer gründlichen Evaluation. Im Übrigen bemüht man sich derzeit in der Berliner Koalition, vom Abbau betroffene Lehrerstellen in Schulsozialarbeiterstellen umzuwan-

deln, was mit Sicherheit eine bessere Idee ist, als Schulmüde und Schulschwänzer durch die Polizei einfangen zu lassen.

(Beifall bei der PDS)

Lassen Sie mich noch etwas zu den Antworten bezüglich der Ausbildungsverhältnisse sagen. Herr Senftleben, so weit liegen wir gar nicht auseinander. Ich denke, auch Sie könnten sich vorstellen, dass es besser wäre, wenn der märkische Jugendliche den märkischen Sand nicht mit einer maroden Schippe umschaufelt, sondern in einem modernen mittelständischen Betrieb in Brandenburg tätig wird, und dass Mobilitätsprämien gerade zur Schaffung solcher Arbeitsstellen besser genutzt werden.

(Beifall bei der PDS)

Die PDS bewertet die Aussagen hierzu als völlig unzureichend. Durch die alleinige Erfassung der Ausbildungsverhältnisse nach Kammerbezirken und Arbeitsamtsbereichen wird man der Intention des Fragestellers nicht gerecht. Vor allem aber bleibt die besondere Situation der Jugendlichen im ländlichen Raum im Nebelschleier, was wiederum eine gezielte Förderpolitik unmöglich macht.

Herr Senftleben, Sie haben in Ihrer Rede für unseren Entschließungsantrag im Grunde die besten Argumente geliefert. Ich weiß gar nicht, warum Sie jetzt noch ein so großes Problem haben, dem zuzustimmen. Ich möchte Sie zumindest ermuntern, das zu tun. - Danke.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete Große.

Ich frage die Landesregierung: Wünscht sie die restlichen drei Minuten noch in Anspruch zu nehmen? - Das ist nicht der Fall.

Dann schließe ich die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt und stelle fest, dass Sie die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage 29, die Ihnen in der Drucksache 3/3501 vorliegt, zur Kenntnis genommen haben.

Nach dieser Feststellung rufe ich den Entschließungsantrag der Fraktion der PDS, der Ihnen in der Drucksache 3/3803 vorliegt, zur Abstimmung auf. Zu diesem Entschließungsantrag wurde namentliche Abstimmung beantragt.

Meine Damen und Herren, Sie kennen das Prozedere. Ich bitte Sie herzlich, Ihr Votum laut und deutlich zu bekunden.

Ich eröffne die Abstimmung und bitte um das Verlesen der Namen.

(Namentliche Abstimmung)

Hatte einer der anwesenden Abgeordneten keine Möglichkeit, seine Stimme abzugeben? - Herr Dr. Knoblich!

(Die Abgeordneten Dr. Knoblich [SPD], Prof. Dr. Bisky und Christoffers [PDS] geben ihr Votum ab.)

Meine Damen und Herren, ich schließe die Abstimmung und bitte um Auszählung.

Ich gebe Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der PDS in der Drucksache 3/3803 bekannt. Dafür stimmten 19 Abgeordnete, dagegen stimmten 49 Abgeordnete. Damit ist der Entschließungsantrag mehrheitlich abgelehnt worden.

(Abstimmungslisten siehe Anlage S. 3359)

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 9 und rufe **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Die Entwicklung des sorbischen (wendischen) Bildungswesens und der Vermittlung von Kultur und Geschichte der Sorben (Wenden) in Brandenburger Schulen

Große Anfrage 30 der Fraktion der PDS

Drucksache 3/3104

Antwort der Landesregierung

Drucksache 3/3515

Dazu liegt Ihnen der Entschließungsantrag der Fraktion der PDS in der Drucksache 3/3803 vor.

Ich eröffne die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt und erteile Herrn Dr. Trunschke von der Fraktion der PDS das Wort.

Dr. Trunschke (PDS):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Über Sprache vermitteln sich nicht nur Geschichte, Kultur und Tradition; über die Sprache werden auch Zusammengehörigkeit und Identität vermittelt. Das gilt natürlich für jedes Volk. Für eine autochthone Minderheit wie die Sorben gilt das in besonderer Weise.

Für das Überleben der sorbischen Sprache sind nicht nur die Sorben selbst verantwortlich, sondern neben Sachsen und dem Bund auch das Land Brandenburg. Die Antwort der Landesregierung auf unsere Große Anfrage zum sorbischen (wendischen) Bildungswesen und zu deren Kultur zeigt, dass das Land Brandenburg auf diesem Gebiet durchaus einiges getan hat, um seiner Verantwortung gerecht zu werden; sie zeigt aber auch, dass wir dem tatsächlichen Anspruch noch längst nicht entsprechen

Als Hauptproblem sehe ich dabei den grundlegenden Irrtum, dem die Landesregierung offenbar aufgesessen ist. Sowohl die frühere SPD-Alleinregierung als auch die jetzige Koalitionsregierung hoffen offenbar, Minderheitenpolitik in der Nähe des Nulltarifs zu bekommen. So hieß es schon 1994 in der Begründung zum Sorben-Wenden-Gesetz:

"Personalwirtschaftliche Kosten sind aus diesem Gesetz nicht zu erwarten. Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben des Landes sind noch nicht zu quantifizieren, werden sich aber im geringen Maße bewegen. Für die Förderung der sorbischen Kultur und Sprache sowie den Bereich der Bildung sind Haushaltsmittel in den Einzelplänen 05 und 06 eingestellt. Zusätzliche zu den dort vorgesehenen Ausgaben werden durch das Gesetz nicht entstehen."

Das ist ein Irrtum und seit 1994 ist keine neue Einstellung der Landesregierung zu erkennen.

Um tatsächlich internationalen Standards und Verpflichtungen zu entsprechen und eine diesen angemessene Minderheitenpolitik zu gestalten, bedarf es sicherer und auskömmlicher Finanzmittel. Mit den Zuwendungen an die Stiftung für das sorbische Volk ist keinesfalls alles abgedeckt. Die Förderung der niedersorbischen Sprache durch unser Land muss mehr sein als nur die Förderung des Unterrichts in einer der Mehrheitsbevölkerung fremden Sprache.

Man kann es nicht oft genug betonen: Bei der Minderheitenpolitik geht es um die Sicherung von Menschenrechten. Menschenrechte sind bekanntlich nicht verhandelbar, sondern müssen umgesetzt werden. Dies muss demzufolge auch ausreichend finanziert werden.

Einige der Schwerpunkte in der Sorbenpolitik hat meine Fraktion in dem vorliegenden Entschließungsantrag zusammengefasst. Kollegin Große wird nachher auf einige Punkte eingehen. Ich möchte zu Punkt 5, zur Lehrerausbildung im Fach Sorbisch, noch etwas sagen.

Frau Ministerin Wanka, ich kann immer noch nicht so recht glauben, dass Sie ernsthaft annehmen, das Land Brandenburg könne sich mit 50 000 DM für eine halbe Stelle an der Leipziger Universität von der Verantwortung für eine qualifizierte Lehrerausbildung freikaufen. Eine halbe Stelle, um eine Sprache zu revitalisieren!

In der Antwort auf unsere entsprechende Frage innerhalb der Großen Anfrage teilen Sie lapidar mit, die Auffassung, dass das möglich sei, "gründet sich auf dem erreichten Verhandlungsstand mit der Staatsregierung des Freistaates Sachsen vor allem unter den Aspekten der Nachfrage, des Angebots und der Ressourcen der Universität Leipzig". Ich frage: Wo bleibt der Bedarf in unserem Land? Wo bleibt die Qualität der Lehrerausbildung, die wir hier brauchen?

Offenbar wird seitens der Landesregierung auch nicht ausreichend gewürdigt, dass wir es, wenn wir über die sorbische Sprache reden, eigentlich mit zwei Sprachen zu tun haben. Das Niedersorbische, um das es im Land Brandenburg insbesondere geht, wurde in der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen ausdrücklich als selbstständige Minderheitensprache anerkannt.

Das von uns geforderte Konzept für die Ausbildung der Sorbischlehrer wollten Sie, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, nicht. Als wir das damals beantragten, wurden wir auf den unmittelbar bevorstehenden Abschluss der Verhandlungen mit Sachsen vertröstet. Bis heute liegt mir aber nicht einmal der Entwurf einer Verwaltungsvereinbarung vor, obwohl doch seit mindestens eineinhalb Jahren verhandelt wird.

Dennoch wurde die Abwicklung der Ausbildung an der Universität Potsdam beschlossen. Sie, Frau Ministerin, haben ein Mittel aus der Hand gegeben, ohne einen Ersatz dafür schon sicher zu haben. Das verschlechtert nicht nur Ihre Verhandlungsposition gegenüber Sachsen, sondern gefährdet ohne Not die Vermittlung der niedersorbischen Sprache.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich wünschte mir, dass die Fraktion, die der PDS nicht einmal einen Stellvertreterplatz im parlamentarischen Beirat der Stiftung für das sorbische Volk zugebilligt hat, sich ebenso wie die PDS für die Interessen der Sorben engagiert.

(Beifall bei der PDS)

Ich hätte mir auch gewünscht, der Vorsitzende der Sorbenrates, Herr Konzack, hätte heute hier sprechen können. - Herr Präsident, vielleicht können Sie sich mittels Ihrer Autorität bei nächster Gelegenheit dafür stark machen, stärker als dieses Mal.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, begreifen wir die Sorben und das Sorbische nicht in erster Linie als Kostenfaktor, sondern vor allen Dingen als Bereicherung für uns alle, egal, ob wir Sorben oder Nichtsorben sind. Deshalb bitte ich Sie um Zustimmung zu unserem Entschließungsantrag. - Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke dem Abgeordneten Trunschke. Ich muss allerdings feststellen: Über die Stärke des Präsidenten brauchen Sie nicht zu philosophieren. Außerdem gibt es eine Geschäftsordnung des Landtages.

(Klein [SPD]: Darüber wird ja nur abgestimmt! So ist das immer!)

Das Wort geht jetzt an die Fraktion der SPD, an Herrn Abgeordneten Dr. Woidke.

Dr. Woidke (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach drei Jahren befasst sich der Landtag Brandenburg heute wieder mit einer Großen Anfrage zum Thema "Sorben in Brandenburg". Zuletzt geschah dieses am 30. April des Jahres 1998. Damals lautete das Thema:

"Zur Umsetzung des Verfassungsanspruchs auf Schutz, Erhaltung und Pflege der nationalen Identität der Sorben (Wenden)"

Heute lautet das Thema:

"Die Entwicklung des sorbischen (wendischen) Bildungswesens und der Vermittlung von Kultur und Geschichte der Sorben (Wenden) in Brandenburger Schulen"

Allein die Entwicklung der Thematik in den letzten drei Jahren dürfte eigentlich Ausdruck dessen sein, dass inzwischen auch die PDS die Umsetzung des Verfassungsanspruchs und der Minderheitenrechte der Sorben durch die Landesregierung wenigstens nicht mehr grundsätzlich infrage stellt.

Das würde mich schon sehr freuen, auch wenn es einige Jahre gedauert hat.

Da sich die Revitalisierung der sorbischen Sprache und Kultur im Wesentlichen über das Bildungswesen vollzieht, ist die vorliegende Anfrage hinsichtlich der Details logischerweise in vielerlei Hinsicht nur eine Fortschreibung und Aktualisierung des damals aufgeworfenen Fragenspektrums. Für manche der in den Fragen angesprochenen Entwicklungen war offensichtlich der Zeitraum von drei Jahren nicht lang genug, um deutlich neue Erkenntnisse und Sachverhalte zutage zu fördern, was in der Natur der Sache liegt.

Leider gibt es aber zwischen beiden Großen Anfragen und innerhalb der vorliegenden Großen Anfrage selbst eine Reihe von Überschneidungen und Wiederholungen, die den Stoff in nicht gerade zweckdienlicher Weise aufblähen und schwer lesbar machen. Die Lektüre dieser Anfrage zu einer doch wichtigen Thematik ist damit nicht gerade zu einem Vergnügen geworden. Im Interesse der Sache der Sorben hätte ich mir von der PDS mehr Konzentration auf das Wesentliche statt so viel Schaufensterrhetorik gewünscht.

Insbesondere werden in der aktuell vorliegenden Großen Anfrage gebetsmühlenartig der Landesregierung allgemeine Bekenntnisse zur Bedeutung des Minderheitenschutzes abverlangt. Damit nicht genug, dies wird auch im Detail immer wieder verlangt. So wird ein Bekenntnis zur Bedeutung der Vermittlung der niedersorbischen Sprache, ein Bekenntnis zur Bedeutung der Absicherung des bilingualen Unterrichts, ein Bekenntnis zur Bedeutung der Vermittlung der Geschichte und Kultur der Sorben (Wenden), ein Bekenntnis zur Bedeutung der Witaj-Projekte etc. verlangt, obwohl in der EU-Charta der Regionalund Minderheitensprachen, in der Landesverfassung und schließlich im Schulgesetz sowie der Verordnung über die schulischen Bildungsangelegenheiten der Sorben (Wenden) klare Festlegungen getroffen worden sind. Nach meiner Einschätzung ist dieses starke Misstrauen gegenüber der Politik der Landesregierung zum Schutz und zur Förderung der sorbischen Sprache und Kultur nicht gerechtfertigt und entbehrt jeder Grundlage, worauf ich später noch im Einzelnen eingehen werde.

Manche Fragen der PDS sind aber auch deutlicher Ausdruck einer Haltung, nach der die Landesregierung offensichtlich alles richten können soll, was aus der Natur der Sache heraus von den Interessierten und Betroffenen vor Ort selbst in die Hand zu nehmen wäre. Ein Beispiel dafür ist folgende Frage:

"Was hat das MBJS getan, um das Interesse von Schulen an der Durchführung des bilingualen Unterrichts (in Sorbisch) zu fördern?"

Hierbei gehe ich davon aus, dass das Interesse an einer bestmöglichen, effektiven Sprachvermittlung selbstverständlich in den Schulen des Siedlungsgebietes der Sorben bzw. der Region bestehen sollte und nicht von außen über das Ministerium in sie hineingetragen werden muss. Der Adressat ist hier eindeutig falsch gewählt. Die Frage muss an die Schulen gerichtet werden. Sie müssen auch gefragt werden, was sie in den letzten Jahren unternommen haben, um entsprechenden Unterricht zu realisieren, zu erweitern und zu qualifizieren.

Nun kommen wir zur Substanz der Thematik, nämlich zu den in

der Antwort der Landesregierung dokumentierten Leistungen zur Förderung des sorbischen Bildungswesens, zur Vermittlung und Revitalisierung der Sprache und Kultur der Sorben unter Wahrung der Eigenständigkeit und Beteiligung der Sorben (Wenden).

Erstens: Die Antwort der Landesregierung dokumentiert ein gewachsenens bzw. stabiles und fortbestehendes Interesse am Erlernen der sorbischen Sprache und an der Kenntnis der sorbischen Geschichte und Kultur, der Bräuche und Traditionen. Belegt wird dies durch die stetig steigende Zahl der Schüler im niedersorbischen Sprachunterricht. Zwar gibt es laut einer Meldung des "Tagesspiegels" aus dem Jahre 1998 in Brandenburg keine Schüler mehr, die Niedersorbisch als Muttersprache bezeichnen, aber die Zahl der Schüler, die Sorbisch als Fremdsprache erlernen, hat ständig zugenommen. Im Jahre 2000/01 wurde mit 1 363 Schülerinnen und Schülern gegenüber dem Jahr 1990 mit 378 Schülerinnen und Schülern eine Zahl erreicht, die in ihrer Höhe Zeichen eines beträchtlichen Aufwuchses ist. Die Teilnahme mancher Schülerinnen und Schüler am Sprachunterricht mag anderen Interessen geschuldet sein als nur dem Erlernen des Sorbischen; auch wird hier der dramatische Rückgang der Schülerzahlen in Zukunft sicherlich deutliche Spuren hinterlassen. Die Entwicklung seit 1997/1998 lässt jedenfalls in quantitativer Hinsicht vorsichtigen Optimismus bezüglich der Lebensperspektive der sorbischen Sprache in Brandenburg zu.

Belegt wird dies auch durch die Zahl der Schulen in öffentlicher Trägerschaft, die im Unterricht Sorbisch als Sprache vermitteln. 30 Schulen in der Region um Cottbus, Calau, Lübbenau und Spremberg werden in der Antwort der Landesregierung aufgezählt. Konflikte um die Schließung sorbischer Schulen gibt es in Brandenburg, anders als in Sachsen, derzeit nicht.

Zweitens: Als weitere Leistung dokumentiert die Antwort der Landesregierung - hier stehe ich mit Ihnen in Widerspruch, Herr Dr. Trunschke - die erhebliche finanzielle Unterstützung der Pflege der sorbischen Kultur und Sprache. Die durch Landtag und Landesregierung über den Einzelplan 05 - MBJS - und den Einzelplan 06 - MWFK - sowie aus Lottomitteln bereitgestellten Geldmittel als Zuschuss für die Stiftung für das sorbische Volk, vermittelt über die Stiftung für den sorbischen Schulverein, die Schule für niedersorbische Sprache und Kultur sowie den Domowina-Verlag, sind seit 1998 auf beträchtlichem Niveau stabil und von Kürzungen bisher verschont geblieben. Von welchem anderen Haushaltstitel kann man das in den letzten drei Jahren behaupten?

Ein dritter wesentlicher Punkt in der Antwort der Landesregierung ist die Dokumentation der vielfältigen Projekte, in denen sich die Landesregierung engagiert hat. Hier werden Projekte aus dem öffentlichen Haushalt mitfinanziert; der Prozess der Sprachvermittlung wird als kontinuierlich dargestellt. Weiterhin verspricht der Ansatz einer interkulturellen Bildung, der nachhaltige Beitrag zur kulturellen Vielfalt Europas durch frühzeitige Förderung im Vorschulalter viel Erfolg. Die breite Einbeziehung der Geschichte und Kultur der Sorben in die Rahmenlehrpläne für die allgemein bildenden Schulen unseres Landes ist ebenfalls eine Leistung der Landesregierung, die hier dokumentiert wird. Schließlich ist auch das Festhalten der Landesregierung am Anspruch der wissenschaftlichen Ausbildung des Lehrpersonals und damit das Festhalten an der Qualität der schu-

lischen Vermittlung der sorbischen Sprache positiv, weil notwendig.

An diesen Beispielen lässt sich einmal mehr die kulturelle Bereicherung unseres Landes durch die sorbische Minderheit erkennen. Dies gilt auch für den gemeinsam mit den Sorben erbrachten Beitrag zur Verständigung innerhalb der Bevölkerung unseres Landes, aber auch mit Blick auf die EU-Osterweiterung in Richtung auf die Bevölkerung unserer mit dem Sorbischen sprachlich verwandten Nachbarländer Polen, Tschechien und Slowakei.

Nicht unerwähnt sollen die Probleme bei der Entwicklung des sorbischen Bildungswesens bleiben; Herr Dr. Trunschke ist darauf eingegangen. Diese können aber nicht einfach, wie oft genug unterstellt wird, politisch-administrativ gelöst werden, sondern sie erfordern nachdrückliches Engagement vor Ort und partnerschaftliches Zusammenwirken aller Beteiligten.

Für nicht zufrieden stellend halte ich, dass bislang erst für die drei Fächer Kunst, Geschichte und Musik schuleigene Rahmenpläne am niedersorbischen Gymnasium erarbeitet wurden, das als Zentrum des niedersorbischen Bildungswesens bezeichnet werden kann.

Problematisch erscheint mir des Weiteren, dass Eltern, die eine Betreuung ihrer Kinder in sorbischer Sprachatmosphäre ab dem ersten Lebensjahr wünschen, dies aufgrund der geltenden Bestimmungen unseres Kita-Gesetzes - Begrenzung des Rechtsanspruchs auf Kindertagesbetreuung - nicht in jedem Falle realisieren können. Ansprüche auf Bildung, in diesem Falle auf eine sinnvolle Frühförderung des Sorbischen in den Witaj-Projekten, und Ansprüche auf Betreuung von Kindern scheinen an dieser Stelle in einem Konflikt zu stehen. Andererseits sollten auch die Kommunen vor Ort und nicht das Land als Adressat angesprochen und in die Pflicht genommen werden, wenn die Forderung erhoben wird, Kita-Personal in Witaj-Projekten finanziell besser zu stellen. Hier sollte sich das vitale Interesse der Kommunen im Siedlungsgebiet der Sorben an der Pflege der Sprache und Kultur niederschlagen.

Besonders bedenklich sind nach wie vor die Nachwuchsprobleme beim Lehrpersonal. Dazu muss ich auch im Blick auf die Aussagen, die Herr Dr. Trunschke vorhin gemacht hat, ein bisschen Licht in die Angelegenheit bringen.

Die Zahl der hauptberuflichen Lehrkräfte mit einem Abschluss im Fach Sorbisch ist mit 76 im Land Brandenburg jetzt schon sehr gering. Nur 17 von diesen Lehrkräften verfügen über einen Hochschulabschluss. Am niedersorbischen Gymnasium verfügen nach der Antwort der Landesregierung nur neun Lehrkräfte über eine Befähigung zum Sprachunterricht in Niedersorbisch.

Die Altersstruktur des vorhandenen Lehrpersonals verlangt dringend die Lösung der Nachwuchsfrage. Die Frage nach der Muttersprachlichkeit des pädagogischen Personals ist eine wichtige Voraussetzung, und zwar nicht für eine kompetente, aber durchaus für eine authentische Vermittlung der sorbischen Sprache und Kultur, Bräuche und Traditionen und sie stellt sich mit zunehmender Dringlichkeit.

Das Fehlen gesicherter Bedarfsprognosen stellt gerade im politischen Raum ein großes Problem dar. Alarmierend ist schließ-

lich, dass nach den Angaben der Landesregierung seit 1990 nur 18 Studierende das Studium der Sorabistik an der Universität Leipzig absolviert haben; darunter waren ganze 12 Lehramtsstudenten. Wenn Sie, Herr Dr. Trunschke, hier behaupten, es wäre besser, diese 18 Studenten in zehn oder elf Jahren noch auf zwei Fakultäten aufzuteilen, dann bleibt mir schon ein bisschen die Spucke weg. Gerade wegen dieser geringen Zahlen ist die Bündelung des grundständigen Studiums an der Universität Leipzig notwendig. Die Studierendenzahlen lassen eine Ausbildung an verschiedenen Universitäten nicht zu. Die vom Land Brandenburg mitfinanzierte wissenschaftliche Stelle wird zum Wintersemester 2002/03 in Leipzig eingerichtet sein.

Bleibt mir noch ein kurzes Fazit: Das Problem des Nachwuchses an Lehrpersonal und damit an Multiplikatoren und die gemeinsamen Anstrengungen zu seiner Lösung sind für mich und meine Fraktion vordringlich. Doch auch hier stellt sich - jenseits aller Fragen der Finanzierung - prioritär die Frage, wie wir in Zukunft Nachwuchswerbung erfolgreich betreiben können, und zwar so, dass Bewerber gewonnen werden, die aus dem sorbischen Sprachraum stammen. Auch hier geht kaum etwas von außen. Auch das Engagement der Sorben bzw. Wenden zur Qualifizierung und Motivierung des Nachwuchses vor Ort und zu ihrer öffentlichen Präsentation ist unverzichtbar. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter Dr. Woidke. - Ich gebe das Wort an die Fraktion der DVU, Herrn Abgeordneten Firneburg.

Firneburg (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wunderbar, die PDS hat wieder einmal das Thema Sorben aus ihrem Nähkästchen gezogen. Die Rechte und Pflichten zum Erhalt der sorbischen (wendischen) Kultur sind in den Landesgesetzen von Brandenburg und Sachsen festgeschrieben. Wir empfehlen der PDS, das Studium derselben zu vertiefen. An diese Gesetze muss sich die Landesregierung nämlich halten und daran muss sie ihre konzeptionellen Planungen ausrichten.

Aber alles ist, wie immer, eine Frage des Geldes. Dort, wo genug Geld vorhanden ist, sollte natürlich auch die üppige personelle Umsetzung zur Förderung von nationalen Minderheiten kein Problem sein. Aber nun wissen wir alle nicht erst seit der letzten Haushaltsdebatte, dass die Mittel nicht nur knapp, sondern ausgesprochen rar sind. Auch der Bund will seinen Anteil von 16 Millionen DM im Jahr 2001 auf 14 Millionen DM im Jahr 2003 absenken. Das Land Sachsen wird seinen Anteil in alter Höhe beibehalten.

In der Großen Anfrage der PDS wird zehnmal danach gefragt, welchen Stellenwert die Landesregierung Themen in Bezug auf die Sorben beimisst. Wir als DVU-Fraktion fragen die PDS: Welchen Stellenwert haben Sie den Sorben und Wenden beigemessen, als Ihre Partei noch SED hieß und Regierungspartei in der real existierenden DDR war?

Ein schlechtes Gewissen sollten Sie schon haben; denn ein Großteil der niedersorbischen Bevölkerung wurde im real exis-

tierenden Sozialismus - sprich: in der DDR - durch die Braunkohlepolitik und die Zwangskollektivierung der Bauern aus ihrem angestammten Siedlungsgebiet vertrieben.

Etwa 60 000 Sorben (Wenden) leben in der Ober- und Niederlausitz. Sie sind Nachfahren slawischer Stämme und in dieser Region zu Hause.

Die Verfassungen von Brandenburg und Sachsen schreiben das Recht auf Schutz und Förderung der eigenen Identität der Sorben fest. Um die sorbischen Institutionen finanziell zu unterstützen, gründeten die Länder Brandenburg und Sachsen sowie der Bund die Stiftung für das sorbische Volk. Die Domowina Bund Lausitzer Sorben e. V. - vertritt als Dachverband sorbischer Vereine die nationalen Interessen der Sorben.

Die Sprachen- und Kulturvielfalt gehört zum europäischen Erbe und macht den kulturellen Reichtum unseres Kontinents aus. Diese Vielfalt gilt es zu bewahren. Erinnert werden muss daran, dass sich etwa 14 % der Bevölkerung Europas aus Bürgern zusammensetzen, die nicht der offiziellen sprachlichen und kulturellen Gemeinschaft des jeweiligen Staatsvolkes angehören.

Das Recht auf das Erlernen, auf den freien und öffentlichen Gebrauch der eigenen Sprache sowie auf den Zugang zu den Medien und auf kulturelle Identitätsfindung muss allen Bürgern Europas sowohl individuell als auch kollektiv zugestanden werden. Bis heute werden diese Rechte jedoch von vielen Ländern bzw. auf europäischer Ebene meist nur in unzureichender Weise beachtet. Wir alle wissen, dass erst in den 90er Jahren von den internationalen Institutionen Europas das Bedürfnis nach rechtlich bindenden Standards zum Schutz von nationalen Minderheiten und Sprachgemeinschaften erkannt und in zaghaften Schritten umgesetzt wurde. Die Bundesrepublik Deutschland hat dann auch - wie andere Staaten in Europa - die Rahmenkonvention des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten und die Sprachencharta ratifiziert.

Im Land Brandenburg leben rund 20 000 Sorben, von denen nur noch circa 7 000 Niedersorbisch sprechen. Darüber sollte man auch einmal nachdenken.

Den Entschließungsantrag lehnen wir ab, da es hierzu noch erheblichen Klärungsbedarf gibt. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter Firneburg. - Das Wort geht jetzt an die Fraktion der CDU. Frau Abgeordnete Hartfelder, bitte.

Frau Hartfelder (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Stellenwert sorbischer (wendischer) Bildung - ich möchte nicht von "Bildungswesen" sprechen - und die Vermittlung der Sprache, der Kultur und der Geschichte ist in Artikel 25 der Verfassung des Landes Brandenburg vorgeschrieben. Das Recht zum Erhalt der nationalen Identität der Sorben und deren Förderung sind in Brandenburg ein hoher Wert und das ist bisher unwidersprochen konsensfähig. § 5 des Brandenburger Schulgesetzes formuliert die Ansprüche im sorbisch-wendischen Bildungsbereich.

Mit diesen beiden Gesetzen ist der Landesregierung durch das Parlament entsprechendes Handeln auferlegt worden. Deshalb ist für mich eine Reihe der Fragestellungen in der Großen Anfrage der PDS-Fraktion nicht schlüssig. Alle Fragen, die damit beginnen, mit welchem Stellenwert die Landesregierung dies oder jenes bewerte, veranlassen mich zu fragen, was das soll. Die Verfassung und das Schulgesetz geben Antwort.

Darüber hinaus haben die Sorben (Wenden) - auch das sollte hier einmal gesagt werden - ein ständiges Vertretungsrecht in allen Ausschüssen des Brandenburger Landtages und können Gedanken, Ideen, Forderungen und Wünsche einbringen. In den letzten beiden Jahren, in denen ich Vorsitzende des Bildungsausschusses bin, habe ich Vertreter der Sorben allerdings nur sehr selten dort begrüßen können.

Seit 1990 werden große Anstrengungen unternommen, um unter anderem die Sprache der Sorben (Wenden) vor allem durch und in Kitas, in Schulen, aber auch im Kulturleben neu zu beleben.

Sorbisch (Wendisch) ist heute nicht mehr das, was man als Muttersprache bezeichnen kann. Herr Woidke hat es schon gesagt, indem er von Revitalisierung gesprochen hat. Heute wird es im häuslichen Bereich kaum noch gesprochen.

Wenn heute nur noch wenige Sorben ihre Sprache sprechen und verstehen, vor allem Eltern das nicht vorleben können und wir große Anstrengungen unternehmen müssen, damit sich das wieder ändert, dann darf man fragen, wie die Historie eigentlich aussieht. Man muss wohl in die 70-jährige Geschichte des letzten Jahrhunderts und vielleicht noch ein Stückchen weiter zurückdenken. Wenn Sie, meine Damen und Herren von der PDS, sich heute zum Sachwalter für sorbisch-wendische Interessen machen, dann müssen Sie sich auch fragen lassen, was bei drei Bildungsreformen von Margot Honecker in der DDR im Bereich Sprache und Kultur in der Niederlausitz und der Oberlausitz versäumt wurde.

Die eigentlichen Erfolge in der Politik sind in der Antwort auf die Große Anfrage differenziert dargestellt worden. Anmerken möchte ich, dass nach Angaben der Domowina im Lande Brandenburg 20 000 Sorben leben, wobei es in Ostdeutschland insgesamt 60 000 sind. Der Bund und die Länder Sachsen und Brandenburg stellen jährlich 17 Millionen Euro zur Verfügung, um die Kulturpflege, die Sprachförderung und die Kinder- und Jugendarbeit im Lebensraum der Sorben (Wenden) zu unterstützen. Weitere Mittel für entsprechende Zwecke sind an verschiedenen Stellen des Haushalts ausgebracht. An 30 Schulen bieten wir bilingualen Unterricht oder Sprachunterricht an. Davon profitierten in den Jahren von 1998 bis heute jeweils etwa 1 400 Schüler.

Sprache fördert Identität. Deshalb liegt in der Sprachförderung einer unserer Schwerpunkte. Kitas, Grundschulen und nicht zuletzt das niedersorbische Gymnasium leisten dazu einen wichtigen Beitrag.

Von der Cottbuser Arbeitsstelle Bildungsentwicklung - kurz "ABC" genannt - wurde in den letzten Jahren ein wesentlicher Beitrag zur Fort- und Weiterbildung von Sprachlehrern geleistet. Das Gleiche gilt für die Cottbuser Volkshochschule sowie für die Universität Potsdam. Allen diesen Institutionen sei an dieser Stelle gedankt.

Weiterbildungsangebote orientieren sich vernünftigerweise am Bedarf und an den Interessen der angehenden Lehrer und anderer, die Sprache studieren oder lernen wollen. Wenn man sich die Zahl der Teilnehmer an den betreffenden Maßnahmen vor Augen führt, die in den genannten Institutionen übrigens sehr unterschiedlich ist, dann muss man feststellen, dass sie nicht so hoch ist, wie es vielleicht wünschenswert wäre.

Das ABC hat über die Fortbildung hinaus die Aufgabe übernommen, Rahmenlehrpläne zu entwickeln sowie den Schulen Lehr- und Lernmittel für das Niedersorbische zur Verfügung zu stellen. Hier wurde in den letzten Jahren mit drei Lehrerstellen Entlastung geschaffen. Ich erinnere mich noch an die Diskussionen mit dem ABC in den Jahren 1996, 1997 und 1998, in denen es um die Ausstattung des ABC ging. Hier ist es also zu einer Aufstockung gekommen. Wenn das nicht ausreichen sollte, dann sollte noch einmal der direkte Kontakt zu den Bildungspolitikern gesucht werden.

Anlass zu öffentlicher Kritik war die Diskussion um die Schließung des Ergänzungsstudiengangs Sorbisch-Wendisch an der Universität Potsdam. Dies haben wir im vergangenen Jahr als Einzelpunkt diskutiert. Im Jahre 2000 haben, wie Herr Woidke schon ausgeführt hat, an der Universität Potsdam vier Lehrer ein Studium abgeschlossen und es befinden sich gegenwärtig noch elf Studenten in der Ausbildung.

Ich halte den Weg, den uns Frau Ministerin Wanka im letzten Jahr avisiert hat, für richtig. In Zeiten knapper Kassen ist es vernünftig, die Studiengänge in Leipzig und in Potsdam zusammenzuführen. Herr Trunschke, im Übrigen ist es nicht so, dass innerhalb des Studiengangs für Sorabistik in Leipzig - das habe ich zumindest den Antworten auf die Große Anfrage entnommen - nur Obersorbisch studiert werden kann; vielmehr gibt es da auch große Studienanteile von Niedersorbisch, womit dann auch den Bedürfnissen des Niederlausitzer Raumes Rechnung getragen wird. - Schönen Dank.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete Hartfelder, und gebe das Wort an die Landesregierung. Herr Minister Reiche, bitte.

Minister für Bildung, Jugend und Sport Reiche:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Großen Anfrage 30 und den Antworten der Landesregierung dazu geht es im Wesentlichen um die Vermittlung der sorbischen und wendischen Sprache und Kultur in brandenburgischen Schulen, Kindertagesstätten sowie um das, was damit immer im Zusammenhang steht, nämlich um die Lehreraus- und Weiterbildung.

Die niedersorbische Sprache hat gerade jetzt, in der Zeit vor der EU-Osterweiterung, eine besondere Bedeutung. Diese Sprache gehört zusammen mit dem Polnischen, dem Tschechischen, dem Slowakischen zu der westslawischen Sprachenfamilie und sie weist viele Gemeinsamkeiten mit den anderen genannten Sprachen auf. Die sprachliche Verständigung ist eine wichtige Grundlage für eine engere Verbindung zwischen den Menschen in den Mitgliedsstaaten der EU. Aus diesem Grunde kann durch

unsere sorbische Minderheit in Brandenburg ein wichtiger Beitrag zur EU-Osterweiterung geleistet werden.

Unabhängig von der aktuellen Situation in der Europäischen Union ist es für die Landesregierung und auch für mich ganz persönlich aber auch von ganz besonderer Bedeutung, die Revitalisierung der sorbischen bzw. wendischen Sprache zu unterstützen; denn Sprache ist der Träger der Kultur. Ohne dass Menschen diese Sprache sprechen, werden wir bei unseren Bemühungen zum Erhalt dieser Kultur auf Dauer keinen Erfolg haben.

In den letzten 50 Jahren ist die Verbreitung der sorbischen Sprache in der Niederlausitz leider stark zurückgegangen. Noch bis 1945 wurde in Dörfern rund um Cottbus, zum Beispiel in Burg in Werben, in Heinersbrück oder in Jänschwalde, Sorbisch noch in hohem Maße als Umgangssprache gesprochen. Leider hatten es schon damals einige Familien aufgegeben, die Sprache an ihre Kinder weiterzugeben. Das war insbesondere ein negatives Vermächtnis der Unterdrückung der Sorben und Wenden in der Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.

Trotz der völlig anderen Situation in der DDR ist es bedauerlicherweise auch dort nicht dazu gekommen, dass die Sorben und Wenden ihre Sprache wieder an die nächste Generation weitergegeben haben. Die Gründe dafür waren sicherlich vielfältiger Art. Darüber will ich jetzt nicht spekulieren.

Jedenfalls ist die Situation heute so, dass die rund 20 000 sorbischsprachigen Menschen in Brandenburg im Wesentlichen der älteren Generation angehören. Insofern gilt die besondere Unterstützung der Landesregierung den Revitalisierungsprojekten der sorbischen und wendischen Institutionen und Menschen in den Dörfern der Niederlausitz und in und um Cottbus herum.

Ein wesentlicher Teil des Revitalisierungsprozesses vollzieht sich innerhalb des Bildungswesens. Damit ist natürlich nichts gesagt gegen die vielen schönen Bräuche und Traditionen, die, wie das Johannisreiten, das Zampern und vieles andere, wieder ganz intensiv gepflegt werden. Aber bei unseren entsprechenden Bemühungen soll es zentral um die Revitalisierungsprozesse im Bildungswesen gehen. Hierzu haben die sorbischen und wendischen Institutionen konzeptionelle Vorstellungen entwickelt, die in einigen Kindertagesstätten und in der Grundschule Sielow bei Cottbus mit Erfolg derzeit bereits realisiert werden. Dachhausen, wo das Witaj-Projekt beheimatet ist, habe ich schon persönlich besucht und habe von dort einen guten Eindruck mitgenommen.

Die Vorstellungen zielen darauf ab, dem in den letzten Jahren gewachsenen Interesse am Erlernen der sorbischen Sprache und Kultur in den Kindertagesstätten und Schulen entgegenzukommen. Die Vermittlung und Förderung der sorbischen Sprache ist bereits seit Jahren Anliegen der Grundschulen und der Schulen der Sekundarstufen im angestammten Siedlungsgebiet.

Inzwischen gibt es zum Glück auch - darum habe ich mich in den letzten beiden Jahren und auch schon in der Zeit davor mithilfe der Stiftung intensiv bemüht - eine Reihe von Ansätzen für einen bilingualen Unterricht, und zwar insbesondere im niedersorbischen Gymnasium, aber auch - darüber können wir besonders froh und dankbar sein - in Sielow und in Heinersbrück. Kinder, die in den Kindertagesstätten bereits mit sehr

guten Sorbischkenntnissen heranwachsen, werden im Unterricht der Grundschule in Sielow zum Teil weiter in sorbischer bzw. wendischer Sprache unterrichtet und sie werden dann die Möglichkeit finden, im niedersorbischen Gymnasium weiterhin ein entsprechendes Bildungsangebot wahrzunehmen.

Heute haben bei uns die betreffenden Kinder im günstigen Fall die Möglichkeit - das unterscheidet die Gegenwart von der Vergangenheit und ist ein wirklich großer Fortschritt -, über 19 Jahre im Kindergarten und in den Schulen sorbisch zu sprechen. Das alles, Herr Trunschke, geht nicht zum Nulltarif. 30 Millionen in der Sorbenstiftung und das Geld, das wir zusätzlich dafür ausgeben, das alles, Herr Trunschke, ist kein Nulltarif. Das sollte Ihnen genauso deutlich wie mir sein.

Über die Grundschulen und Schulen der Sekundarstufen hinaus gibt es in der Niederlausitz wachsendes Interesse, die sorbische (wendische) Sprache wieder zu lernen. Allein in der Schule für niedersorbische Sprache und Kultur haben im Jahr 1998 1 507, im Jahr 1999 schon 1 854 und im Jahr 2000 sogar 2 284 Personen an Sprachkursen, die nachmittags, abends und am Wochenende stattfanden, teilgenommen. Das ist eine gute Entwicklung, die deutlich macht, dass das Interesse am Sorbischen wächst.

Darüber hinaus hat die Landesregierung im Bereich der in meinem Ministerium angesiedelten Arbeitsstelle Bildungsentwicklung eine Intensivfortbildung für Sorbisch/Wendisch-Lehrkräfte begonnen, in der in den nächsten drei Jahren jeweils zehn Lehrerinnen und Lehrer mit Stundenabminderung in besonders intensiven Kursen auf die Arbeit im bilingualen oder auch einsprachigen (sorbischen) Unterricht vorbereitet werden. Auch das, Herr Kollege Trunschke, nicht zum Nulltarif. Das ist der Fortbildungsbereich, für den wir erhebliche Mittel des Landes zur Verfügung stellen.

Parallel dazu wurde in den letzten Jahren ein Erweiterungsstudium an der Universität Potsdam angeboten, in dem bisher circa 20 Lehrkräfte einen zusätzlichen Abschluss zum Erteilen des Faches Sorbisch in der Sekundarstufe I erworben haben. Dies wird - ich meine, das ist eine tragfähige Entscheidung - in Zukunft an der Universität Leipzig im Zusammenhang mit einem grundständigen Studiengang Sorbisch weitergeführt. Dort sind die Kapazitäten viel umfangreicher. Das heißt, diejenigen, die dann aus der Lausitz nicht nach Potsdam, sondern nach Leipzig fahren, haben ein viel größeres Umfeld, in dem sie auch ringsum das Sorbische studieren können.

Insgesamt kann ich feststellen, dass in den letzten Jahren der nach der Wende begonnene Aufschwung der niedersorbischen Sprache und Kultur im Land Brandenburg fortgesetzt wurde und dass es erhebliche Anstrengungen gegeben hat und weiter geben wird, Personal für die Pflege und Förderung dieser Sprache und Kultur zu qualifizieren, um das Angebot "Sorbisch" in Kindertagesstätten und Schulen weiter auszubauen und attraktiver zu gestalten. Es muss auch festgestellt werden, dass es dazu weiterer Anstrengungen bedarf. Die Landesregierung ist bereit, ihren Anteil dazu zu leisten.

Ein wichtiger Partner bei diesen Anstrengungen sind die Sorben und Wenden selbst; denn nur in dem Umfang, wie die Sorben und Wenden an den angebotenen Maßnahmen und Projekten teilnehmen, kann die Pflege und Förderung der niedersorbischen Sprache und Kultur auch wachsen und gedeihen. Die Landesregierung wird sich weiterhin dafür einsetzen und das Mögliche tun, um die Entwicklung der niedersorbischen Sprache und Kultur zu fördern und zu unterstützen.

Zekujuse, wšykne dobre wšyknych serbow! - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsident Habermann:

Schönen Dank, Herr Minister Reiche. Ich hätte jetzt beinahe auf Sorbisch gedankt, aber ich halte mich zurück.

Meine Damen und Herren, es hat sich noch eine Rednerin gemeldet, Frau Abgeordnete Große von der Fraktion der PDS. Ich erteile ihr das Wort.

Frau Große (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eben weil, wie Herr Minister Reiche noch einmal betont hat, die Sorben selbst der wichtigste Partner in diesem Prozess sind, wäre es schön gewesen, wenn sie auch selbst hätten reden können. Zu anderer Zeit, die vor meiner lag, war das offensichtlich in diesem Hause möglich.

(Beifall bei der PDS)

Welchen Maßstab wählt man, wenn man als Fraktion eine Große Anfrage formuliert und später die Antworten der Landesregierung zu bewerten hat? Die PDS hat den rechtlichen Maßstab gewählt: Verfassung, Sorbengesetz und, wenn es um Bildungsfragen geht, auch Schul- und Kitagesetz. Die Verfassung garantiert dem sorbischen Volk nicht nur das Recht auf Schutz, Erhaltung und Pflege seiner nationalen Identität, sondern sie formuliert konkret ein "Recht auf Bewahrung und Förderung der sorbischen Sprache und Kultur im öffentlichen Leben und ihre Vermittlung in Schulen und Kindertagesstätten".

Davon ausgehend schreibt das Schulgesetz zweierlei fest, in § 5 die Aufgaben der Schulen im Siedlungsgebiet der Sorben und in § 4 die Vermittlung und Förderung von Kenntnissen und das Verstehen der sorbischen Identität, Kultur und Geschichte als besondere Aufgaben der Schule in ganz Brandenburg. Das Kita-Gesetz bestimmt als Aufgabe der Kindertagesstätten im angestammten Siedlungsgebiet der Sorben, für sorbische Kinder die Vermittlung und Pflege ihrer Sprache und Kultur zu gewährleisten.

In unserer Großen Anfrage geht es um den erreichten Stand der Umsetzung dieser Gesetzesaufträge und um die Rahmenbedingungen für ihre künftige Umsetzung. Wenn Sie so wollen, werden das Schul- wie das Kita-Gesetz mit dem Stand 2001 evaluiert. So sollten wir auch an die Debatte im Landtag herangehen. Vorwürfe an meine Fraktion dergestalt, dass man sich doch schon zigmal mit diesem Thema beschäftigt habe, sind verzichtbar. Ich wünsche uns eine sachliche Debatte, die Erreichtes ebenso benennt wie noch vorhandene Defizite. Meine Fraktion will ihren Beitrag dazu leisten.

Da ist für den Zeitraum seit 1990 festzuhalten, dass erstens Brandenburg auf eine steigende Zahl von Schulen mit Schülern im Sorbischunterricht verweisen kann, übrigens entgegen den Unkenrufen des MBJS in einer Sitzung des Bildungsausschusses, dass zweitens die Vermittlung von sorbischer Sprache, Kultur und Tradition in Kitas - Witaj-Projekt - auf großes Interesse bei Eltern trifft, dass es drittens mit Unterstützung des Landes Anfänge beim bilingualem Unterricht gibt und dass diese auf der Grundlage einer Verordnung des MBJS ausgebaut werden, dass viertens Brandenburg, und zwar trotz wiederholter Versuche zur Reduzierung auch innerhalb der verschiedenen Landesregierungen, regelmäßig Zuschüsse zur Stiftung für das sorbische Volk in Höhe von etwa 5 Millionen DM geleistet hat und dass sich fünftens die Vertreter der Landesregierung in der Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat auch im Interesse der Entwicklung des sorbischen Bildungswesens für einen Minderheitenschutzartikel stark gemacht haben.

Wenn wir mehr Zeit hätten, könnte ich dieser Liste noch manches Erfreuliche hinzufügen. Aber Herr Minister Reiche hat schon einiges sehr deutlich gesagt. Das Erreichte, Herr Minister Reiche und Frau Ministerin Wanka, ist aber nicht das Erreichbare, und zwar immer gemessen am geltenden Recht.

Ich möchte vor allem auf folgende noch zu lösende Probleme aufmerksam machen.

Erstens: Die Überarbeitung der Rahmenlehrpläne; das bezieht sich auf die Antwort auf Frage 6. Das Schulgesetz verpflichtet dazu, in allen Schulen Brandenburgs Kenntnisse der sorbischen Kultur und Geschichte zu vermitteln. Schon in der Großen Anfrage von 1998 hatte die Landesregierung angekündigt, diese Aufgabe bei der anstehenden Überarbeitung der Rahmenpläne zu berücksichtigen. Was wir gegenwärtig in Gestalt der Entwürfe der Rahmenpläne wahrnehmen, entspricht diesem Versprechen, geschweige denn dem Gesetzesauftrag, nicht. Ihr Stufenvorwort mit dem Kapitel "Sorbische (wendische) Identität und Kultur" in allen Ehren, auch wenn es inhaltlich kaum mehr bringt, als dass das Anliegen der Vermittlung von sorbischen Inhalten erläutert wird. In den Rahmenlehrplanentwürfen selbst wird das dann aber nicht etwa untersetzt, sondern die Pläne beschränken sich im Wesentlichen auf die Aufnahme des Stichworts "Sorben" nach dem Motto: Es gibt auch Sorben in Brandenburg. Das reicht einfach nicht, um Lehrer bei der Vorbereitung ihres Unterrichts zur Auswahl bestimmter sorbischer Inhalte zu motivieren, die ihnen leider häufig nicht einmal im Studium vermittelt wurden.

Zweitens: Sprach- und Fachunterricht in sorbischer Sprache. Über die quantitative Seite habe ich bereits gesprochen. Wichtiger ist aber die Qualität. Da stellt sich natürlich für den niedersorbischen Sprachunterricht zunächst die Frage nach der Anzahl und der Qualifikation der Lehrkräfte. Hierzu ist heute schon einiges gesagt worden. Auch die Landesregierung kann nicht umhin, zumindest für etwa 2010 einen gewissen Bedarf an Lehrern zu benennen. Ich denke aber, dass dies aktuell ist. Das ergibt sich vor allem aus den Abschlüssen der Sorbischlehrer, die größtenteils - 57 von 76 - nur eine Befähigung für die Klassen 1 bis 6 haben, weil sie im Zeitraum bis 1990 wohl nur das Sorbische Lehrerbildungsinstitut im obersorbischen Bautzen abgeschlossen haben, und zum anderen natürlich aus den stabilen Teilnehmerzahlen im sorbischen Sprachunterricht, was innerhalb der nächsten Zeit Konsequenzen für die Zahl der notwendigen Lehrer in der Sekundarstufe I und II haben wird. 15 Lehrer mit Befähigung für die Sekundarstufe I dürften nicht ausreichen. Die daraus resultierenden Probleme sind nicht durch Bemühungen im Rahmen der normalen Weiterbildung zu bewältigen, wie das MBJS offensichtlich glaubt, abgesehen davon, dass diese Weiterbildung für das berufliche Fortkommen der Lehrer ohne Bedeutung ist, weil sie nicht staatlich anerkannt wird.

Es stellt sich aber auch die Frage nach den Rahmenbedingungen für die gewollte breitere Einführung des bilingualen Unterrichts. Auch hier steht und fällt vieles mit der Qualität der Lehrkräfte und der Qualität der Lehrpläne. Wer wie die Landesregierung glaubt, diese Aufgabe sei mit ein paar zum Teil von den Lehrkräften selbst konzipierten Weiterbildungsveranstaltungen so ganz nebenbei zu erledigen, der täuscht sich. 4,55, 5,69 oder 4,77 Stunden Weiterbildung pro teilnehmender Sorbischlehrkraft pro Schuljahr bei Einzelkursen sind nicht gerade üppig.

Wie viele Lehrkräfte die Intensivfortbildung für den bilingualen Unterricht angenommen haben, die seit September 2001 laufen sollte, das verschweigt die Antwort unter 15.

Noch ein Wort in diesem Zusammenhang zu den Lehrplänen für den bilingualen Unterricht. Ich trete den Schulen, die bereits heute bilingual unterrichten bzw. sich darauf vorbereiten, sicherlich nicht zu nahe, wenn ich feststelle, dass diese Schulen die Unterstützung des Landes und eine wissenschaftliche Begleitung brauchen; nur auf sich gestellt - wie gegenwärtig - können z. B. Lehrpläne nicht die erforderliche Qualität erhalten.

Drittens: die Zukunft der Witaj-Kindergärten. Mit Witaj ist - vor allem durch das Engagement der Sorben selbst - etwas Einzigartiges gelungen, nämlich die Revitalisierung von Sprache und sorbischer Kultur in Aktion. Nicht nur sorbische, sondern auch deutsche Kinder besuchen diese Einrichtungen. Sie erhalten multikulturelle Erziehung im besten Sinne des Wortes. 1998 gab es noch keine Einrichtung. Die erste Witaj-Kita in Trägerschaft des Sorbischen Schulvereins war in Cottbus-Sielow gerade in Vorbereitung. Zum Schuljahr 2000/01 wurden nun erstmals sechs Kinder aus einem Witaj-Projekt in die Grundschule aufgenommen. Eine Reihe weiterer Witaj-Kitas entstand.

Aber es gibt eben auch nicht geringe Probleme, die sich infolge der jüngsten Änderung des Kita-Gesetzes eher noch zugespitzt haben. Diese Probleme verschwinden eben auch nicht dadurch, dass man, wie die Landesregierung, behauptet:

"Der Landesregierung ist nicht bekannt, dass den Kommunen durch Witaj-Projekte im Kita-Bereich erhebliche Mehrbelastungen entstehen."

Sicher, Herr Minister, man kann sich endlos darüber streiten, was man unter "erheblichem Mehraufwand" versteht. Dass es Mehrbelastungen in Größenordnungen gibt, ist Ihnen aber nicht nur einmal, so auch bei Ihrem Besuch in Drachhausen, von den Akteuren geschildert worden: für die Erstellung von Spiel- und Lehrmaterial, für die Vorbereitung der Erzieherinnen, was das Eineinhalbfache des Aufwandes anderer Erzieherinnen ausmacht, für die Vertretung von Erzieherinnen während der notwendigen Weiterbildungsmaßnahmen, für spezielle Praxisbetreuer und vieles andere mehr, auch dafür, dass kleinere Gruppen eben kostenintensiver sind. Wer nun glaubt, mit einer seit Jahren unveränderten jährlichen Einmalzahlung an die Stiftung könne er auch diese ständig wachsenden Mehraufwendungen abdecken, der handelt unredlich.

Ich würde mir in diesem Zusammenhang wünschen, dass sich der fachlich zuständige Hauptausschuss der Frage der Finanzierung von Aufgaben nach dem Sorben-Gesetz endlich einmal ernsthaft zuwendet. Es kann nicht sein, dass dieses Gesetz für Kindertagesstätten, die durch sorbische Verbände im angestammten Siedlungsgebiet der Sorben betrieben werden, von einer besonderen Förderung und Unterstützung durch das Land spricht, die Regierung aber dann, wenn diese vom Gesetzgeber gewollte Bildungsreform stärker als früher angenommen wird, nur zwei Antworten parat hat: Wir geben schon Geld an die Stiftung. Zuständig sind die Gemeinden. - Aber genau diese bekommen vom Land nicht einen einzigen Cent mehr für diese zusätzliche Aufgabe. So geht es nicht, wenn man den Auftrag des Sorben-Gesetzes wirklich noch ernst nimmt, und das sollten wir tun. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Dr. Knoblich:

Ich danke auch. - Wir sind am Ende der Rednerliste und ich schließe die Aussprache. Damit ist die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage 30 - Drucksache 3/3515 - zur Kenntnis genommen.

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es noch einen Entschließungsantrag der PDS-Fraktion in Drucksache 3/3802. Wir sind bei der Abstimmung über diesen Entschließungsantrag. Wer ihm folgen möchte, möge die Hand aufheben. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist er mehrheitlich abgelehnt.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 10 und rufe **Tagesordnungspunkt 11** auf:

Bundesratsinitiative zur Änderung des Strafgesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. November 1998 (BGBl. I S. 3322), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Regelung des Rechts der Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestages (Untersuchungsausschussgesetz vom 19.06.2001) (BGBl. I S. 1142)

Antrag der Fraktion der DVU

Drucksache 3/3783

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der einbringenden Fraktion. Herr Abgeordneter Schuldt, Sie haben das Wort.

Schuldt (DVU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Gleichstellung Behinderter muss nicht nur unser, sondern sollte auch Ihr Ziel sein. Aber hier ist einiges im Argen und muss geändert werden. Es muss vor allem dort angesetzt werden, wo die Benachteiligung von geistig, psychisch oder körperlich eingeschränkten Menschen besondere Ungerechtigkeit hervorbringt.

Als DVU-Fraktion scheuen wir uns nicht, ein bislang tabuisiertes, aber umso mehr eklatantes Beispiel von Ungerechtigkeit

aufzugreifen, nämlich das des sexuellen Missbrauchs geistig, psychisch oder körperlich widerstandsunfähiger Personen. Gerade diese Menschen bedürfen eines besonderen Schutzes, einer besonderen Fürsorge durch den Staat und durch die Rechtsgesellschaft.

Besonders verwerflich, ja sogar verabscheuungswürdig ist, wenn sexuelle Handlungen durch Täter an solchen wehrlosen Opfern vorgenommen werden oder diese zu sexuellen Handlungen gezwungen werden. Der besondere Unwertgehalt dieser Taten liegt vor allem in der Tatsache, dass dabei die Widerstandsunfähigkeit des Opfers ausgenutzt wird, das heißt, dass behinderte Menschen dazu benutzt werden, zu sexueller Erregung oder Befriedigung zu kommen. Damit werden Menschen, die beispielsweise eine seelische Störung oder tief greifende Bewusstseinsstörungen haben, zu reinen Objekten instrumentalisiert.

Da § 179 des Strafgesetzbuches keine Nötigungshandlungen voraussetzt, war es natürlich ein großer rechtspolitischer und rechtsethischer Fortschritt, den sexuellen Missbrauch auch eines widerstandsunfähigen Ehepartners unter Strafe zu stellen. Dies war natürlich eine völlig richtige rechtspolitische Reaktion mit Einführung des § 179 am 01.04.1998 als Ausführung des 33. Strafrechtsänderungsgesetzes vom 01.07.1997.

Völlig richtig war auch, die Norm geschlechtsneutral zu formulieren, eine Versuchsstrafbarkeit herzustellen und mit dem Absatz 4 neue Qualifikationstatbestände zu schaffen. Nichtsdestotrotz ging diese Novellierung vom ethischen Standpunkt her nicht weit genug, meine Damen und Herren. Die Verweisung des Absatzes 6 des § 179 auf die §§ 176 a und 176 b, also auf Vorschriften zum Schutz von Kindern, spiegelt trotz der Modernisierungsbemühungen weiterhin eine diskriminierende Einstellung gegenüber der sexuellen Selbstbestimmung Behinderter wider. Dies ist selbst in gängigen Kommentaren zum Strafgesetzbuch wie Trödle/Fischer belegt.

Aber selbst dann, wenn man das noch gelten lässt, so ist aus Sicht unserer Fraktion nicht einzusehen, dass Taten im Sinne von § 179, die das Opfer aufgrund seiner Widerstandsunfähigkeit besonders erniedrigen, weil sie es zum bloßen Objekt sexueller Willkür des Täters herabwürdigen, mit einem geringeren Strafmaß belegt werden als die sexuelle Nötigung. Wer einen Menschen, der wegen einer geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung oder einer Suchtkrankheit oder sonstiger Bewusstseinsstörungen geistig, psychisch oder körperlich widerstandsunfähig ist, sexuell missbraucht, muss genau so hart bestraft werden wie jemand, der eine sexuelle Nötigung verwirklicht; denn diese Tat ist dem Tatbestand der Ausnutzung einer Lage, in der das Opfer der Einwirkung eines Täters schutzlos ausgeliefert ist und von diesem zur Duldung sexueller Handlungen bzw. zur Vornahme solcher Handlungen genötigt wird, gleichzusetzen. Wo, meine Damen und Herren, soll da ein derartiger Unterschied im Unwertgehalt liegen, dass der erste Fall nur ein Vergehen sein soll, welches im Grundtatbestand mit einer Mindeststrafe von nur sechs Monaten geahndet werden kann, während hingegen die sexuelle Nötigung mit einem Mindeststrafmaß von einem Jahr zu Recht ein Verbrechen ist? Genau das muss geändert werden. Aus diesem Grund sind auch die Qualifikationstatbestände des sexuellen Missbrauchs widerstandsunfähiger Personen, nämlich des Beischlafs mit dem Opfer oder der gemeinschaftlichen Tatbegehung oder gar der Gesundheitsgefährdung, im Strafmaß den besonders schweren Fällen der sexuellen Nötigung insbesondere in Form der Vergewaltigung gleichzusetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, besonders Sie von CDU und SPD, lehnen Sie unsere Anträge nicht aus Prinzip ab, sondern beginnen Sie endlich, sich mit den von uns aufgeworfenen Themen auseinander zu setzen! Noch einmal: Es geht um die Gleichstellung behinderter Menschen.

Nichtsdestotrotz traue ich Ihnen wenigstens so viel Anstand zu, dass Sie eine derartig gravierende Lücke im Strafgesetz, die ein diskriminierender Schlag ins Gesicht behinderter Personen ist, erkennen und Ihre ideologischen Scheuklappen fallen lassen. Deshalb bitte ich alle Kolleginnen und Kollegen dieses Hauses, unserem Antrag heute zuzustimmen oder sich wenigstens einer Überweisung an den Rechtsausschuss nicht zu verschließen. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Dr. Knoblich:

Bevor ich dem Abgeordneten Homeyer, der für die Koalitionsfraktionen sprechen wird, das Wort erteile, möchte ich junge Besucher aus dem Oberstufenzentrum I Technik in Potsdam sowie Jugendfeier-Teilnehmer, die gerade eingetroffen sind, begrüßen. Herzlich willkommen!

Herr Abgeordneter Homeyer, Sie haben das Wort.

Homeyer (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein Blick der antragstellenden Fraktion in die Protokolle der Bundestagssitzungen, in denen die 6. Strafrechtsreform behandelt wurde, hätte uns diesen Tagesordnungspunkt erspart. Schon das bloße Lesen des Gesetzestextes hätte zur Einsicht in die Überflüssigkeit dieses Antrages führen können.

Meine Damen und Herren, um es klar und deutlich zu sagen: Der sexuelle Missbrauch widerstandsunfähiger Personen ist eine der abscheulichsten Taten, die man sich vorstellen kann. Aus diesem Grund sieht der Gesetzgeber auch eine Freiheitsstrafe von bis zu 10 Jahren für solche Taten vor. In besonders schweren Fällen sind sogar bis zu 15 Jahre vorgesehen.

Durch die Verweisung in § 179 Abs. 6 Strafgesetzbuch werden für die schwersten Fälle eines sexuellen Missbrauchs widerstandsunfähiger Personen dieselben Strafandrohungen wie für sexuelle Nötigung und Vergewaltigung, nämlich bis hin zu lebenslanger Freiheitsstrafe oder Freiheitsstrafe nicht unter 10 Jahren, erreicht. Durch diese Strafen kann die Tat zwar nicht ungeschehen gemacht werden - ich bin überzeugt davon, die Opfer werden ihr Leben lang leiden -, doch sind die Strafandrohungen am obersten Ende angesiedelt und es wird dabei nicht zwischen behinderten und nicht behinderten Opfern unterschieden. Ich gehe davon aus, dass unsere Richterinnen und Richter bei solchen Fällen den Strafrahmen voll ausschöpfen werden; denn sie wissen um die Sensibilität dieses Themas.

Das unterschiedliche Mindeststrafmaß hingegen hat gesetzestechnische Gründe und eine Verkürzung darauf, dass die Verge-

waltigung nicht behinderter Frauen höherrangig wäre, ist falsch. Ich gebe zu, dass das für Nichtjuristen schwer nachzuvollziehen ist, es wirkt sich aufgrund der gleichen Höchststrafe in der Praxis aber nicht aus. Ein Grundsatzurteil des Bundesgerichtshofes vom 20. Oktober 1999 bestätigt dies. Wir lehnen deshalb diesen Antrag ab. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an den Abgeordneten Ludwig. Er spricht für die PDS-Fraktion.

Ludwig (PDS):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Weder aus dem Antragstext, seiner Begründung noch aus dem hier vorgetragenen Text der DVU-Fraktion geht für die PDS-Fraktion hervor, warum dieser Antrag jetzt in das Hohe Haus eingebracht wird. Es ist eine Facette aus der Generaldebatte um eine Strafrechtsreform in Deutschland; es ist auch nur ein Teilbereich aus der reformbedürftigen Materie der so genannten Sexualdelikte. Wir können nicht erkennen, warum die Landesregierung zu diesem Zeitpunkt eine solche Initiative anfassen sollte. Wir lehnen daher den Antrag ab. - Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Dr. Knoblich:

Wir wären damit bei der Landesregierung. - Sie verzichtet. Damit sind wir am Ende der Rednerliste und ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Die Fraktion der DVU beantragt die Überweisung ihres Antrags in der Drucksache 3/3783 an den Rechtsausschuss. Wer diesem Überweisungsansinnen folgen möchte, möge die Hand aufheben. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist die Überweisung mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung in der Sache. Wer dem Antrag in der Sache folgen möchte, möge die Hand aufheben. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag auch in der Sache mehrheitlich abgelehnt worden.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 11 und rufe den **Tagesordnungspunkt 12** auf:

Konversionsinitiativen

Antrag der Fraktion der PDS

Drucksache 3/3784

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der beantragenden Fraktion. Herr Domres, Sie haben das Wort.

Domres (PDS):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Endlich ist

eine K-Frage beantwortet und da Sie, meine Damen und Herren von der CDU, eine gewisse Erfahrung mit K-Fragen haben, möchte ich Sie dazu einladen, gemeinsam mit der PDS-Fraktion eine weitere K-Frage zu beantworten. Da aber auch bei der SPD in den vergangenen Wochen und Monaten ein gewisses Interesse an K-Fragen zu erkennen war, lade ich sie ebenfalls zum Mittun ein.

Meine K-Frage steht für Konversion und in diesem speziellen Fall - der Antrag lässt es erkennen - für Konversion im Zusammenhang mit der Bundeswehrreform. Vor gut einem Jahr diskutierten wir hier schon einmal einen Antrag, um ein Bundeskonversionsprogramm auf den Weg zu bringen. Seinerzeit hatte ich den Eindruck, dass dieses Konversionsprogramm sozusagen ein gemeinsamer Nenner in diesem Hause war. Leider gab es kaum Ergebnisse und leider war der Optimismus, den die Koalition und auch die Regierung aufgrund des Bundesratsbeschlusses versprühten, verfrüht. Wieder hat sich gezeigt: Aus der Opposition heraus fordern SPD und Grüne und jetzt CDU/CSU Konversionsprogramme, doch sind sie an der Regierung, wurden und werden die Kommunen mit den Folgen von Streitkräftereduzierungen größtenteils allein gelassen und ausgesprochene Forderungen vergessen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke, wir brauchen heute nicht über Sinn oder Unsinn der Bundeswehrreform zu streiten. Die Bundesratsinitiative vom 16.02.2001 allein reicht aus Sicht der PDS-Fraktion nicht aus. Warum sonst hat sich der Bundestag mit dieser Initiative noch nicht beschäftigt? Oder anders gefragt: Warum hat Rot-Grün alle Anträge in der Haushaltsdebatte im Bundestag, die sich für Kompensationsmaßnahmen für Kommunen aussprechen, abgelehnt?

Der Bund muss die Länder bei der struktur- und regionalpolitischen Bewältigung der Folgen der Bundeswehrreform unterstützen, insbesondere durch Um- und Ausbau wirtschaftsnaher Infrastruktur gerade in strukturschwachen Regionen.

Die Erkundung von Verdachtsflächen, die Sanierung militärischer Altlasten und die Beseitigung der aus der Zeit bis 1945 stammenden Fundmunition und sonstigen Kampfstoffe, unabhängig von ihrer Herkunft, gehören dazu.

Die Ablehnung des Rüstungsaltlastenfinanzierungsgesetzes - im heutigen Pressespiegel ist die Situationsbeschreibung von Oranienburg nachzulesen - und die bisherige Nichtbehandlung der Forderungen des Bundesrates nach einem Bundeskonversionsprogramm durch die Bundesregierung sind an Scheinheiligkeit nicht zu überbieten.

Wir fordern heute kein Beschäftigungsprogramm, wie mir Frau Richstein im Februar 2001 unterstellte. Im Gegensatz zu einem Bundeskonversionsprogramm, das in erster Linie aktionsorientiert und zeitlich begrenzt ist, wird mit einem Bundeskonversionsgesetz allen am Konversionsprozess Beteiligten Handlungssicherheit gegeben.

Man muss davon ausgehen, dass die aktuelle Bundeswehrreform kein einmaliger, sondern ein zyklischer Wiederholungsfall des Streitkräfteumbaus ist. Auch das sage ich ohne jegliche politische Wertung; es ist einfach Fakt.

Für uns ist klar: Eine Bundeswehrreform ist nicht gegen die

Zivilbeschäftigten und die Soldaten zu machen, sondern nur mit ihnen. Für die Zivilbeschäftigten scheint eine tarifvertragliche Lösung gefunden. Die Soldaten werden an andere Standorte versetzt, die Liegenschaften aber bleiben und die verlorene Kaufkraft sowie fehlende Aufträge werden sich bei Handel und Gewerbebetrieben bemerkbar machen.

Die vom Bund gewollte vorrangige Erzielung von Verkaufserlösen aus freizuziehenden Liegenschaften widerspricht den Möglichkeiten schwacher Kommunen. Wo kein Bedarf oder kein Markt ist, ist auch kein Wert.

Der Minister für Wirtschaft teilte in seiner Antwort auf eine mündliche Anfrage am 14.12. mit:

"Die deutlich hinter den Erwartungen zurückbleibenden Ergebnisse der vom Bundesministerium für Verteidigung zur Vermarktung eingerichteten Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb - GEB - belegen, dass die Probleme der Konversion auf Bundesebene neu durchdacht werden müssen."

Dem kann man nur beipflichten.

Auch die Forderungen der Konferenz der Arbeitsgemeinschaft der Bauminister fänden die volle Unterstützung der PDS. Einige Beispiele: Eine höhere Transparenz bei der Liegenschaftsfreigabe, Regelung der Verbilligungsrichtlinien, eine enge Einbeziehung der betroffenen Kommunen. Diesen Forderungen kann man mit der Zustimmung zu unserem Antrag Nachdruck verleihen. Legen Sie bitte Ihre parteipolitischen Fesseln heute ab und unterstützen Sie diesen Antrag!

Die Frage bezüglich der Konversion, die Frage, welche Unterstützung die Kommunen für die Kompensation der Bundeswehrreform erhalten sollen, kann von uns nur gemeinsam bewertet und beantwortet werden.

Mit der Auflösung des Sondervermögens wird der Konversionsprozess in Umfang und Tempo ohnehin schon eingeschränkt. Die Kommunen befürchten schon jetzt Einschränkungen im Bereich der Umwandlung ehemals durch die WGT militärisch genutzter Liegenschaften und Flächen.

Meine Damen und Herren, der Innenminister hat in seiner Rede vor gut einem Jahr erklärt, dass die Landesregierung alles unternehmen wird, damit der Bund diese Belastungen im Rahmen eines Hilfeprogramms ausgleicht. Den PDS-Fraktionen im Deutschen Bundestag und im Brandenburger Landtag sind keine Initiativen der Bundesregierung in dieser Richtung bekannt. Wir haben bisher nur Ablehnungen und Untätigkeit zur Kenntnis genommen. Ich meine, dass wir uns damit nicht abfinden dürfen.

Ein Vertreter der Gesellschaft für Konversion und Standortentwicklung mbH stellte in einer Anhörung klar, dass die derzeit geltenden juristischen, fiskalischen und ordnungspolitischen Rahmenbedingungen nicht ausreichen, um die zivilen Folgen von Streitkräftereduzierungen allein durch Gebietskörperschaften und Landesbehörden zu beseitigen. Des Weiteren beklagt er das Fehlen spezifischer Förderprogramme, die Verknappung von Fördermitteln sowie das Fehlen eines zentralen Konversionsmanagements. Meine Damen und Herren, die Verantwortung des Bundes für Streitkräftefragen ist geregelt, die Verantwortung für die zivilen Folgen des Streitkräfteumbaus ist es aber nicht. Dafür wird ein Bundeskonversionsgesetz gebraucht. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an die SPD-Fraktion. Herr Abgeordneter Müller, bitte sehr.

Müller (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es geht hier um verschiedene Dinge, die man vielleicht ein Stück weit auseinander halten muss. Es geht sicherlich erstens um den gesetzlichen Rahmen, zweitens um die Finanzierbarkeit und drittens um die Zielrichtung und Erreichbarkeit. Darauf möchte ich eingeben.

Zunächst zur Finanzierung: Wir haben vor circa zwei Jahren Bedenken gehabt, als KONVER, das Konversionsprogramm, als eigenständiges Programm auslief, und haben überlegt, wie es in Bezug auf EU-Mittel, die uns als Land Brandenburg zur Verfügung stehen, weitergehen wird. Wir können heute feststellen, dass es nicht den Bruch gegeben hat, den wir befürchteten, sondern die Integration in das EFRE-Programm insgesamt hat dazu geführt, dass das, was machbar war, weitergeführt werden konnte. Insofern muss man zunächst feststellen, dass wir aufgrund dieser Umstellung keine zusätzlichen Probleme bekommen haben.

Ob wir ein Konversionsgesetz brauchen, ist eine zweite Frage. Diese Thematik ist uns nicht neu. Seit vielen Jahren wird darüber diskutiert. Sie haben darauf hingewiesen. Nun ist es aber auch so, dass die Landesregierung in diesem Bereich etwas getan hat. Unter anderem hat sie am 28. August 2001 eine Bundesratsinitiative gestartet, die die Finanzierung der Sanierung von Rüstungsaltlasten zum Ziel hat. Jetzt kann man sich natürlich überlegen, was machbar, erreichbar und umsetzbar ist. Ich bin der Überzeugung, dass es in jedem Fall erst einmal notwendig ist zu versuchen, das umzusetzen.

Dass in Brandenburg noch immer schätzungsweise 400 000 ha Landesfläche mit Bomben, Granaten, Minen und anderer Munition aus dem Zweiten Weltkrieg belastet sind, ist das primäre Problem. Konversion funktioniert bei gewerblicher Ansiedlung oder Wohnansiedlung im Zweifel sowieso erst dann, wenn in diesem Bereich etwas passiert ist. Wir halten es deshalb für richtig, sich zunächst auf diesen ersten Bereich zu konzentrieren. Nachdem der Bundesrat entschieden hat und diesen Gesetzentwurf auch mitträgt, sollte man darauf warten und drängen, dass das Gesetz entsprechend umgesetzt wird. Dann würden wir viele unserer Probleme gelöst bekommen. Insofern glauben wir nicht, dass es vernünftig wäre, mit diesem zweiten Gesetz jetzt in den Bundesrat zu gehen, um dort etwas zu bewirken. Das wäre nicht durchsetzbar. Zunächst muss der erste Schritt gegangen werden.

Was das Bundesamt angeht, so müssen wir wiederum die Frage stellen, was wir eigentlich wollen. Wollen wir, dass wir unser Geld zur Verfügung stellen und dass ein Bundesamt darüber entscheidet, wie es verwendet wird? Das können wir nicht wollen. Insofern wäre die Situation für uns natürlich eine andere, wenn die Konversion vollständig vom Bund finanziert würde. Dann würde ein Bundesamt Sinn machen. Solange es aber um Landesmittel und uns von der EU zur Verfügung gestellte Mittel geht, sollte die Entscheidung auch hier im Lande getroffen werden.

Wir haben seit zwölf Jahren gute Erfahrungen. Für das Land Brandenburg ist der Konversionsbeauftragte Roland Voigt zuständig. Ich meine, dass wir ihm an dieser Stelle auch einmal für die langjährige und verdienstvolle Tätigkeit in diesem Bereich danken müssen.

Wenn Sie das, was ich hier gesagt habe, zusammenfassen, dann werden Sie sicherlich zu dem Ergebnis kommen, dass wir Ihrem Antrag nicht folgen werden. Wir sehen die Schwerpunkte, die Zielsetzung und auch die Strategie anders als Sie. Wir werden Ihren Antrag ablehnen. Allerdings werden wir - das will ich auch sagen - damit das Thema nicht beenden. Wir werden es sowohl in den Ausschüssen als auch hier im Parlament diskutieren. Es ist ein Thema, welches uns noch jahrelang begleiten wird. Was derzeit durch die Landesregierung auf den Weg zu bringen war, ist auf den Weg gebracht worden. Wir lehnen den Antrag ab. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an die DVU-Fraktion. Herr Abgeordneter Claus, bitte.

Claus (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Der uns hier vorgelegte Antrag der PDS-Fraktion hinterlässt den Eindruck, mit der heißen Nadel gestrickt worden zu sein. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Autoren der PDS am 14. Januar 2002 im "Märkischen Echo" den Zeitungsartikel "Strausberg als Standort für Konversionsamt" gelesen und am Tag darauf ihren Antrag im wahrsten Sinne des Wortes zusammengezimmert haben. Dies ist kein solides politisches Handeln und deshalb lehnen wir als DVU-Fraktion diesen Antrag ab.

Was ist am Antrag der PDS-Fraktion auszusetzen? So groß die Bedenken unserer Fraktion gegen die Bundeswehrreform auch sind - das wurde heute schon des Öfteren gesagt -, bedürfen deren Folgen doch ganz unterschiedlicher Maßnahmen. Diese müssen sich zum einen auf Fragen des Personalabbaus innerhalb der Streitkräfte einschließlich der Zivilbediensteten, zum anderen aber auch auf die Kommunen beziehen, denen durch die Reform Einnahmen oder Wirtschaftskraft wegbrechen.

In vielen Fällen haben Gemeinden oder Städte im Vertrauen auf die dort stationierten Streitkräfte Investitionen getätigt. Zudem hat der dort ansässige Mittelstand vielfach sein wirtschaftliches Handeln daran ausgerichtet. Damit erhält die Bundeswehrreform zugleich eine wirtschaftliche und infrastrukturelle Dimension und mit den Folgen der Reform dürfen die betroffenen Kommunen, der dort ansässige Mittelstand und die dort leben-

den Bürgerinnen und Bürger in der Tat nicht allein gelassen werden. Dass dies jedenfalls nicht ausschließlich Sache der Länder sein kann, liegt ebenso auf der Hand. Hier muss der Bund mit in der Pflicht stehen, wie auch der Abgeordnete Müller bereits ausführte.

Ein vergleichbares Problem - darauf geht die PDS-Fraktion in keiner Weise ein - gibt es in den Kommunen mit der Beseitigung der Kriegsaltlasten. Durch deren Beseitigung werden die betroffenen Kommunen finanziell auch überdimensional belastet. Hier nenne ich nur die Stadt Oranienburg, die dafür immerhin 700 000 Euro aufbringen muss.

Zudem sind hiervon im besonderen Maße die Bundesländer in Mitteldeutschland betroffen, auch unser Land Brandenburg. Insoweit wird eine Schieflage zwischen den Bundesländern ersichtlich, denn die Endkämpfe des Zweiten Weltkrieges mit all ihren Folgen fanden nun einmal in Mittel- und Ostdeutschland statt. Auch hier ist nach Auffassung der DVU-Fraktion der Bund gefragt, eine ausgleichende Regelung zu schaffen.

Aus diesen Gründen halten wir als DVU-Fraktion es nicht nur für sinnvoll, sondern für unbedingt erforderlich, die Fragen der Beseitigung der Rüstungsaltlasten aus dem Zweiten Weltkrieg zur Entlastung unserer Kommunen in eine Konversionsinitiative einzubringen.

Was nun die einzelnen Positionen im Antrag der PDS-Fraktion angeht, so sind folgende Punkte zu kritisieren: Nach den Vorstellungen der PDS-Fraktion soll die Konversion als Wirtschaftszweig weiterentwickelt und ein Bundesamt für Konversion eingerichtet werden. Wir als DVU-Fraktion haben gelinde ausgedrückt - gegen beides Bedenken. Den Gedanken, Konversion als Wirtschaftszweig zu entwickeln, halten wir geradezu für absurd.

Sowohl die Bundeswehrreform wie auch die Beseitigung der Kriegsaltlasten sind wohl nur vorübergehende Zeiterscheinungen. Die von der PDS-Fraktion angestrebte Kombination Wirtschaftszweig und Bundesamt für Konversion halten wir für ein Stück aus der sozialistischen Mottenkiste. Diese Vorstellung ist geradezu PDS-typisch. Hier soll einmal mehr eine Behörde Wirtschaft machen. Das müssen Sie sich einmal überlegen, meine Damen und Herren von der PDS!

Abgesehen davon frage ich: Hat sich die antragstellende Fraktion schon einmal Gedanken darüber gemacht, aus welchem Bundestopf die benötigten Gelder für die Konversion eigentlich kommen sollen?

Etwa allein aus dem Etat des Verteidigungsministeriums? Sie wissen selbst, wie dieses Budget aussieht.

Es geht hier um die Unterstützung der Umsteuerung kommunaler Infra- und Wirtschaftsstrukturen infolge von Standortschließungen.

Sie beantragen die Überweisung in den Innenausschuss. Dort wird vielleicht darüber beraten werden. Wir stimmen diesem Antrag der PDS-Fraktion nicht zu. - Danke schön.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Dr. Knoblich:

Wir sind bei der CDU-Fraktion. Herr Abgeordneter Schrey, Sie haben das Wort.

Schrey (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ende Februar 2001 haben wir den Antrag der PDS-Fraktion "Bundeswehrreform mit Konversionsprogramm des Bundes untersetzen" debattiert. Die Abgeordnete Richstein, aber auch der Innenminister des Landes legten in der damaligen Debatte dar, dass Sie mit Ihrer Initiative in weiten Teilen etwas bereits durch den Bundesrat Beschlossenes einfordern. Der Bundesrat hatte zu diesem Zeitpunkt bereits einen Entschließungsantrag verabschiedet, durch den die Bundesregierung unter anderem aufgefordert wurde, die in fast allen Ländern vorgenommenen Standortschließungen und -reduzierungen mit einem Konversionsprogramm zu begleiten, das geeignet sein soll, die negativen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt zu begrenzen und Folgenutzungen auf aufgegebenen Standorten zu erleichtern. In Ihrem damaligen Antrag haben Sie zusätzlich einen Konversionsbeauftragten, der beim Ministerpräsidenten angesiedelt sein soll, eingefordert.

Meine Damen und Herren, nicht einmal ein Jahr später fordert die PDS kein Konversionsprogramm mehr, sondern ein Konversionsgesetz; die PDS fordert nun keinen Konversionsbeauftragten, sondern ein Bundesamt für Konversion. Wir alle wissen, wie schwierig gegenwärtig die Abstimmung mit der Bundesregierung auf dem Gebiet der Konversion ist. Deshalb sollten wir die Bundesregierung und den Bundesrat nicht ständig mit neuen, abgewandelten Forderungen überraschen, sondern die Ernsthaftigkeit unseres Anliegens dadurch deutlich machen, dass wir das bereits Geforderte mit Nachdruck weiterhin einfordern. Auch in diesem Bereich ist die Landesregierung sehr aktiv.

Die CDU-Fraktion lehnt den Antrag ab. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Wir sind bei der Landesregierung. Herr Minister Fürniß, Sie haben das Wort.

Minister für Wirtschaft Dr. Fürniß:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es gibt in diesem Haus wohl keinen Dissens darüber, wie wichtig die Konversion auch in Zukunft für uns sein wird. Sie wissen auch, dass sich der Deutsche Bundestag gegenwärtig mit mehreren Initiativen zur Beseitigung der Folgen von zwei Weltkriegen und des Kalten Krieges beschäftigt. Es liegen sowohl Entwürfe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion als auch ein Entwurf der Landesregierung Brandenburg für ein Rüstungsaltlastenfinanzierungsgesetz vor. Dieser Entwurf Brandenburgs hat im Bundesrat erfreulicherweise eine Mehrheit gefunden und ist inzwischen an den Bundestag überwiesen worden.

Die Bundesregierung hat diesen Entwurf dagegen abgelehnt. Ich

möchte dazu eine humoristische Anmerkung hinzufügen: Wir waren gar nicht so genial, als wir diesen Gesetzentwurf entwickelten. Wir haben nämlich einen entsprechenden Entwurf der niedersächsischen Landesregierung aus dem Jahr 1997 abgeschrieben. Damals hieß der dortige Ministerpräsident Schröder. Ich bin einmal gespannt, wie er sich jetzt dazu verhält.

In der Sache gibt es jedenfalls keine unterschiedlichen Einschätzungen. Ich glaube nicht, dass wir in dieser Situation, in der wir versuchen, unsere Vorstellungen sowohl im Bundesrat als auch im Bundestag durchzubringen, neue Initiativen brauchen. Wir sollten versuchen, die Initiativen, die bereits gestartet worden sind, durchzubringen.

Vor allen Dingen sollten wir das, was wir in Brandenburg gemeinsam erarbeitet haben, vorantreiben.

Es gibt ein Forum für Konversion und Stadtentwicklung, "Fokus" genannt. Das ist ein Netzwerk von Brandenburger Konversionsgemeinden, die uns schon lange darauf aufmerksam machen, dass wir einen Konversionsbeauftragten des Bundes brauchen. Die Bemühungen in diese Richtung sollten wir intensivieren, damit wir wenigstens einen Konversionsbeauftragten auf Bundesebene haben, wenn wir mit unserem Gesetz nicht durchkommen. Dieser Konversionsbeauftragte könnte dann auch unsere Initiativen weitertragen. Ich hoffe, dass Sie uns bei diesem Bemühen unterstützen werden.

Lassen Sie uns das, was wir angefangen haben, zu Ende führen, bevor wir weitere Initiativen starten, denn niemand wird uns abnehmen, dass wir ernsthaft bereits den nächsten Schritt gehen wollen, wenn wir den vorhergehenden noch nicht beendet haben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Wir sind am Ende der Rednerliste. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag in der Drucksache 3/3784. Wer diesem Antrag folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? -

(Nur sehr wenige Abgeordnete haben sich an der Abstimmung beteiligt.)

- Damit weiß ich überhaupt nicht mehr, welche Stimmsituation wir haben.

(Heiterkeit)

Ich lasse abstimmen über den Antrag in der Drucksache 3/3784. Diese Ankündigung gilt im Übrigen auch für die Antragsteller. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. -

(Zurufe von der PDS: Worüber stimmen wir ab?)

- Sie verstehen mich nicht? Unerhört!

(Zurufe von der PDS)

- Ich bitte um Entschuldigung, dass ich Sie so überrasche, wenn ich nach einer Aussprache nun auch noch abstimmen lasse.

(Heiterkeit)

Um es in Erinnerung zu rufen: Es gibt einen Antrag der PDS-Fraktion. Er trägt die Drucksachennummer 3/3784 und bezieht sich auf Konversionsinitiativen. Ich habe soeben festgestellt, dass wir am Ende der Rednerliste sind. Daraufhin habe ich die Aussprache geschlossen. Als Nächstes gilt es festzustellen, dass wir bei der Abstimmung sind.

Ich lasse abstimmen über den Antrag der PDS-Fraktion in der Drucksache 3/3784. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wunderbar! Ich behaupte ja immer: Diese Gesellschaft ist permanent auf didaktische Unterstützung angewiesen. Das trifft wohl auf alle politischen Orientierungen zu. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und schließe den Tagesordnungspunkt 12.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 13:

Stand der rationellen Energieverwendung (Energiemanagement) in den Liegenschaften der kreisfreien Städte, der Ämter und Gemeinden

(gemäß Beschluss des Landtages Brandenburg zu energiepolitischen Forderungen, Punkt 2 c - DS 3/1011-B)

Bericht der Landesregierung

Drucksache 3/3588

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der Landesregierung. Herr Minister Fürniß, Sie haben erneut das Wort.

Minister für Wirtschaft Dr. Fürniß:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist ein Allgemeinplatz - aber er ist richtig -, wenn man sagt, dass es zu den wichtigsten Anliegen der Landespolitik gehören muss, darauf hinzuwirken, dass die Menschen im Land Brandenburg Energie so sparsam wie möglich verwenden. Es ist genauso richtig, wenn man sagt: Wer von anderen etwas erwartet, der möge bitte bei sich selbst beginnen und mit gutem Beispiel vorangehen.

Deshalb hat die Landesregierung in den letzten Jahren dem Aufund Ausbau eines Energiesparmanagements in ihren eigenen Liegenschaften besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Dabei spielen im Hinblick auf die Vorbildfunktion insbesondere die Städte und Gemeinden eine zentrale Rolle, denn wenn es dort kein Bewusstsein für den sparsamen Umgang mit Energie gibt, dann werden auch die Bürger keinen unmittelbaren Bezug dazu entwickeln.

Allerdings gehört die Versorgung der Gemeinden mit Energie und damit auch der sparende und schonende Umgang mit Energie zu den kommunalen Selbstverwaltungsaufgaben. Wir können also nur gemeinsam mit den Kommunen agieren. Dies hat in der Vergangenheit insbesondere über die Energiesparagentur, die jetzt Bestandteil der Zukunftsagentur ist, sehr gut geklappt. Ich möchte nur einige Beispiele nennen.

Für den kommunalen Bereich hat die Landesregierung die Rahmenbedingungen des Energiesparcontracting im öffentlichen Bereich mit einem Erlass geregelt. Man soll es nicht glauben: Er findet auch Anwendung.

Durch die Arbeitsgruppe Energiedienstleistungen der brandenburgischen Energietechnologieinitiative wurde zu diesem Thema eine Broschüre mit konkreten Vorschlägen erarbeitet. Diese Vorschläge befinden sich in der Umsetzung. In der nächsten Woche veranstalten wir einen Energieworkshop zum Thema "Contracting - Chancen für öffentliche Gebäude".

Dass auch manchen Brandenburger Schulen in den letzten Jahren ein Licht in Sachen Energieeinsparung aufgegangen ist, ist auch der Initiative "Helle Schule - Energie mit Sinn" zu verdanken. Immerhin haben sich 92 Schulen dieser Initiative angeschlossen und dadurch auf sinnvolle Weise zum Energiesparen beigetragen.

Wir wissen nicht, in welch umfassendem Sinn die Kommunen ihre Energieeinsparung jeweils bilanzieren. Ich möchte deshalb in diesem Zusammenhang auch auf die entsprechenden Fragestellungen verweisen, die in diesem Bericht aufgeworfen werden. Die grundsätzliche Einschätzung lautet: Die Kommunen sind auch aus eigenem Verständnis auf dem richtigen Weg. Eine systematische Erfassung steht aber noch aus und muss in den kommenden Jahren geleistet werden.

Deswegen werden wir gemeinsam mit den Kommunen hinsichtlich des Liegenschaftsmanagements etwas Sinnvolles tun und versuchen, eigenverantwortlich, wirtschaftlich und ergebnisorientiert zu handeln. Insbesondere die Arbeitsgruppe Gebäude, die wir in Zusammenarbeit mit dem Finanzministerium und dem Städte- und Gemeindebund ins Leben gerufen haben, soll dabei einen wesentlichen Beitrag leisten. - Vielen Dank.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Ich danke auch. - Das Wort geht an den Abgeordneten Thiel. Er spricht für die PDS-Fraktion.

Thiel (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister Fürniß, ich hoffe, wir sprechen über den Bericht, der allen vorliegt, also über den Energiebericht.

(Heiterkeit und Beifall bei der PDS)

Es ist immer wieder verwunderlich, wie unterschiedlich man selbst Drucksachen interpretieren kann. Ich werde natürlich eine etwas andere Sicht als Sie als Verantwortlicher darlegen.

(Klein [SPD]: Das verwundert uns nicht!)

Im Rahmen der Ziele und Aufgaben der brandenburgischen Energiepolitik wurde in dem noch gültigen Energiekonzept der Landesregierung von 1996 formuliert: "Der seit 1990 eingeschlagene Weg lässt erwarten, dass das Land ausgehend vom Basisjahr 1990 bis zum Jahr 2010 seine CO₂-Emissionen um 42 % senken kann."

Dazu sollte auch die Energieeinsparung in öffentlichen Einrichtungen in verstärktem Maße beitragen. Dieser Fakt wurde deshalb besonders hervorgehoben, weil die Kommunen Träger der Planungshoheit und der Selbstverwaltungsaufgabe Energieversorgung sind, die Minister Fürniß gerade noch einmal benannt hat. Das heißt, das Land Brandenburg und seine Kommunen können mit ihrem eigenen Energieverbrauch selbst energiesparend aktiv werden sowie gegenüber anderen Verbrauchergruppen gewissermaßen Vorbildfunktion wahrnehmen. Im Energiekonzept wurden dazu entsprechende Instrumente benannt. - So weit, so gut; das wurde von uns immer unterstützt.

Aber wie sieht es denn nun tatsächlich aus? - Bereits am 13. Dezember 1996 hatte der Landtag die konkrete Ausgestaltung der im Energiekonzept von 1996 aufgeführten Instrumente für das Energiemanagement gefordert. Gleichzeitig mit diesem Beschluss wurde die Regierung durch den Landtag beauftragt, über gewonnene Erkenntnisse, eingeleitete Maßnahmen und Konsequenzen sowohl für die Landesliegenschaften als auch für die Kommunen im Rahmen eines jährlichen Energieberichtes zu informieren. Ein solcher Bericht wurde dem Hohen Haus erstund einmalig im Oktober 1997, also in der vergangenen Wahlperiode, vorgelegt.

Selbst auf die vom Landesrechnungshof im Jahr 2000 gemachte beratende Äußerung hinsichtlich des Energiemanagements in den Landesliegenschaften - ich erinnere daran, dass Kollege Gemmel bei der Behandlung unseres Antrages im vorigen Jahr dazu auch kritisch Stellung nahm - erfolgte seitens der Landesregierung keinerlei Reaktion. Der Landesrechnungshof formulierte damals im Ergebnis einer von ihm durchgeführten Recherche, dass noch erhebliche Anstrengungen der Landesregierung erforderlich seien, um die im Energiekonzept von 1996 angestrebten Ziele zur Erhöhung der Energieeffizienz und zur Energieeinsparung im Verantwortungsbereich der Landesverwaltung zu erreichen.

Wie gesagt: Es sind bisher keine Maßnahmen der Landesregierung bekannt, die daraufhin eingeleitet worden wären, obwohl der Landtag diese Problematik am 17. Mai 2000 - also vor mehr als eineinhalb Jahren - erneut aufgriff und im Punkt 2 c der energiepolitischen Forderungen Entsprechendes festgelegt hat. Parlamentarische Nachfragen unsererseits wurden übrigens bisher stets mit dem Hinweis auf die nun seit fast zweieinhalb Jahren andauernde Fortschreibung des Brandenburger Energiekonzeptes beantwortet.

Meine Damen und Herren, in dem nun endlich vorliegenden Bericht wird die Vermutung durch die Landesregierung selbst bestätigt, wenn sie zusammenfassend einschätzt, dass insgesamt betrachtet noch erhebliche Anstrengungen erforderlich sind, um eine systematische Energiebewirtschaftung und eine flächendeckende Einführung des kommunalen Energiemanagements zu erreichen. Das klingt irgendwie bekannt; ich erinnere an die Äußerung des Landesrechungshofes vor circa zwei Jahren.

Ohne dabei einzelne Maßnahmen, die im Bericht nachzulesen sind, beispielsweise die Landesinitiative "Helle Schule - Energie mit Sinn" oder die von der Zukunftsagentur Brandenburg organisierten Informationsveranstaltungen und Seminare im Rahmen des OPET-Netzwerkes, gering zu schätzen, muss man kritisch konstatieren, dass in Brandenburg zu viel Zeit verschenkt wurde. Infolge dieses Umstandes wird das Land zukünftig viele Millionen Euro zusätzlicher Verluste zu verkraften haben. Ich erinnere daran, dass der Landesrechnungshof damals von circa 40 Millionen DM, also rund 20 Millionen Euro, sprach. Wenn wir unsere Finanzsituation betrachten, dann ist das doch kein Pappenstiel.

Der Bericht der Landesregierung erweckt zudem den Eindruck, als wäre er unter großem Zeitdruck geschrieben worden, obwohl dafür fast zwei Jahre zur Verfügung standen. Selbst in der Themenstellung - ich habe das vorhin angedeutet - wurde einiges weggelassen, nämlich das Energiemanagement in den Landesliegenschaften.

Meine Damen und Herren, kurz zu zwei inhaltlichen Problemstellungen. Laut Energiekonzept von 1996 sollte das Instrument der Energiebeauftragten für die Kommunen und Kreise eingesetzt werden. Es blieb jedoch bei einem Modellversuch. Das ist für ein Energieland wie Brandenburg eigentlich beschämend, wo doch viele hoch qualifizierte Menschen, die früher im Kohle- und Energiebereich tätig waren, ins Heer der Arbeitslosen eingereiht sind.

Die ZukunftsAgentur Brandenburg geht übrigens in Auswertung der Erfahrungen mit Energiebeauftragten davon aus, dass die Einführung eines effektiven Energiemanagements mindestens drei Jahre in Anspruch nimmt. Ein kommunaler Energiebeauftragter könnte jedoch bereits im ersten Jahr seiner Tätigkeit mit nur geringen investiven Mitteln die Betriebskosten in den Liegenschaften um durchschnittlich 10 % reduzieren. Diese Angabe stammt nicht von mir, sondern ist im Bericht der Landesregierung nachzulesen. Es hätte aber auch von mir sein können.

Geradezu alarmierend ist auch das Untersuchungsergebnis der kommunalen Umweltaktion Niedersachsen. In ihrem Abschlussbericht wird festgestellt, dass die Brandenburger Verwaltungsreform mit ihren Ansätzen zur Dezentralisierung von Verantwortung bezüglich effizienter Energieverwendung keine Fortschritte gebracht hat, mehr noch: Wegen finanzieller Engpässe in den kommunalen Haushalten fanden in vielen Fällen keine betriebswirtschaftlichen Untersuchungen der Investitionsvorhaben statt und blieb die Ermittlung des Energiebedarfs der Objekte und der geeigneten Anlagengröße zum Zwecke einer dauerhaften Betriebskostenminimierung auf der Strecke; übrigens ein wahrer Teufelskreis. Hier sind grundsätzliche Veränderungen erforderlich, wie sie von uns bezüglich der Kommunalfinanzen in der Vergangenheit mehrfach angemahnt wurden.

Deshalb, meine Damen und Herren der Landesregierung, melden wir erhebliche Zweifel darüber an, ob die im vorliegenden Bericht von Ihnen gezogenen Schlussfolgerungen und ausgesprochenen Handlungsempfehlungen für das künftige kommunale Energiemanagement ausreichen. Ich zitiere einmal auszugsweise:

"Um weitere Verbesserungen bei der umweltverträglichen und sparsamen Nutzung von Energie zu erreichen, muss die rationelle Energieanwendung in den Kreisen und Kommunen beispielgebend für die anderen Bereiche weiter voran gebracht werden." Mit solchen Plattitüden, meine Damen und Herren der Regierung, ist das in Brandenburg angestrebte Ziel der Reduzierung der Emission von $\rm CO_2$ um 42 % bis zum Jahr 2010 nun wahrlich nicht zu erreichen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an den Abgeordneten Gemmel. Er spricht für die SPD-Fraktion.

Gemmel (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ressourcenschonung und Umweltentlastung sind auch weiter dringend erforderlich; das ist unbestritten eines der wichtigsten Probleme im Hinblick auf Zukunftsfähigkeit. Die Verringerung der energiebedingten Emissionen geht am schnellsten über den Ausbau des Einsatzes der erneuerbaren Energien und über eine sparsame und rationelle Verwendung von Energie. Trotz einiger Anstrengungen in vielen Lebensbereichen gibt es weiterhin erhebliche Einsparpotenziale. Es ist auch offensichtlich, dass der Bedarf an Energie weiter rasant ansteigt.

Warum werden nun die bekannten Einsparpotenziale nicht wirklich genutzt? Gründe hierfür sind häufig nicht etwa fehlende technische Voraussetzungen oder, wie vor Wochen eine Schlagzeile in der "Tageszeitung" lautete, "Kein Geld zum Energiesparen". Vielmehr ist es oft Unkenntnis oder mangelndes Problembewusstsein der politischen Entscheidungsträger, der Ingenieure und Architekten. Selbst Chancen beim Aufbau der Verwaltungsgebäude, die wir in großer Zahl errichten mussten, sind nicht wirklich genutzt worden. Für die vielen Altbauten, bei denen auch jetzt noch Umbaubedarf besteht, gilt wieder einmal "Kein Geld zum Sparen".

Während alle größeren Kommunen und Landesbehörden Energiefachleute oder Energiebeauftragte beschäftigen können, werden kleine Kommunen in der Regel auf Unterstützung angewiesen sein. Tief greifende Sparerfolge erfordern aber insgesamt einen hohen Einsatz an Wissen und Kapital.

Die Informationsangebote über erfolgreiches Sparen, das auch den Finanzhaushalt der Kommunen nachhaltig entlastet, sind seit Jahren praktisch flächendeckend vorhanden und für jeden nutzbar. Dennoch kommt die ZukunftsAgentur mit Blick auf die Kommunen in dem uns vorliegenden Bericht zu der Schlussfolgerung, dass noch erhebliche Anstrengungen erforderlich sind, um systematisch und flächendeckend zu einer sparsamen Energiebewirtschaftung zu kommen.

Im Hinblick auf die teilweise prekäre Lage der Kommunalfinanzen ist die mangelnde Ausschöpfung der Einsparpotenziale weder nachvollziehbar noch hinnehmbar. Nun kann man als Landespolitiker mit dem Totschlagargument der kommunalen Selbstverwaltung kommen und das Thema wegen scheinbarer Nichtzuständigkeit zu den Akten legen. Der Landtag hat sich aber immer mit kommunalpolitischen Fragen problembewusst auseinander gesetzt und versteht seine Aktivitäten in der Regel als Angebot zur Unterstützung. So war auch der Beschluss des Landtags als Hilfe für die Kommunen zu verstehen. Zum besseren Verständnis rufe ich den konkreten Auftrag des Landes in Erinnerung. Danach sollte die Landesregierung einen Sachstandsbericht über den Stand der rationellen Energieverwendung in den Kommunen - übrigens schon im III. Quartal 2000; Herr Thiel hat darauf hingewiesen - dem Landtag vorlegen. Seit dieser Zeit ist viel Energie durch die Leitungen geflossen; ich sage: viel zu viel Energie.

Es ging aber nicht nur um einen Sachstandsbericht. Der entscheidende Auftrag bestand darin, neue Vorschläge für eine Förderung zu erarbeiten. Zumindest - das war meine Hoffung - sollte die Unterstützung auf dem Niveau der Jahre 1995 bis 1999 gehalten werden. Dazu haben wir eigentlich Antworten erwartet.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir, dass ich nun zu dem Ergebnis des vorliegenden Berichts komme. Man kann es kurz zusammenfassen: Von acht Seiten befassen sich sieben ausführlich mit den Maßnahmen und erfolgreichen Projekten aus der letzten Legislaturperiode; die wesentlichen Projekte liefen nur bis 1999. Danach kamen Umstrukturieren, Nachdenken und Prüfen - mehr fällt mir nicht ein. Lediglich die letzte Seite des Berichts enthält im letzten Punkt Schlussfolgerungen. Die Handlungsempfehlungen, die wir dort finden, sind sehr dünn und unverbindlich; Herr Minister, das muss ich so deutlich sagen. Ich bin davon wirklich enttäuscht. Hier ist kein konzeptionelles Vorgehen zu erkennen. Das ist vor allem deshalb schade, weil wir mit der BEA auf einem guten Weg waren. Hier scheint es einen Bruch gegeben zu haben und ich bitte Sie aufzuklären, wie es zu diesem Bruch gekommen ist.

Aber man soll nicht nur kritisieren, sondern auch Vorschläge machen. Im Hinblick auf eine rationelle Energieverwendung hätte ich mir gewünscht, dass die Landesregierung zum Beispiel eine Zusammenarbeitsvereinbarung mit dem Städte- und Gemeindebund vorlegt, wie man in Zukunft gemeinsam Projekte verwirklichen will. Auch hätte man die Frage - Herr Thiel hat darauf ebenfalls hingewiesen -, wie überall im Land Seminare stattfinden könnten, nicht mehr prüfen müssen, sondern solche Seminare hätten längst stattfinden können.

Ein letzter Vorschlag: Man hätte uns heute auffordern können, einen revolvierenden Energiesparfonds zum Beispiel für die Sanierung von Schulen oder öffentlichen Gebäuden einzurichten. Ein solcher Fonds wäre ein konkretes Beispiel für ein Angebot an die Kommunen, das sich jedenfalls mittelfristig rechnete. Aber auch hier gilt wahrscheinlich wieder der Slogan: Kein Geld zum Sparen.

Diese oder ähnliche Vorschläge liegen nicht auf dem Tisch und stehen auch nicht in dem Bericht. Deshalb können wir heute auch nicht über sie reden. Aber ich werde meiner Fraktion vorschlagen, über den Umgang mit dem Bericht und dem Ergebnis des Berichts im Ausschuss zu beraten.

Ich bin übrigens nicht enttäuscht über den Inhalt des Berichts, sondern darüber, wie mit dem Thema umgegangen wurde. Da fehlt in meinen Augen einfach der Biss. Ich bin jetzt auch bewusst nicht auf die Frage der Landesliegenschaften eingegangen, Herr Thiel, da in dem Bericht dazu nichts steht, sodass wir nicht darüber reden können. Der Bericht zu diesem Thema steht noch aus. Wir erwarten, dass er noch kommt. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und PDS)

Präsident Dr. Knoblich:

Ich gebe das Wort dem Abgeordneten Claus. Er spricht für die DVU-Fraktion.

Claus (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Die Landesregierung hatte sich in ihrem Energiekonzept aus dem Jahr 1996 durchaus ehrgeizige Ziele gesetzt. Die hohen Energiekosten, insbesondere in den öffentlichen Einrichtungen im Land Brandenburg, sollten beträchtlich heruntergefahren werden. Im damaligen Energiekonzept ist ausgeführt, dass der Energieverbrauch der öffentlichen Einrichtungen jährlich circa 85 DM je Einwohner betrug. Die westdeutschen Kommunen gaben lediglich 35 DM pro Einwohner aus. Diese erhebliche Differenz macht deutlich, dass der Osten in der heutigen Republik dem Westen weit hinterher hinkt. Zwar hat es durch den Einsatz von Energiebeauftragten hierzulande eine Verbesserung gegeben, jedoch ist das westdeutsche Niveau bei weitem noch nicht erreicht.

Die Landesregierung hält in ihrem Bericht fest, dass von den 22 Energiebeauftragten nach Abschluss des Projektes der Landesregierung nur sechs in den Kommunen angestellt wurden. Das von der Landesregierung favorisierte Instrument der Energieeinsparung ist in vielen Kommunen und Kreisen nicht oder nur unzureichend umgesetzt worden, wie der Bericht ausweist. Die Kommunen haben ihre Vorbildfunktion in puncto Energieeinsparung nur eingeschränkt wahrgenommen. Sie haben auch nur ansatzweise andere Verbrauchergruppen motivieren können. Das aber, meine Damen und Herren, ist besonders bedauerlich.

Sehen wir uns den Landtag an, die Arbeitsstätte der Abgeordneten: überall Energieverschwendung durch unzureichende Dämmung oder veraltete Anlagen. Wenn noch nicht einmal das Haus der Abgeordneten vorbildlich ist, wie sollen dann die Bürger draußen im Lande dazu bewegt werden, Energie einzusparen?

(Homeyer [CDU]: Sie hatten doch etwas gegen den Landtagsneubau!)

Nun mag uns Finanzministerin Ziegler entgegenhalten, dass es das ohnehin vorhandene Milliardenloch nicht mehr gestatte, ein groß angelegtes Modernisierungsprogramm für öffentliche Gebäude durchzuführen. Die DVU-Fraktion ist hier völlig anderer Meinung. Wir müssen im Rahmen von Umschichtungen wieder mehr Geld für den Bausektor bereitstellen. Dies sichert nicht nur den kleinen Bauhandwerkern die Existenz und bewahrt sie vor dem Ruin, sondern als positiver Begleiteffekt werden auch die öffentlichen Energieausgaben auf etwa 30 % gesenkt werden. Bei einer grundlegenden Sanierung der Bausubstanz, bei entsprechenden Wärmedämmmaßnahmen sowie neuen Heizungs- und Elektrosystemen könnte das Einsparpotenzial noch erheblich größer ausfallen. Die nur punktuell eingesetzten kommunalen Energieberater konnten bereits binnen eines Jahres mit geringen investiven Mitteln die Betriebskosten um 10 % senken; darauf wies bereits Herr Gemmel hin. Es kann also funktionieren, wenn sowohl das Land als auch die Kommunen und Kreise bereit sind, die Energiewende mitzugestalten.

Die Landesregierung hat in ihrem Energiekonzept aus dem Jahr 1996 als Zielsetzung die umweltverträgliche und sparsame Bereitstellung und Nutzung von Energie herausgestellt. Nach über fünf Jahren müssen wir feststellen, dass wir von diesem Ziel noch meilenweit entfernt sind. Das gilt auch für die erneuerbaren Energien. Ob bei dem Tempo, das die Regierung hier vorlegt, im Jahre 2010 die Fünfprozentmarke erreicht werden wird, ist noch fraglich. Die Landesregierung kann sich nicht damit herausreden, die Planungshoheit liege bei den Gemeinden und die Energieversorgung sei eine Selbstverwaltungsaufgabe; auch dies sprach Herr Gemmel bereits an. Wie sollen die Gemeinden angesichts zunehmender Verschuldung und angesichts der erst kürzlich beschlossenen Kürzungen ihre Aufgaben denn überhaupt noch finanzieren?

Auch die Vorbildfunktion des Landes muss bezweifelt werden. Mit ein paar Broschüren und einigen Energieberatern kann die Energiewende nicht vollzogen werden. Der Bericht der Landesregierung weist leider wenig verwertbare Fakten auf. Oft werden ohnehin schon längst bekannte programmatische Erklärungen wiederholt. - So viel zu diesem Bericht. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an die CDU-Fraktion. Herrn Abgeordneten Habermann.

Habermann (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin eigentlich versucht, erst einmal darüber zu philosophieren, weshalb durch die Tagesordnungsänderung ein so wichtiges Thema wie die Energiepolitik als letztes behandelt wird

(Beifall bei der PDS und vereinzelt bei der SPD)

und dann noch als Tagesordnungspunkt 13; das ist fast anrüchig. Aber ich werde das mal stecken lassen und werde zum Thema kommen. Ich werde, um Wiederholungen zu vermeiden, auf die energiewirtschaftlichen Aspekte nicht mehr eingehen.

Sie erinnern sich bestimmt daran, dass die CDU-Fraktion auch in der Zeit, als sie noch in der Opposition war, grundsätzlich alle Maßnahmen der Landesregierung unterstützt hat, die mit dem Energiesparen im Zusammenhang standen. Das wird natürlich jetzt in doppelter Hinsicht weitergeführt. Der vorliegende komprimierte Bericht der Landesregierung stellt im Grunde genommen ja auch das Ergebnis der Arbeit von Jahren dar und weist letztlich den Weg, wie mit den bisher gewonnenen Erkenntnissen theoretisch und praktisch umzugehen ist.

Neben den gesamten positiven Aspekten, die meine Vorredner zumindest zum Teil bereits aufgeführt haben, halte ich vor allen Dingen die Schonung von energetischen Ressourcen und auch die positiven Auswirkungen auf die Umwelt bei verringertem Energieverbrauch für besonders wichtig.

Wenn ich das aber speziell auf das Land und auf unsere Kommunen beziehe, muss ich noch eine wichtige Frage anfügen, und zwar die Frage der möglichen finanziellen Auswirkungen auf die Haushalte der Städte und Gemeinden. Auch hierzu ist andeutungsweise bereits einiges gesagt worden, sodass ich mich

gleich den im Bericht enthaltenen Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen seitens der Landesregierung zuwenden möchte.

Ich unterstütze im Namen der CDU-Fraktion vorab vorbehaltlos die dort angeführten vier Handlungsoptionen. Ich halte sie nicht für so flach, wie Herr Gemmel das dargestellt hat, sondern meine, dass sie auch bezüglich ihrer Umsetzung sehr anspruchsvoll sind. Das muss man auch berücksichtigen.

Trotzdem, meine Damen und Herren, möchte ich mir die Bemerkung erlauben, dass mir manches an diesen Handlungsoptionen etwas theoretisch vorkommt. Ich glaube nämlich nicht, dass die Handlungsempfehlung, die Investitionspauschalen zielgerichtet für Maßnahmen zur rationellen Energieanwendung und für Investitionen zur energetischen Verbesserung in kommunalen Gebäudebeständen einzusetzen, sehr wirklichkeitsnah ist. Erst in der vorhergehenden Landtagssitzung haben wir die Höhe der Investitionspauschalen im Zusammenhang mit dem Beschluss zum Gemeindefinanzierungsgesetz erheblich reduziert und ich glaube nicht, dass die Kommunen in dieser Situation jetzt nichts Eiligeres zu tun haben, als die gekürzten Mittel für die Investitionspauschalen ausschließlich für diesen Zweck zu verwenden. Da wird es in den Gemeinden und Städten noch eine ganze Reihe anderer Aufgaben geben, die mindestens die gleiche Wertigkeit haben.

Trotzdem meine ich, dass auch diese Handlungsoption aufgeführt werden muss, weil auch eine Menge Sanierungsarbeiten an Gebäuden des öffentlichen Bereichs durchzuführen sind. Mittelzentren beispielsweise sind oft auch Schulzentren ihrer Region und die Mittel aus ihren Investitionspauschalen gehen schon über Jahre hinweg in den Bereich der Sanierung der Schulgebäude und Turnhallen. Dass bei so vielen Sanierungsmaßnahmen natürlich vorrangig auf Energieeinsparungsaspekte zu achten ist, setze ich eigentlich voraus, zumal die Kommunen auch verpflichtet sind, bei Investitionsmaßnahmen diesen Sachverhalt besonders zu berücksichtigen.

Bei Neubaumaßnahmen wird das in Zukunft sogar noch stringenter gehandhabt; denn nach der neuen Energiesparverordnung des Bundes, die am 1. Februar dieses Jahres in Kraft gesetzt wird, ist jeder öffentliche Investor verpflichtet, bei Gebäuden ab 100 m³ Rauminhalt einen Energiebedarfsausweis vorzulegen, der auch Bestandteil der Genehmigungsunterlagen wird.

Mich hat in diesem Bericht der Landesregierung etwas anderes erschreckt: Bei aller positiven Darstellung der bisherigen Arbeit scheint eine flächendeckende Berücksichtigung der Aspekte der rationellen Energieanwendung bei den Liegenschaften der kreisfreien Städte, Ämter und Gemeinden im Land Brandenburg noch nicht gewährleistet zu sein.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Deswegen unterstütze ich ausdrücklich auch die anderen Handlungsoptionen, die die Voraussetzung dafür schaffen, Herr Gemmel, dass das in Zukunft auch so erfolgt.

Ich hätte aus dieser Überlegung heraus, meine Damen und Herren, noch einen weiteren Vorschlag, und zwar für eine fünfte Handlungsoption. Diese Option knüpft an die Tatsache an, dass viele Haushalte unserer Städte und Gemeinden nur unter Schwierigkeiten ausgeglichen gestaltet werden können. Ich schlussfolgere eigentlich daraus, dass in diesen Städten und Gemeinden ein primäres Interesse vorliegen muss, Ausgaben zu reduzieren. Wenn Städte und Gemeinden hier nicht von sich aus ein Einsparpotenzial sehen, dann sollte die jeweilige Kommunalaufsicht beim Kreis, die den Haushalt für das laufende Jahr zu genehmigen hat, darauf achten, dass im Haushalt ausdrücklich vermerkt wird, dass sich ein Energiebeauftragter um konkrete Einsparungen auf dem Gebiet der Betriebskosten der öffentlichen Gebäude bemüht.

Wenn das in die jeweilige kommunale Haushaltssatzung vielleicht auch nur unter Schwierigkeiten einzuarbeiten ist, so kann es zumindest bei all den Kommunen problemlos gemacht werden, die eine Haushaltssicherungskonzeption vorzulegen haben, damit ihre Haushalte überhaupt genehmigt werden können. Für diese Haushaltssicherungskonzeptionen würde ich dringend empfehlen festzulegen, dass solche Maßnahmen verpflichtend auszuweisen sind. Das kann die Kommunalaufsicht nämlich eindeutig kontrollieren und man hätte damit einen indirekten Hebel zu einer positiven Entwicklung in der Hand.

Das setzt selbstverständlich voraus, dass sich das Wirtschaftsund das Innenministerium entsprechend verständigen, um solche Handlungsempfehlungen der Landesregierung auch an die Kreise reichen zu können. Aber ich denke, das dürfte kein Problem sein.

Zusammenfassend noch folgenden Satz: Wir sind auf dem richtigen Weg, nur ist er noch zu schmal und wird noch von zu wenigen begangen. Ich hoffe, das ändert sich in Zukunft. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei CDU, SPD und PDS)

Präsident Dr. Knoblich:

Ich danke auch. Wir sind damit am Ende der Rednerliste und ich schließe die Aussprache. Damit ist der Bericht der Landesregierung - Drucksache 3/3588 - zur Kenntnis genommen.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 13 und damit die heutige 50. Sitzung, wünsche noch einen interessanten Abend sowohl bei den Ingenieuren als auch bei den Journalisten und hoffe, wir sehen uns morgen, wie gewohnt an gleicher Stelle, zur 51. Sitzung.

Ende der Sitzung: 17.12 Uhr

Anlagen

Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 7 - Genehmigung von Gemeindezusammenschlüssen -Antrag der Fraktion der PDS - Drucksache 3/3781

Folgende Abgeordnete stimmten mit Ja:

Frau Bednarsky (PDS) Frau Birkholz (PDS) Prof. Dr. Bisky (PDS) Christoffers (PDS) Domres (PDS)

Frau Dr. Enkelmann (PDS)

Frau Große (PDS) Hammer (PDS) Ludwig (PDS) Frau Osten (PDS) Sarrach (PDS)

Frau Dr. Schröder (PDS)

Frau Tack (PDS) Thiel (PDS)

Dr. Trunschke (PDS) Warnick (PDS) Frau Wehlan (PDS) Frau Wolff (PDS)

Folgende Abgeordnete stimmten mit Nein:

Bartsch (CDU) Birthler (SPD)

Frau Blechinger (CDU)

Bochow (SPD)
Dellmann (SPD)
Frau Dettmann (SPD)

Freese (SPD)
Fritsch (SPD)
Gemmel (SPD)
Frau Gregor (SPD)
Habermann (CDU)
Helm (CDU)
Homeyer (CDU)
Dr. Kallenbach (SPD)
Klein (SPD)

Dr. Knoblich (SPD) Kolbe (SPD) Kuhnert (SPD)

Frau Marquardt (CDU)

Meyer (SPD)
Müller (SPD)
Frau Müller (SPD)
Neumann (CDU)
Dr. Niekisch (CDU)
Nieschke (CDU)
Petke (CDU)
Rademacher (SPD)
Frau Richstein (CDU)
Schönbohm (CDU)
Schöps (CDU)
Schrey (CDU)

Schulze (SPD)

Senftleben (CDU)

Dr. Sternagel (SPD)

Dr. Stolpe (SPD)

Vogelsänger (SPD)

Dr. Wagner (CDU)

Dr. Wiebke (SPD)

Dr. Woidke (SPD) Frau Ziegler (SPD)

Ziel (SPD)

Folgende Abgeordnete enthielten sich der Stimme:

Claus (DVU)
Frau Fechner (DVU)
Firneburg (DVU)
Dr. Hackel (CDU)
Frau Hesselbarth (DVU)
Schuldt (DVI)

Schuldt (DVU) Werner (CDU)

Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 9 - Jugend im ländlichen Raum - Große Anfrage 29 der Fraktion der PDS - Drucksache 3/3055

 Entschließungsantrag der Fraktion der PDS - Drucksache 3/3803

Folgende Abgeordnete stimmten mit Ja:

Frau Bednarsky (PDS) Frau Birkholz (PDS) Prof. Dr. Bisky (PDS) Christoffers (PDS) Domres (PDS)

Frau Dr. Enkelmann (PDS) Frau Fechner (DVU) Firneburg (DVU) Frau Große (PDS) Hammer (PDS) Ludwig (PDS) Frau Osten (PDS) Sarrach (PDS)

Frau Dr. Schröder (PDS)

Thiel (PDS) Dr. Trunschke (PDS) Warnick (PDS) Frau Wehlan (PDS) Frau Wolff (PDS)

Folgende Abgeordnete stimmten mit Nein:

Bartsch (CDU)
Birthler (SPD)
Bischoff (SPD)
Frau Blechinger (CDU)
Bochow (SPD)
Dellmann (SPD)
Frau Dettmann (SPD)
Dr. Ehler (CDU)
Fritsch (SPD)
Frau Gregor (SPD)
Habermann (CDU)
Dr. Hackel (CDU)
Frau Hartfelder (CDU)

Helm (CDU)

Homeyer (CDU)

Dr. Kallenbach (SPD)

Klein (SPD)

Dr. Knoblich (SPD)

Kolbe (SPD)

Kuhnert (SPD)

Lenz (SPD)

Lunacek (CDU)

Frau Marquardt (CDU)

Meyer (SPD)

Müller (SPD)

Frau Müller (SPD)

Muschalla (SPD)

Neumann (CDU)

Dr. Niekisch (CDU)

Nieschke (CDU)

Petke (CDU)

Frau Redepenning (SPD)

Reiche (SPD)

Frau Richstein (CDU)

Schönbohm (CDU)

Schöps (CDU)

Schrey (CDU)

Frau Schulz (CDU)

Schulze (SPD)

Senftleben (CDU)

Dr. Sternagel (SPD)

Dr. Stolpe (SPD)

Vogelsänger (SPD)

Dr. Wagner (CDU)

Werner (CDU)

Dr. Wiebke (SPD)

Dr. Woidke (SPD)

Frau Ziegler (SPD)

Ziel (SPD)

Zimmermann (SPD)

Schriftliche Antworten der Landesregierung auf mündliche Anfragen in der Fragestunde im Landtag am 23. Januar 2002

Frage 1021

Fraktion der PDS

Abgeordneter Thomas Domres

- Fortbestand der BTU-Außenstelle Wittenberge -

Nachdem Frau Ministerin Prof. Dr. Wanka im vergangenen Jahr die Schließung der BTU-Außenstelle in Wittenberge zum Jahresende verkündet hat, berichteten lokale Medien unter Bezugnahme auf Äußerungen des Wittenberger Bürgermeisters darüber, dass die Schließung der BTU-Außenstelle verhindert werden konnte.

Ich frage die Landesregierung: Welche Zukunftschancen sieht sie für den Erhalt der BTU-Außenstelle in Wittenberge über das Jahr 2002 hinaus?

Antwort der Landesregierung

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur Prof. Dr. Wanka

Trotz anders lautender Pressemitteilungen gibt es zur Schlie-

ßung der Außenstelle der BTU Cottbus in Wittenberge im Vergleich zur schriftlichen Antwort der Landesregierung auf die mündliche Anfrage 1007 vom 14. Dezember 2001 keinen neuen Sachstand, da sich die Voraussetzungen zum weiteren Betreiben der Außenstelle nicht verändert haben. Verstärkte Anstrengungen der Stadt und des Landkreises zur Sicherung der Grundausstattung sowie der Einwerbung von anwendungsbezogenen Forschungsprojekten mit der regionalen Wirtschaft sind nicht erkennbar. Die Schließung der Außenstelle der BTUC in Wittenberge ist demzufolge weiterhin beabsichtigt. Sie ist nur noch nicht - wie angekündigt - zum Jahresende 2001 realisiert worden, weil sich die Rückführung des in die Außenstelle integrierten Wasserlabors an das Landesumweltamt verzögert hat.

Zu dem in der schriftlichen Antwort auf Ihre mündliche Anfrage vom 14. Dezember 2001 gegebenen Hinweis auf die Planungen der ZukunftsAgentur Brandenburg als Koordinierungsstelle für den hochschulischen Wissens- und Technologietransfer hat das Wirtschaftsministerium bereits in Beantwortung einer entsprechenden mündlichen Anfrage auf der Landtagssitzung am 21. November 2001 ausgeführt, dass intensive Vorbereitungen für ein regionales Strukturbüro in Wittenberge laufen.

Frage 1022

Fraktion der PDS

Abgeordnete Dr. Esther Schröder

- Dubai-Reise des Wirtschaftsministers -

Zur Absicherung des Finanzierungskonzeptes für die geplante Chipfabrik in Frankfurt (Oder) weilte der Wirtschaftsminister des Landes Brandenburg nun schon mehrmals zu Gesprächen im Emirat Dubai. Wie Pressemeldungen zu entnehmen war, flog Wirtschaftsminister Dr. Fürniß auch im Dezember 2001 gemeinsam mit einem Vorstandsmitglied der Betreiberfirma Communicant für mehrere Tage nach Dubai.

Bis heute blieben der Öffentlichkeit der konkrete Anlass und Sinn der Reise verborgen. Trotz angekündigter Erklärung zu den Ergebnissen dieser und anderer Reisen des Wirtschaftsministers gibt es bis heute keine solche Berichterstattung. Offenkundig ist dagegen, dass die Finanzierung der geplanten Chipfabrik weiterhin ungeklärt ist.

Ich frage daher die Landesregierung: Wieviel Euro kostete den Steuerzahler die Geschäftsreise des Wirtschaftsministers und seiner Delegation nach Dubai im Dezember des vergangenen Jahres?

Antwort der Landesregierung

Minister für Wirtschaft Dr. Fürniß

Die Kosten für die von Ihnen angesprochene Reise betrugen 3 860,60 Euro und wurden aus dem Reisekostenetat meines Hauses aufgewendet.

Frage 1023

Fraktion der PDS

Abgeordneter Dr. Andreas Trunschke

- Beteiligung und Nutzen des Landes Brandenburg an der geplanten Kulturstiftung des Bundes -

Im Frühjahr dieses Jahres soll die Kulturstiftung des Bundes -

zunächst ohne Beteiligung der Länder - in Halle ihre Arbeit aufnehmen. Die Reaktionen auf diese Entscheidung fielen sehr differenziert aus. Während die Errichtung einer bundesweiten Kulturstiftung überwiegend Zustimmung fand, wurde das Fehlen der Länder teilweise kritisiert. Auch ich halte es für bedenklich, dass hier der Bund bei einer überfälligen Entscheidung zu einem Alleingang gezwungen war. Das benachteiligt meines Erachtens insbesondere die ärmeren Bundesländer.

Zwar soll sich die künftige Kulturstiftung des Bundes auf die Kompetenzen des Bundes, wie den internationalen Kulturaustausch und die Einrichtungen der Hauptstadtkultur in Berlin und auf Kultureinrichtungen in Bonn, konzentrieren, dennoch frage ich die Landesregierung: Welche Auswirkungen erwartet sie aus der Arbeit der Kulturstiftung des Bundes für das Land Brandenburg?

Antwort der Landesregierung

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur Prof. Dr. Wanka

Im Zuge der Entflechtung der Bund-Länder-finanzierten Kultureinrichtungen und der Neuordnung der gemeinsamen kulturellen Aktivitäten des Bundes und der Länder haben die Regierungschefs der Länder ihre Bereitschaft erklärt, mit dem Bund über die Errichtung einer gemeinsamen Kulturstiftung zu verhandeln.

Da bisher kein Einvernehmen erzielt werden konnte, steht mittlerweile fest, dass der Bund die Kulturstiftung noch in diesem Frühjahr zunächst in eigener Regie ohne Beteiligung der Länder gründen wird.

Das beginnende Verfahren zur Umsetzung der Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) vom 20.12.2001 lässt deshalb zwar eine vorläufige Position, aber noch kein abschließendes Votum zu:

Auch in Anbetracht der zunächst vom Bund angestrebten Etablierung der Bundeskulturstiftung in eigener Regie hält Brandenburg weiterhin an seiner Absicht fest, die Gründung einer gemeinsam von Bund und den Ländern getragenen Kulturstiftung zu unterstützen.

Für Brandenburg ergeben sich Vorteile aus der Bundeskulturstiftung insoweit, als das Land über keine eigenen gewachsenen Strukturen von gesamtdeutschem und internationalem Rang verfügt, die sich der Nachwuchsförderung, der Förderung kultureller Innovationen und zeitgenössischer künstlerischer Entwicklungen widmen. Außerdem ist die geplante Ausrichtung auf Europäisierung und Globalisierung ausdrücklich zu begrüßen. Durch die Gründung der Stiftung wird zwar das Engagement des Bundes im Bereich der Kultur gestärkt; aus Brandenburger Sicht kann jedoch von einer Verschiebung der Verantwortung für Kultur zugunsten des Bundes und zulasten der Länder angesichts der jährlich für Kultur verausgabten Mittel in Höhe von circa 7,2 Milliarden Euro der Länder, wovon allein die Städte und Gemeinden einen Anteil von 53 % tragen, nicht gesprochen werden.

Frage 1024
Fraktion der PDS
Abgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann

- Verkehrssituation in Eberswalde -

Die Eisenbahnbrücke (B 167) in Eberswalde wurde wegen des

schlechten Bauzustandes bereits um eine Fahrspur eingeengt. Damit verbunden ist schon heute eine erhebliche Staubelastung in den Spitzenzeiten. Weitere Einschränkungen, insbesondere auf dem Brückenteil, der stadteinwärts führt, sind zu befürchten. In wenigen Wochen beginnt in Eberswalde die Landesgartenschau, die hoffentlich viele Besucherinnen und Besucher in die Stadt führen wird.

Ich frage die Landesregierung: Welche Überlegungen hat sie, um die Verkehrssituation in der Stadt so schnell wie möglich zu entspannen?

Antwort der Landesregierung

Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Meyer

Das Gelände der Landesgartenschau ist über zwei Autobahnanschlussstellen erreichbar, ohne dass die Eisenbahnbrücke (B 167) in Eberswalde überquert werden muss.

Die Stadtverwaltung Eberswalde hat für die Landesgartenschau eine Verkehrskonzeption erarbeitet, die mit dem Brandenburgischen Straßenbauamt Strausberg, der Straßenverkehrsbehörde und der Polizei abgestimmt wird. Im Ergebnis wird der Verkehr so geleitet, dass er zur Landesgartenschau über das oben genannte Bauwerk minimiert wird. Für eine entlastende Verkehrsführung müssten nach den Vorstellungen der Stadt kommunale Straßen herangezogen werden. Hierzu sind noch Abstimmungen mit den Naturschutzbehörden erforderlich.

Die innerstädtische Brücke liegt im unmittelbaren Bahnhofsbereich. So sind umfangreiche Abstimmungen mit der DB AG, insbesondere zur Stützenstellung, erforderlich. Aufgrund des hohen Vorbereitungsaufwandes kann erst in den Jahren 2004/2005 ein neues Brückenbauwerk mit vier Fahrstreifen errichtet werden

Der Verkehr wird während der gesamten Bauzeit aufrecht erhalten.

Das Straßenbauamt Strausberg hat ein Gutachten zur aktuellen Verkehrssituation erstellen lassen. Im Ergebnis wird festgestellt, dass bis zu diesem Zeitpunkt die gegebene (eingeschränkte) Verkehrssituation vertretbar ist.

Der Verkehr muss bis zur Fertigstellung des neuen Brückenbauwerkes eingeschränkt bleiben. Zur Vermeidung von größeren Stauerscheinungen wird die Einrichtung der oben genannten Entlastungsstraße über vorrangig kommunale Straßen unterstützt.

Frage 1025 Fraktion der DVU Abgeordnete Birgit Fechner

- Deutschkenntnisse als Grundlage für die Integration von Ausländern -

Auf die Kleine Anfrage 1077 meines Fraktionskollegen Michael Claus vom 11.06.2001, in welcher unter anderem gefragt wurde, ob die Landesregierung der Auffassung sei, dass Ausländern, welche die deutsche Sprache nicht lernen wollten, das Aufenthaltsrecht verweigert werden solle, antwortete die Landesregierung, dass der Meinungsbildungsprozess in der Landesregierung hierzu noch nicht abgeschlossen sei.

Ich frage die Landesregierung: Ist der Meinungsbildungsprozess innerhalb der Landesregierung zu dieser Frage inzwischen abgeschlossen?

Antwort der Landesregierung

Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Ziel

Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die Antwort der Landesregierung zur Kleinen Anfrage 1368 des Abgeordneten Claus vom 16. November 2001. Dort hatte ich ausgeführt, dass der Meinungsbildungsprozess innerhalb der Landesregierung bis zur abschließenden Beratung des Entwurfs eines Zuwanderungsgesetzes im Bundesrat abgeschlossen sein wird. Das kann ich hier nur wiederholen. Wann der Gesetzentwurf abschließend im Bundesrat beraten wird, steht noch nicht fest.

Frage 1026

Fraktion der PDS

Abgeordnete Kornelia Wehlan

- 2. Neufassung der Entgeltordnung über tätige Mithilfe -

Die Entgeltordnung über tätige Mithilfe ist seit Dezember 2000 abgelaufen. Auf der Konferenz der PDS-Landtagsfraktion zum Kleinprivatwald am 30.11.2001 informierte der Staatssekretär Dietmar Schulze, dass eine neue Entgeltordnung in unmittelbarer Erarbeitung ist.

Ich frage die Landesregierung: Wie ist der Stand der Entgeltordnung, besonders hinsichtlich möglicher Veränderungen für den Kleinprivatwald?

Antwort der Landesregierung

Minister für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung Birthler

Die Entgeltordnung befindet sich in der Schlussphase der regierungsinternen Abstimmung; insofern kann ich an dieser Stelle noch keine abschließende Auskunft geben.

So viel sei aber gesagt:

Für den Kleinprivatwald der Einzelwaldbesitzer ändert sich grundsätzlich nichts. Für diesen sind auch bisher keine reduzierten Entgelte zur Anwendung gekommen. Dies galt nur für Forstbetriebsgemeinschaften. Hier soll langfristig eine Angleichung an die Entgelte der Einzelwaldbesitzer erfolgen.

Um aber den Konzentrationsprozess, der in der von Ihnen, Frau Wehlan, angesprochenen Tagung als unstrittiges Ziel der strukturellen Entwicklung herausgearbeitet wurde, weiter zu befördern, sollen florierende Forstbetriebsgemeinschaften einen Bonus erhalten.

Frage 1027 Fraktion der PDS Abgeordneter Thomas Domres

- Stand und Verwertung Sondervermögen -

Das Finanzministerium hat letztmalig am 22. Mai 2001 einen Bericht über den Stand des Sondervermögens und seiner Verwertung

mit dem Ergebnis für das 2. Halbjahr 1999 vorgelegt. Laut § 6 Abs. 4 des Gesetzes über die Verwertung der Liegenschaften der Westgruppe der Truppen ist jedoch geregelt, dass das Finanzministerium dem Landtag halbjährlich über den Stand des Sondervermögens und seiner Verwertung berichten soll.

Ich frage die Landesregierung: Wie wird sie in Zukunft ihrer Berichtspflicht nachkommen?

Antwort der Landesregierung

Ministerin der Finanzen Ziegler

Die Landesregierung kommt selbstverständlich ihrer Berichtspflicht zum Sondervermögen nach. Die eingetretenen Verzögerungen bedauere ich; sie waren jedoch unvermeidbar.

Ein erster wesentlicher Grund dafür liegt bereits in der Zuleitung des 11. Halbjahresberichts für das 2. Halbjahr 1999 am 22.03.2001 an den Landtag.

Um die weitere Berichterstattung an den Landtag wieder dem bisherigen Ablauf anzupassen, halte ich es für zweckmäßig, die Berichte für das 1. und 2. Halbjahr 2000 in zusammengefasster Form vorzulegen.

Dafür war der Eingang des obligatorischen jährlichen Wirtschaftsprüfungsberichts über das Sondervermögen für das Jahr 2000 abzuwarten. Er liegt dem Ministerium seit Mai 2001 vor. Bedingt durch andere Aufgaben in meinem Haus - ich erinnere insbesondere an die LEG-Problematik - war die vorgesehene zeitgerechte Erarbeitung des Berichts leider nicht möglich.

Konkret zu Ihrer Frage, Herr Abgeordneter, kann ich Ihnen mitteilen, dass wir die Ressortabstimmung für die nächste Berichterstattung - das Jahr 2000 - im I. Quartal 2002 einleiten werden. Eine zügige Ressortabstimmung vorausgesetzt, beabsichtige ich, den Bericht bis spätestens Ende Mai dem Landtag vorzulegen.

Frage 1028 Fraktion der PDS Abgeordneter Frank Hammer

- Überprüfung von Einrichtungen und Projekten -

Den "Potsdamer Neuesten Nachrichten" war am 7. Januar 2002 zu entnehmen, dass die Kulturministerin im Zusammenhang mit geplanten Ankäufen von Werken der bildenden Kunst mittelfristig überprüfen will, bei welchen geförderten Einrichtungen und Projekten Mittel freizumachen sind.

Deshalb frage ich die Landesregierung: Um welche Einrichtungen und Projekte, die von der Landesregierung gefördert werden, handelt es sich dabei, die einer solchen Überprüfung unterzogen werden sollen?

Antwort der Landesregierung

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur Prof. Dr. Wanka

Die derzeitigen Möglichkeiten für den Erwerb von Kunstwerken sind unbefriedigend. Kunstsammlungen leben jedoch auch von

ihrer ständigen Ergänzung. Nur so können beispielsweise neue künstlerische Entwicklungen angemessen präsentiert werden.

Um diesen gegenwärtigen Mangel abzustellen, ist es eines meiner Ziele, im Rahmen der Kulturentwicklungskonzeption hierfür den notwendigen finanziellen Spielraum zu schaffen.

Über das Verfahren, welche Einrichtungen und Projekte derzeit

von der Landesregierung einer Prüfung im Hinblick auf Landesförderung unterzogen werden, gibt der Zwischenbericht zum Landtagsbericht "Bestandsaufnahme Kultur im Land Brandenburg - Vorschlag für Prioritäten" (Kulturentwicklungskonzeption gemäß Beschluss des Landtages vom 05.04.2001 Nr. 3/2528B) Auskunft. Die Ergebnisse werden im Landtagsbericht selbst bis Mai dieses Jahres dargestellt und - wie von Ihnen gewünscht - zuvor auch im Kulturausschuss diskutiert.